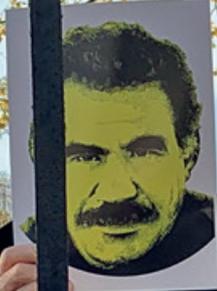


# KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Depuis sa création, la  
prison de l'île d'Imrali a été  
un lieu où les droits et  
libertés fondamentaux ont  
été systématiquement  
violés.



<p>Aktuelle politische Lage  <b>Mit dem demokratischen Konföderalismus die festgefahrene Situation im Mittleren Osten überwinden</b>          Dîrok Hêvî</p>	4	<p>Kaum Chancen auf Asylanerkennung für kurdische Schutzsuchende  <b>Flüchtlingszahlen aus der Türkei steigen – Schutzquote sinkt</b>          ANF, 1. Okt. 2023</p>	31
<p>Die Stiftung der freien Frau in Syrien          WJAS organisiert Bildung in al-Hol  <b>Besuch im Camp al-Hol</b>          Bericht einer Frauendelegation</p>	8	<p>Der Krieg zwischen Israel und Hamas wird in Deutschland auch innenpolitisch geführt  <b>Deutsche Staatsräson hebt Grundrechte aus</b>          Elmar Millich</p>	33
<p>Seit dem Ausbruch der revolutionären Bewegung im Iran gibt es einen gesellschaftlichen Mentalitätswandel  <b>Davor fürchtet sich das Regime</b>          Elahe Sadr, politische Aktivistin</p>	12	<p>Eine erste Bilanz des Vereins ›Familien für den Frieden‹  <b>Wie gut, hiermit nicht allein zu sein</b>          Verein ›Familien für den Frieden‹</p>	36
<p>Neue Entwicklungen im Nahen Osten und der Weg zu einer Lösung  <b>Das etatistische Paradigma als Ursache im Nahost-Konflikt</b>          Cemil Bayik, Ko-Vorsitzender der KCK</p>	15	<p>Der kurdische Musiker Mazlum Dora sitzt seit Mai 2021 in der JVA Stuttgart-Stammheim  <b>Terroristische Musik?</b>          Gule S.</p>	38
<p>Wie der Islamismus im Mittleren Osten die Völker an ihrer Emanzipation hindert  <b>Die Muslimbruderschaft, die Hamas und die AKP</b>          Ali Roj</p>	21	<p>Neubestimmung demokratischer Politik in der Theorie Abdullah Öcalans und ihre Relevanz in Deutschland  <b>Vom Staat abgrenzen und ein radikales Demokratiekonzept entwickeln!</b>          Ali Çiçek, Akademie der demokratischen Moderne</p>	40
<p>Die demokratische Nation als Antwort auf die Krisen unserer Zeit  <b>Für die Zukunft Israels zeichnen sich zwei Wege ab</b>          Zusammengestellt aus den Werken von Abdullah Öcalan</p>	23	<p>Neuerscheinung über Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Deutschland  <b>»Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen«</b>          Buchvorstellung von Elmar Millich</p>	45
<p>Statement der britischen Gewerkschaftskampagne für die Freiheit Abdullah Öcalans  <b>Die Isolierung von Öcalan ist noch gravierender als die von Mandela</b>          Clare Baker</p>	26	<p>Teil 1: Aufstand der Bäuer:innen  <b>500 Jahre Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Moderne</b>          Fenna Joken und Thomas Maier</p>	47
<p>Die weltweiten Kampagnen für die Freilassung von Abdullah Öcalan und Nelson Mandela im Vergleich  <b>Wie Öcalan wurde auch Mandela als Terrorist denunziert</b>          Fazela Mahomed</p>	28	<p>Interview mit Tekoşîna Anarşîst  <b>Anarchist:innen in Rojava – Die Revolution ist ein Kampf für sich</b>          Das Interview führte die Gruppe União Libertária</p>	51
		<p>Erklärung der Grundsätze der Konferenz  <b>»Jugend schreibt Geschichte«</b>          Weltjugendkonferenz »Youth Writing History«</p>	58



Die Nachrichtenagentur ANF News bietet ihren Service auch in deutscher Sprache an. Bereits 2005 gegründet verfügt die Agentur über ein breites Netzwerk von Journalist:innen, die von überall in Kurdistan, dem Mittleren Osten und Europa über die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen berichten. Neben der deutschen Sprache können die aktuellen Ereignisse auf der Homepage von ANF in Kurmancî, Kirmanckî, Sorani, türkischer, englischer, arabischer, persischer, russischer und spanischer Sprache verfolgt werden.  
<https://anfdeutsch.com> | Twitter: @FiratNews\_DE | Mail: [info@anfdeutsch.com](mailto:info@anfdeutsch.com)



Immer mehr Menschen – weit über die Grenzen von Kurdistan hinaus – fordern die Freiheit von Abdullah Öcalan | Foto: ANF



Mazlum Dora wurde nach §129b zu mehr als 3 Jahren Haft verurteilt. Auch seine Lieder wurden herangezogen, um ihn als Terroristen zu diffamieren | Foto: ANF



»Junge Menschen aller Länder, vereinigt euch und verändert die Welt« – In Paris fand unter großer Beteiligung eine Weltjugendkonferenz statt | Foto: ANF

Liebe Leser:innen,

das Jahr 2023 war kein einfaches Jahr für Menschen, die sich für eine gerechtere und freiere Welt einsetzen. Während ökonomische, ökologische und humanitäre Krisen unsere Agenda bestimmten, wurden gesellschaftliche Antworten aus progressiver Perspektive kaum sichtbar. Stattdessen schienen rechte und autoritäre Akteur:innen auf der ganzen Welt von den Krisen zu profitieren. Rechtsextreme Parteien sind nicht erst seit 2023 in unzähligen Ländern im Aufwind, sondern vielerorts bereits in der Regierung. Diese Entwicklung führte letztlich zu einer Verschärfung der vielfältigen globalen Krisen. Autoritäre Regime, die durch ihre rassistische und gesellschaftsfeindliche Politik häufig zur Verschärfung innerstaatlicher Probleme beitrugen, versuchten durch rhetorische oder auch konkrete politische Manöver die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf andere Themenfelder zu lenken. Durch die Konstruktion eines »bösen Anderen«, der als Sündenbock für die eigene Misere ausgemacht wurde, versuchten Machthaber:innen weltweit mittels rassistischer Diskurse von der eigenen Verantwortung abzulenken: Dieses »Andere« waren im vergangenen Jahr wahlweise Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten, verfeindete Nachbarstaaten, mit denen um Einfluss und Macht in der Region konkurriert wurde, oder eben fortschrittliche und demokratische Kräfte, die sich um wirkliche Lösungen für die brennenden gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit bemühen.

Kurdistan und der Mittlere Osten waren im vergangenen Jahr ein Kristallisationspunkt dieser Krisen. Hier traten nicht nur die globalen gesellschaftlichen Probleme offen zu Tage. Hier führten die Krisen zu offenen Konflikten und grausamen Kriegen. Die autoritären Regime der Region gingen im vergangenen Jahr besonders gewaltsam und ohne Rücksicht auf humanitäre Prinzipien gegen jede Form gesellschaftlicher Opposition vor. Periodisch wiederkehrende Eskalationen wie das Vorgehen der iranischen Staatsmacht gegen die Jîna-Revolution, die türkische Luftoffensive in Nord- und Ostsyrien oder der aktuelle Krieg in Gaza sind Ausdruck eines permanenten Ausnahmezustands in der Region, der uns im vergangenen Jahr begleitet hat.

Und auch wenn wir bisher ein eher düsteres Bild des vergangenen Jahres gezeichnet haben, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass es sie noch gibt – die gesellschaftliche Kraft, die sich für eine gerechte und freie Welt einsetzt. In Kurdistan und seinen Nachbarregionen ist diese Kraft weit mehr als eine vage Hoffnung. Auch wenn das Jahr 2023 weitgehend von Abwehrkämpfen geprägt war, verbreiten sich die Gedanken und Ideen dieser gesellschaftlichen Kraft mittlerweile weit über den Mittleren Osten hinaus in die ganze Welt. Ob in Rojhilat und im Iran, in Şengal oder Mexmûr, in den Metropolen Nordkurdistans oder in Nord- und Ostsyrien – auch im vergangenen Jahr ist es dieser Kraft gelungen, sich gegen ganze Staaten, deren »Sicherheitsapparate« und staatliche Verbündete zu behaupten.

Auch im neuen Jahr wird uns die Suche nach Lösungen für die brennenden Probleme unserer Zeit begleiten, während reaktionäre Regime und autoritäre Staaten durch ihr Handeln zur Verschärfung dieser Krisen beitragen werden. Doch wenn wir, gemeinsam mit den Bewegungen dieser Welt, die sich mit allem, was sie haben, für eine freie, gerechte und demokratische Welt einsetzen, nach Lösungen für die Krisen unserer Zeit suchen, können wir im neuen Jahr auch aus einem erfolgreichen Abwehrkampf in die Offensive gehen.

Eure Redaktion

Aktuelle politische Lage

# Mit dem demokratischen Konföderalismus die festgefahrene Situation im Mittleren Osten überwinden

Dîrok Hêvî

Der Angriff der Hamas auf Israel wird sicher bedeutende Veränderungen für die Region nach sich ziehen. Ihn mit seinen Folgen für die Lage in Kurdistan gut zu analysieren und zu verstehen ist daher auch für uns wichtig. Trotz gewisser Eigenheiten sind die meisten Entwicklungen der Region miteinander verbunden, und weil der Krieg in Gaza im Grunde genommen alle hier betrifft, wird er von allen Seiten intensiv verfolgt, nicht nur im Hinblick auf Israel und Palästina.

Die 1987 gegründete Hamas hat sich als Teil der Muslimbrüder organisiert, ist aber seit 2017 organisatorisch selbstständig und daher nur noch ideologisch mit ihnen verbunden. Während in den 1970ern, in der Zeit des Kalten Krieges, revolutionär-sozialistische Organisationen in Palästina noch stark waren, wurden durch die USA/NATO in vielen Ländern des Mittleren Ostens islamistische Gruppen aufgebaut und gestärkt als Gegengewicht zu dem Einfluss der Sowjetunion. Das vielleicht bekannteste Beispiel sind die Taliban, die gegen den Einfall der Sowjetunion in Afghanistan mit Geld und Waffen überschwemmt wurden.

Gleiches gilt jedoch auch für andere Regionen, unter anderem Palästina. Nicht von ungefähr erfuhr die Hamas massive Unterstützung und konnte dadurch mit der Zeit die revolutionären Kräfte verdrängen. Nach dem Motto »koste es, was es wolle« wurden durch die USA/NATO in vielen Ländern verstärkt islamistische/dschihadistische Ideen verbreitet und solche Gruppen großgezogen. Alles unter der Prämisse »Kampf gegen den Kommunismus«. Ziel war es, mit der Ausbreitung radikaler, islamistischer Ideen der Ausbreitung sozialistischer Ideen den Boden zu entziehen und damit einen »grünen Gür-

tel« zu schaffen. Heute nun sehen wir die Auswüchse und Folgen davon. Sowohl die Taliban als auch al-Qaida, IS und Hamas sind Produkte dieser Hegemonialkräfte.

Auch für die Regierung in Israel ist die Stärkung der Hamas bis zu einem gewissen Grad eine willkommene Entwicklung, weil dadurch die Macht der Fatah gebrochen wurde, unter der sich sowohl der Gazastreifen als auch die Gebiete der Westbank zu einem Regierungsgebiet entwickelten, das zu einem Staat hätte werden können. Die Stärkung der Hamas führte zu einer Schwächung der Fatah und einem Bruch; die Hamas übernahm die Kontrolle in Gaza, die Fatah weiterhin in der Westbank. Die Hamas hat mehr Fatah-Mitglieder ermordet als Israel und auch damit ihre Stärke und ihren Machtanspruch gezeigt. Die klassische Idee des »Teile und Herrsche« hat der faschistischen israelischen Regierung in die Hände gespielt. Nicht von ungefähr sprach Netanyahu davon, dass, wer die Schaffung eines palästinensischen Staates ablehne, den Geldfluss nach Gaza unterstützen müsse.<sup>1</sup>

Nach dem Ende des Kalten Krieges und spätestens seit den frühen 2000ern, als die USA/NATO ihre Unterstützung für solche Gruppen zurückfuhren, nahm sich der Iran ihrer an. Nicht von ungefähr saß die Führung der Hamas über lange Zeit im Iran und in Syrien. Das änderte sich erst 2011 im Zuge des Frühlings der Völker (so genannter Arabischer Frühling), in dem sich die Hamas gegen Assad positionierte. Sie verlegte ihre Zentrale von Syrien nach Qatar und in die Türkei. Während die Türkei mit dem Eintritt in die NATO und der offiziellen Anerkennung Israels in der islamischen Welt und

<sup>1</sup> <https://www.timesofisrael.com/for-years-netanyahu-propped-up-hamas-now-its-blown-up-in-our-faces/>



Im Dezember wurde im Osten von Deir ez-Zor ein tödlicher Anschlag auf den Kommandanten der QSD, Ronî Welat, verübt. »Kommandant Ronî wurde angegriffen, weil der Feind unseren Willen schwächen und Zwiespalt zwischen den Bevölkerungsgruppen stiften will«, erklärte Mahsûm Hesen, Ko-Vorsitzender im Rat der Gefallenenfamilien von Qamişlo, auf der Bererdigung von ihm. | Foto: ANF

unter den arabischen Staaten an Ansehen und Einfluss verloren hatte, versucht sie unter der AKP-Regierung mit Hilfe des sunnitischen Islams wieder ihre Rolle der Vorherrschaft in der arabischen Welt (wie in den Zeiten des Osmanisches Reiches) zu erlangen. Daher auch ihre intensiven Bemühungen auf die Entwicklungen in Ägypten, in Tunesien, auf die Kräfte gegen das syrische Regime und auf das Barzanî-Regime (Nakschibendi-Orden) Einfluss zu nehmen.

Die Hamas wird finanziell von Qatar, politisch von der Türkei und militärisch stark vom Iran unterstützt. Letzterer fokussiert sich seit Jahrzehnten darauf, sowohl sein Projekt des »Schiitischen Halbmonds« voranzutreiben als auch um sich herum unterschiedliche Kräfte und Milizen zu schaffen und zu stärken. Damit sollen die hegemonialen Kräfte, die ihn zu schwächen suchen, beschäftigt und gleichzeitig die Auseinandersetzungen vom eigenen Territorium ferngehalten werden.

Die Türkei hat sowohl aus den Beziehungen zum Staat Israel als auch aus den Beziehungen zur Hamas und deren intensiver Unterstützung Vorteile zu ziehen versucht. So wurden die arabischen Staaten von der Türkei immer wieder mit der Drohung der Annäherung an Israel unter Druck gesetzt, auch um zu erreichen, dass diese Länder, um das zu verhindern, Millionen von Dollar für den Kauf türkischer Produkte ausgaben. Gleichzeitig sollte massive Propaganda die Türkei solidarisch mit dem palästinensischen Volk erscheinen lassen.

Sowohl für den Iran als auch für die Türkei kommt der Angriff der Hamas zu einem wichtigen Zeitpunkt. Durch die sich verändernden Beziehungen vieler arabischer Länder zu Israel verliert die Türkei in dieser Hinsicht als Vermittlerin an Bedeutung. Der Iran hat vor kurzem einen Vertrag über eine noch engere Zusammenarbeit mit China unterzeichnet, mit dem er noch stärker in dessen »Belt and Road«-Projekt als zentrales Durchgangsland für die Energietrasse eingebunden werden soll. Diese soll vom Iran durch die Türkei führen. Für beide Länder wäre diese Trasse ein riesiger Gewinn.

Dieses Vorhaben ist nun durch das vom Westen vorangetriebene multinationale Handelsprojekt India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC) bedroht, bei dem es auch schwerpunktmäßig um Energieressourcen geht und das von Indien über die Emirate (UAE) und Saudi-Arabien nach Israel führen soll, von dort weiter nach Europa.

Dafür wiederum ist eine Annäherung zwischen Israel und Saudi-Arabien von großer Bedeutung, die im Mittleren Osten wohl am stärksten der Türkei und dem Iran schaden würde. Beides Kräfte, die die Hamas massiv unterstützen und von denen sich die arabischen Staaten der Region mehr und mehr bedroht fühlen. Noch profitiert die Türkei z.B. außerordentlich davon, aserbaidsschanisches Erdöl mit ihren Tankern nach Israel zu transportieren. Doch bereits mit dem Vertrag zwischen Israel und fünf weiteren Anrainerstaaten des Mittelmeers über



Solidaritätsaktion in Berlin gegen die Angriffe auf Südkurdistan | Foto: ANF

eine Erdgasförderung im Mittelmeer hat die daran nicht beteiligte Türkei einen schweren Rückschlag erlitten. Die Vermutung liegt nahe, dass Israel seine Botschafterin als Reaktion auf die Genugtuung der Türkei über den Angriff der Hamas auf Israel und das möglicherweise damit verbundene Aus für das IMEC-Projekt aus der Türkei abgezogen hat.<sup>2</sup>

Ohne Zweifel hat der barbarische Überfall der Hamas auf Israel dem legitimen Kampf des palästinensischen Volkes für Selbstbestimmung schwer geschadet. Noch Wochen zuvor war Israel auf internationalen Druck hin gezwungen, seine Angriffe auf Gaza zu stoppen. Nun gibt es diesen Druck nicht mehr und Israel bombardiert Gaza täglich hundertfach. Abgesehen von Erdoğan hat sich im Zuge dieser Angriffe kein einziger Staat, auch nicht die arabischen Staaten, mit der Hamas solidarisiert. Erinnern wir uns, in den vergangenen Jahren hat die Hamas die Türkei zur Besetzung Syriens beglückwünscht.

Die palästinensische als auch die kurdische Frage können wir als die beiden zentralen Probleme des Mittleren Ostens bezeichnen. Solange sie nicht gelöst sind, wird dieser nicht zur Ruhe kommen und die hegemonialen Kräfte werden in ihrer Kontrolle über die Region weiterhin von diesen Widersprüchen profitieren. Deswegen kann weder eine Solidarisierung mit der Hamas noch eine solche mit der faschistischen israelischen Regierung zu einer Lösung führen. Genau wie sich in Syrien während des so genannten arabischen Frühlings die

kurdische Freiheitsbewegung auf die Seite weder des Baath-Regimes noch der hegemonialen Kräfte und der islamistischen Opposition geschlagen hat, gilt dies auch in der Palästinafrage. Nur indem auf dem sogenannten »dritten Weg« bestanden wird, kann eine nachhaltige Lösung für ein demokratisches Zusammenleben der Völker erzielt werden. Allein mit der Lösung der demokratischen Nation, der Idee des demokratischen Konföderalismus können diese langjährigen Probleme gelöst werden. Im Endeffekt handelt es sich bei allen Völkern um alteingesessene Völker der Region. Sowohl in Kurdistan als auch in Palästina wirken sich die Zersplitterung und die Bestrebungen der »Teile und herrsche«-Politik negativ auf eine mögliche Einheit und eine Lösung für dieses Problem aus.

Im Endeffekt sehen wir bei den meisten Konflikten in der Region, dass die hegemonialen Kräfte immer wieder auf die Spaltung der Völker durch Nationalismus oder Religion setzen. Auch die Auseinandersetzungen mit Abu Xewla in Deir ez-Zor im September haben das wieder verdeutlicht. So wurde immer wieder versucht, das Narrativ eines kurdisch-arabischen Konflikts in die Welt zusetzen, obwohl das Problem einen anderen Hintergrund hatte. Auch stammte ein Großteil der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) vor Ort selbst aus Deir ez-Zor und der arabischen Gesellschaft, und fast alle Gefallenen auf Seiten der QSD waren arabisch. Bei dem Konflikt selbst handelte es sich um den Versuch des Iran und des Assad-Regimes, in Deir ez-Zor die Kontrolle zu übernehmen. Dafür wurden iranische Milizen in der Region gestärkt und massiv mit frischen Waffen ausgerüstet. Der Plan scheiterte, denn der Zusammenhalt der Volksgruppen konnte nicht gebrochen

<sup>2</sup> <https://medyanews.net/turkish-media-expresses-hope-of-shelving-of-trade-corridor-amid-israel-hamas-conflict/> (Weil in der Türkei die Presse als Sprachrohr der Regierung agiert, können Pressestimmen als indirekte Regierungserklärungen verstanden werden).

werden. Im Nachhinein lässt sich vermuten, dass der Plan weit umfangreicher war. Es sieht so aus, als habe die Hoffnung des Regimes und des Iran darin gelegen, erst Deir ez-Zor und von dort aus weitere Regionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Dieser Angriff kann als Racheaktion des Regimes an der Bevölkerung von Deir ez-Zor bezeichnet werden, weil sie sich für die Selbstverwaltung und gegen das Regime entschieden hat.

Wenn wir uns die Lage in Kurdistan und des Besatzerstaates Türkei anschauen, sehen wir, dass die ökonomische Situation in der Türkei sich immer noch nicht verbessert hat, obwohl Erdoğan bei vielen Staaten der Region um Geld gebettelt hat. Die oppositionellen Kräfte sind geschwächt. Die Republikanische Volkspartei (CHP) ist gespalten, die Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker HEDEP (ehemals Demokratische Partei der Völker HDP und Grüne und linke Zukunftspartei YSP) hat auf Grund jahrelanger Festnahmen und immenser Repression Schwierigkeiten, die gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln. In den letzten Jahren wurde verstärkt versucht, die gegen Abdullah Öcalan angewandte intensivierete Isolationsfolter auf die Zehntausenden politischen Gefangenen auszuweiten. Die Zahl der schwerkranken Gefangenen in den Gefängnissen wächst auf Grund der Haftbedingungen immer weiter und einer immer größeren Anzahl von ihnen wird die Behandlung verweigert. Gleichzeitig steigt die Zahl derer, die trotz abgessener Strafe nicht entlassen werden.

In Rojava zielten die Angriffe des faschistischen türkischen Staates Anfang Oktober darauf ab, die gesamte Gesellschaft zu bestrafen, weil sie trotz des Spezialekriegs und der anhaltenden Angriffe (Krieg niedriger Intensität) weiterhin auf ihrer Revolution besteht und den Kampf nicht aufgibt. Deswegen konzentrierten sich die Angriffe auf Strom- und Wasserwerke, Ölförderanlagen, Gesundheitszentren und Schulen. Gleichzeitig werden ununterbrochen gezielte Drohnenangriffe auf führende Kräfte der Revolution sowie Zivilpersonen fortgesetzt. Zusätzlich wird mit allen möglichen Mitteln versucht, dem Islamischen Staat wieder zum Erstarken zu verhelfen und neue Unruhen in der Region zu befeuern.

In Südkurdistan sehen wir eine von Tag zu Tag engere Zusammenarbeit zwischen der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) der Barzanis und dem faschistischen türkischen Staat. Besonders in den letzten Monaten verwendet die PDK viel Energie darauf, für die türkische Besatzungsarmee Straßen in die Guerillagebiete zu bauen und dort die Militärposten der Besatzer zu bewachen; die Guerilla hat immer wieder Aufnahmen davon veröffentlicht. Dahinter steckt das Kalkül der PDK die türkische Diktatur bei der Bekämpfung der Guerilla zu unterstützen, und sollte diese sich wehren und dabei Ziele der PDK treffen, dies als Angriff auf sich zu werten. Das würde dann so dargestellt, als habe die PKK die PDK angegriffen

und als rechtfertige das alle dann folgenden Gegenschläge. Seit Jahren warnt die Guerilla die PDK und fordert sie auf, ihren Verrat und ihre Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht Türkei zu beenden, um nicht einen erneuten »Bruderkrieg« zu provozieren. Bis heute ist diese Warnung allerdings vergeblich. Ohne die Unterstützung der PDK könnte die Türkei sich unmöglich so weit in die Guerillagebiete hineinwagen. Gleichzeitig erleben wir in Südkurdistan eine massive Repression des PDK-Regimes gegen eine kritische Berichterstattung über die PDK/Barzanî-Macht und deren Machenschaften.

Diese enge Zusammenarbeit zwischen dem türkischen und dem PDK/Barzanî-Regime bezieht sich jedoch nicht nur auf Südkurdistan, sondern auch auf Rojava und Nordkurdistan. Dort versucht die Türkei mit Hilfe dieser kurdischen Kollaborationskräfte die revolutionären Bestrebungen zunichte zu machen.

Hinzu kommt, dass die Türkei über die PDK/Barzanî versucht auf die Politik des Iraks Einfluss zu nehmen. Im Zusammenhang mit dem Plan Erdogans, getrieben von neosmanischen Ambitionen, die Türkei in den Grenzen des Misak-ı Milli [*Nationalpakt von 1920; Anm. d. Red.*] neu zu ordnen, geht es ihr um die Kontrolle der gesamten Grenzregionen. Dabei hat sie es besonders auf Mûsil (Mosul) und Kerkûk abgesehen, eine sehr erdölreiche Region. Dafür hat der türkische Geheimdienst MIT seine Machenschaften in Südkurdistan massiv intensiviert und gleichzeitig versucht die Türkei mit dem Aufstauen von Flusswasser, noch mehr Druck auf den Irak auszuüben.

Die Angriffe der türkischen Besatzungsarmee gegen die befreiten Gebiete der Guerilla werden ununterbrochen fortgesetzt. Weiterhin werden dabei Chemiewaffen eingesetzt und massive Bombardements gegen Stellungen der Guerilla geflogen. Immer wieder versucht die Türkei mit Hilfe der PDK von südkurdischer Seite aus Überraschungsoffensiven. Trotz all dieser massiven Angriffe, ununterbrochener Drohnenflüge über den Guerillagebieten und immer mehr Außenposten der türkischen Besatzungsarmee leistet die Guerilla einen Widerstand historischen Ausmaßes. Jüngst konnte sie im Rahmen einer revolutionären Offensive in Zap 49 Besatzer ausschalten und 12 in Metîna.

Perspektivisch sieht es nicht danach aus, als würden sich die bestehenden Konflikte kurzfristig entschärfen, das Konfliktpotential scheint eher noch zu wachsen. Daher ist es umso wichtiger, mit hohem Tempo und voller Energie am Aufbau der demokratischen Nation zu arbeiten und endlich die physische Freiheit Abdullah Öcalans zu erreichen, um die Region in eine neue Phase eintreten zu lassen.



Die Stiftung der freien Frau in Syrien WJAS organisiert Bildung in al-Hol

# Besuch im Camp al-Hol

Bericht einer Frauendelegation

**Im September 2023 besuchte eine Frauendelegation aus Deutschland Projekte der Frauenstiftung WJAS (Weqfa Jina Azad a Sûrî) in Nord- und Ostsyrien<sup>1</sup>, darunter das Bildungsprojekt für Frauen in al-Hol.**

Unser Besuch des al-Hol Camps war wohl der emotional am stärksten herausfordernde. Al-Hol ist ein trostloser Ort, an dem Tausende von Frauen und Kindern untergebracht sind, die keine Zukunftsperspektive haben. So verwundert es nicht, dass der IS im Camp fest verankert ist und es gar als Kadenschmiede für zukünftige Kämpfer betrachtet. Aber auch hier gibt es ein Pflänzchen der Hoffnung. Im Bildungszentrum der Frauenstiftung haben wir fröhliche Gesichter junger Frauen gesehen, die trotz der Bedingungen im Camp Hoffnung haben und dem tristen Lageralltag mit Hilfe der Bildungsarbeit der Frauenstiftung etwas entgegensetzen.

Das Camp al-Hol war ursprünglich für 20.000 geflüchtete Iraker:innen des Golfkriegs von 1991 geplant und wurde später auf eine Kapazität von 40.000 Geflüchteten erweitert. Als der IS 2014 in Syrien und Irak ein großes Gebiet besetzte, kamen Menschen ins Camp, die vor dem IS geflohen waren. Als der IS 2019 von den Demokratischen Kräften Syriens (QSD<sup>2</sup>) geschlagen wurde, wurden viele Frauen und Kinder aus den befreiten Gebieten ins Camp gebracht. Heute sind ca. 50.000 Menschen im Camp untergebracht, ca. 25.000 Iraker:innen, ca. 18.000 Syrer:innen und ca. 7.500 Staatsangehörige aus Drittländern.

Im Camp leben also IS-Unterstützer:innen und IS-Angehörige, darunter auch die aus Drittstaaten, die in einem eigenen Bereich untergebracht sind, den sie nicht verlassen dürfen und der von anderen Camp-Bewohner:innen nicht betreten werden darf. Daneben leben im Camp aber auch Menschen, die vor dem IS geflohen sind, Menschen, die jahrelang unter der IS-Herrschaft gelebt (und gelitten) haben sowie noch einige der ursprünglich untergebrachten Iraker:innen aus dem Golfkrieg. Man kann also nicht davon sprechen, dass in al-Hol 50.000 IS-Familien leben; vielmehr ist es notwendig zu

differenzieren, denn die IS-Angehörigen, die im Camp leben – Frauen, Mädchen und Jungen –, stellen eine große Bedrohung für die anderen Gruppen dar. In Gesprächen mit Mitarbeiterinnen der Frauenstiftung und Frauen aus dem Camp wurde uns berichtet, dass die IS-Frauen im Camp für den IS mobilisieren. Frauen, die vor der IS-Herrschaft geflohen sind, sehen sich hier mit Frauen konfrontiert, die sie zum IS »bekehren« wollen, sie bedrohen und auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Die Situation war und ist für die im Camp lebenden Frauen und Kinder sehr belastend und auch gefährlich, da die IS-Frauen, als sie ins Camp kamen, sofort angefangen haben ihre IS-Strukturen aufzubauen und die anderen Frauen ideologisch zu beeinflussen. Auch heute noch werden Frauen unter Druck gesetzt sich der Ideologie anzuschließen, müssen Kinder an den IS abgeben, oder werden selbst verkauft. Im Camp leben, bis auf einige ältere Männer, hauptsächlich Frauen und Kinder, aber auch männliche Jugendliche, die im Alter von 15/16 Jahren von den Frauen als Männer angesehen werden. Eine Kursteilnehmerin im Stiftungshaus hat uns z.B. berichtet, dass sie vor diesen Männern Angst hat. Eine andere sagte, dass es viel Gewalt in den Zelten gibt und Frauen manchmal nachts aus Angst vor Gewalt nicht schlafen. Sie selbst ist allein mit ihren Kindern und hat Angst, dass ihre Nachbar:innen sie und ihre Kinder nachts umbringen.

## Die Selbstverwaltung übernimmt Verantwortung

Die Situation im Camp ist aus humanitärer und sicherheitstechnischer Sicht extrem schwierig. Die Autonome Administration Nord- und Ostsyrien (AANES) übernimmt Verantwortung für das Camp, aber sie hat dafür nicht annähernd ausreichende Ressourcen. Sicherheitskräfte der QSD bewachen den Ein- und Ausgang des Camps, patrouillieren im Camp und führen Razzien durch. Dies konnte aber nicht verhindern, dass sich im Camp Bereiche gebildet haben, in denen der IS das Sagen hat. Der IS sendet auch Waffen und Geld an seine Unterstützer:innen im Camp und versucht Unterstützer:innen herauszuschmuggeln. Bei Durchsuchungen des Camps wurden Tunnel, Gräben und Waffen, aber auch Unterrichtsmaterial gefunden. Es ist schon länger bekannt, dass Jugendliche in den Trakt geschleust werden und mit besonders radikalisierten IS-Frauen Kinder zeugen.

<sup>1</sup> Vgl. auch das Interview mit der Delegation im KR 230, S. 23-26

<sup>2</sup> Quwetên Suriya Dimokratik (Demokratische Kräfte Syriens, auch SDF abgekürzt)



Gebäude der Frauenstiftung im Camp al-Hol | Foto: A. Bender

Die Autonome Administration hat Schulen im Camp aufgebaut, aber die IS-Frauen schicken ihre Kinder nicht in diese Schulen. Sie unterrichten ihre Kinder heimlich im Zelt mit den eingeschmuggelten Unterrichtsmaterialien, um sie in der IS-Ideologie zu erziehen und von anderen, demokratischen Einflüssen, fernzuhalten. Die Indoktrination der Kinder und die Tatsache, dass sie der IS als potentielle nächste Generation sieht, macht al-Hol zu einem der gefährlichsten Orte weltweit. Es besteht durchaus die Gefahr eines Angriffs des IS auf das Camp, um diese Kinder zu befreien und zu Kämpfern auszubilden.

### Internationale Verantwortung

Vor dieser Gefahr darf die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere auch Deutschland, nicht die Augen verschließen. Wenn ein weiteres Erstarken des IS verhindert werden soll, benötigt die Selbstverwaltung internationale Unterstützung, um die Sicherheit des Camps, sowohl für die im Camp lebenden Menschen, als auch zum Schutz der Region vor Ausbrüchen zu gewährleisten. Es bedarf außerdem wirksamer Resozialisierungsprogramme und Hilfe zur Eingliederung für diejenigen, die nicht dem IS angehören.

Die einzige langfristige Lösung ist aber, die Menschen in ihre Ursprungsländer zurückzuführen. Darüber gibt es ein weitreichendes Übereinkommen. Der Syrische Demokratische Rat hat z.B. 2020 entschieden, dass alle Syrer:innen frei sind das Camp zu verlassen und erkennt damit an, dass nicht alle Syrer:innen dem IS ideologisch verbunden waren. In der Pra-

xis ist dies aber schwierig. Viele der Frauen haben Angst in ihre Kommunen zurückzukehren, da ihnen das Stigma einer Insassin von al-Hol anhaftet. Und dann gibt es auch noch das Problem der Identitätsnachweise: Wenn Syrer:innen das Camp verlassen möchten, brauchen sie Identitätsnachweise und müssen sich registrieren. Viele besitzen aber keine solchen Nachweise, weil sie in den Kriegsjahren durch Vertreibung verloren gegangen sind oder nicht mitgenommen wurden.

Für die Iraker:innen im Camp gibt es Ansätze der irakischen Regierung zur Rückführung, aber diese laufen langsam und stückchenweise, nur ca. 150 Familien verlassen jeden Monat das Camp. Da aber 25.000 Iraker:innen im Camp untergebracht sind, ist das weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Für die Angehörigen von Drittstaaten gibt es wenig Anstrengungen. Insbesondere westliche Regierungen nehmen kaum Staatsangehörige zurück. Frankreich hat z.B. vor kurzem erklärt, es werde keine weiteren Rückführungen vornehmen, obwohl noch einige seiner Staatsangehörigen im Camp sind. Auch Deutschland nimmt derzeit keine IS-Angehörigen mehr zurück, obwohl noch weitere deutsche IS-Angehörige im al-Hol-Camp oder anderen Einrichtungen untergebracht sind. Auch die Drittstaaten müssen Verantwortung für ihre Staatsangehörigen übernehmen und sie nicht einfach der AANES und den QSD zuschieben, die dafür völlig unzureichend ausgerüstet sind. Die Drohung, die das Camp al-Hol für eine potentielle Wiederkehr des IS darstellt, ist nicht nur eine Gefahr für die Region, sondern auch für uns.



Junge Frauen präsentieren nach ihrer Ausbildung ihre Zertifikate | Foto: A. Bender

## Die Bildungsarbeit der Frauenstiftung im Al Hol Camp

Um so wichtiger ist die Arbeit der Frauenstiftung im al-Hol Camp. Die Stiftungsfrauen, die im Camp arbeiten, empfinden ihre Arbeit als sehr wichtig; sie erreichen Frauen, die noch nicht ideologisiert sind, machen ihnen Angebote, unterstützen und stärken sie, damit sie sich gegen die IS-Frauen und deren Kinder wehren können. Auch kommen Frauen zu ihnen, die aus der al-Hol-Atmosphäre heraus wollen. Sie wollen sich ändern, ihre durch den IS geprägte Einstellung ändern, erzählt eine Mitarbeiterin. Daraus ziehen die Frauen der Stiftung ihre Motivation diese gefährliche Arbeit durchzuführen und auszubauen. Sie haben uns eine andere Seite des Camps gezeigt. Ihre Erzählungen von Frauen aus dem Camp, die lernen und ihren Kindern etwas beibringen wollen, die ihnen die Möglichkeit zum Lernen geben wollen und die Motivation, die sie daraus ziehen, haben uns beeindruckt. Wir konnten selbst sehen, wie gut es den Frauen aus dem Camp tut, in das Stiftungszentrum zu kommen. Sie entspannen, sind gelöst, können abschalten.

Wie konnte das gelingen? Als die Stiftung begann das Bildungszentrum im al-Hol Camp aufzubauen, sind die Stiftungsfrauen im Camp herumgegangen, um die Arbeit der Stiftung und ihre Ziele bekannt zu machen. Es gab zu der Zeit immer wieder Angriffe auf das Gebäude der Stiftung und teils auch auf die Mitarbeiterinnen, sie haben aber immer weiter gemacht. Inzwischen hat sich die Situation gebessert, das Stiftungszentrum und die Stiftungsfrauen werden akzeptiert. Sie haben es geschafft Kontakt zu Irakerinnen und einigen nicht-

ideologischen Syrerinnen aufzubauen und die Frauen ins Stiftungszentrum einzuladen. So hat sich die Arbeit der Stiftung herumgesprochen, und heute kommen neue Frauen, weil sie von anderen Frauen davon gehört haben. Inzwischen ist die Nachfrage so groß, dass das ursprüngliche Gebäude nicht mehr ausreichte und ein größeres renoviert und bezogen werden musste.

Das neue Stiftungsgebäude hat drei Räume und eine kleine Küche. Es ist von 9:00 bis 14:30 Uhr geöffnet. Die Frauen, die das Stiftungszentrum besuchen, kommen nur aus einigen Bereichen des Camps. Es ist in acht Bereiche unterteilt. Die Frauen im Bereich für Drittstaatenangehörige können nicht in das Zentrum kommen, da sie ihren Bereich aus Sicherheitsgründen nicht verlassen dürfen. Aus den meisten anderen Bereichen kommen Frauen in das Stiftungszentrum. Damit sind durchaus auch Schwierigkeiten verbunden, denn die Stiftungsfrauen wissen zunächst nicht, ob auch dogmatische Frauen unter den Teilnehmerinnen sind. Besonders bei neuen Frauen gibt es Unsicherheiten, da viele Frauen auch sehr verschlossen sind. Deshalb geht es den Stiftungsfrauen bei neuen Frauen aus dem Camp zunächst um ein gegenseitiges Kennenlernen, im Verlauf dessen beide Seiten offener und entspannter werden können.

## Kurse und Seminare

Im Stiftungszentrum werden Kurse und Seminare, sowie eine (Aus-) Bildung in der Nähwerkstatt angeboten. Die Aus-

bildung geht über zwei Stunden am Tag, an drei Tagen der Woche und dauert insgesamt eineinhalb Monate. Die Lehrerin ist Schneiderin und kommt selbst aus dem Camp. Eine Kursteilnehmerin (18 J.) sagt uns: »Ich wollte die Ausbildung machen, um Kleidung für meine Kinder, meine Mutter und mich nähen zu können. Ich möchte auch Kleidung nähen und sie verkaufen, um damit eigenes Geld zu verdienen.« Bei unserem Besuch war gerade eine Bildung beendet und wir konnten an der Zertifikatsverleihung teilnehmen. Die jungen Frauen waren ganz aufgeregt und präsentierten stolz ihre Zertifikate. Zum Abschluss gab es auch eine gemeinsame Feier, bei der auch noch kurz getanzt wurde.

Dreimal pro Woche finden außerdem Kurse und Seminare im Zentrum und in einzelnen Zelten statt. Die Seminarthemen bilden ein breites Spektrum ab: Frau und Familie, Kinderehen, Gesundheit, Werte und Prinzipien, Mentalität, um einige Beispiele zu nennen. Das Interesse an der Bildung wie den Seminaren ist groß; bis zu 20 Frauen können an einem Seminar teilnehmen. Als wir ankamen, fand gerade ein Kurs zur Naturheilkunde statt – den gibt es dort jeden Donnerstag. Die Leiterin erzählt über verschiedene Mittel, um einfache Krankheiten zu behandeln – auch was gut für die Haare und für die Haut ist – und bietet Mixturen und Cremes für verschiedene Behandlungen an. Die Stimmung im Kurs ist gelöst. Aber auch außerhalb der Seminar- und Bildungszeiten kommen Frauen in das Stiftungszentrum und nutzen diesen Ort auch als einen sozialen Ort, einen Treffpunkt, in dem sie unter Gleichgesinnten sein und gemeinsam Zeit verbringen können. Nach dem Kurs erzählen uns verschiedene Teilnehmerinnen ihre Geschichte. Eine sagt z.B.: »Ich wurde mit 11 Jahren verheiratet und habe zwei Kinder bekommen. Jetzt bin ich 17 und lebe seit vier Jahren im Camp. Es ist gut einen Ort zu haben, an dem man lernen kann, es hilft mir sehr Neues zu lernen. Wir werden dort unterstützt, und ich kann entspannt sein. Im Zelt bin ich alleine, bei der Stiftung kann ich mit anderen Frauen zusammen kommen, reden, lachen. Deshalb komme ich jeden Tag hierher, auch wenn ich an keiner Bildung teilnehme.« Eine andere Teilnehmerin gibt sich kämpferisch: »Ich sollte mit 12 Jahren verheiratet werden. Ich wollte das nicht und habe dagegen gekämpft. Das Leben besteht nicht nur darin, mit einem Mann verheiratet zu sein, man muss sich auch eigene Gedanken machen und einen eigenen Kopf haben.« Aber auch im al-Hol Camp ist es so – sobald eine Kamera da ist, verschleiern sich die Frauen komplett. Sobald die Kamera weg ist und sie vertrauen zu den Frauen im Raum

haben – wird die Gesichtsverschleierung, manchmal auch die ganze Burka, abgenommen.

## Die Motivation der Mitarbeiterinnen

Zum Schluss unseres Besuches erzählen uns die Mitarbeiterinnen, warum sie diese Arbeit machen und von den Herausforderungen darin. Für die Arbeit im Camp brauchen sie z.B. mehr und vor allem geschulte Kolleginnen, die sich u.a. in der Traumapädagogik auskennen. Aber es gibt wenige, die dort arbeiten wollen; und wenn jemand gefunden ist, ist es häufig so, dass sie mehr Lohn verlangen, als die Stiftung finanzieren kann. Auch haben die Stiftungsmitarbeiterinnen den Wunsch, die Arbeit mit Kindern auf- und auszubauen. Aber auch dazu fehlen die finanziellen Mittel. Eine Stiftungsmitarbeiterin, die seit 2015 im al-Hol Camp arbeitet, sagt uns: »Ein Ort für die Kinder wäre gut, die Hälfte der Frauen schickt ihre Kinder nicht zur Schule. Sie akzeptieren die Campschulen nicht, weil sie von der Autonomen Administration sind. Die Kinder sollten auch etwas anderes kennenlernen, z.B. Musikunterricht bekommen, malen, mit Spielzeug spielen können, nicht immer nur über Religion lernen.«

Die Arbeit im Camp ist nicht einfach, es besteht immer auch das Risiko, dass die Stiftungsmitarbeiterinnen von ideologisierten IS-Frauen angegriffen werden. Sie empfinden aber die Arbeit im al-Hol Camp als sehr wichtig und machen sie gerne. Sie ziehen Motivation z.B. daraus, dass die Teilnehmerinnen der Bildungen und Kurse lernen eigene Stärke zu entwickeln und dass sie andere Werte kennenlernen. »Die Frauen wollen lernen, haben Wünsche und Bedürfnisse, sie wollen ihren Kindern etwas beibringen können und ihnen die Möglichkeit zum Lernen geben.« erzählt eine Mitarbeiterin. Und weiter: »Veränderungen finden statt. Wenn Frauen hierherkommen ist es schon eine Veränderung. Sie lernen, sie haben ein eigenes Handwerk und können Geld verdienen und unabhängig von den Männern werden.« Eine andere Mitarbeiterin hebt hervor: »Wir können uns bewegen, die Frauen aus dem Camp können das nicht, wenn wir etwas brauchen, können wir das besorgen, die Frauen hier können das nicht. Es ist menschlich Frauen und Kindern zu helfen.« Die Bildungsarbeit der Frauenstiftung im Camp wird so gut angenommen, dass die Nachfrage nicht erfüllt werden kann. Wie eine Mitarbeiterin sagt: »Die Nachfrage nach Bildung hier im Camp ist groß, aber es fehlt an finanziellen Mitteln, die Arbeit weiter auszubauen.« Bildung bietet aber den Frauen die Möglichkeit sich außerhalb der Religion zu bilden und eigene Sichtweisen zu entwickeln. Dies ist ein zentraler Effekt der Arbeit der Frauenstiftung im al-Hol Camp, der weiter unterstützt werden sollte.

**Spendenkonto:**  
**Kurdistanhilfe e.V.**  
**Hamburger Sparkasse**  
**IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04**  
**Stichwort: Bildungsarbeit**



Seit dem Ausbruch der revolutionären Bewegung im Iran gibt es einen gesellschaftlichen Mentalitätswandel

# Davor fürchtet sich das Regime

Elahe Sadr, politische Aktivistin

**Seitdem der Iran von dem autoritären religiösen Regime der Mullahs beherrscht wird, hat es immer wieder auch Proteste und Aufstände gegeben, die der Staat brutal bekämpft hat. Die jüngste Protestbewegung erweist sich als ausdauernd – ein Erfolg, der aus ihrem gesamtgesellschaftlichen Ansatz resultiert.**

Nachdem religiöse und rassistische Kräfte mit Unterstützung westlicher Kolonialregierungen 1979 die Revolution gegen die Tyrannei des Schah an sich gerissen hatten, nahmen die Mullahs den weiblichen Körper als Geisel und unterstrichen ihre totalitäre Ideologie mit der Parole »entweder Kopftuch oder Schläge auf den Kopf« und verhinderten einen möglichen anderen Verlauf der Revolution. Von Beginn an wurde nackte Gewalt gegen Frauen<sup>1</sup> ausgeübt, und Frauenrechte wurden systematisch unter Einsatz von Gewalt ausgesetzt.

Keine 40 Tage nach dem Aufstand des 11. Februar<sup>2</sup> griff das Regime Kurdistan an und beging den blutigen Nouruz von Sine (pers. Sanandaj)<sup>3</sup>.

Es folgte die kriminelle Hinrichtungswelle von Chalchali (ein schiitischer Geistlicher und der bekannteste Scharia Richter der islamischen Republik Iran)<sup>4</sup>, dann die Unterdrückung der Turkmen:innen, gefolgt von der Niederschlagung des Aufstands in Chuzestan; und als nächstes sollte das Regime die Proteste in den Provinzen Aserbaidschan und Belutschistan brutal unterdrücken. Weiter ging es mit der Zerschlagung der gewerkschaftli-

chen, politischen, kulturellen Bewegungen. In den 44 Jahren der Herrschaft der Islamischen Republik wurden den Menschen ihre Grundrechte entzogen, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung, Organisationsfreiheit sowie soziale und politische Freiheiten. Abertausende Menschen wurden wegen ihrer Forderungen und ihres Protests gegen die Armut durch das Regime getötet. Aufgrund von Diskriminierung und Gesetzlosigkeit wurden die Menschen unterdrückt, eingesperrt, gefoltert und hingetötet. Trotzdem hatten viele Menschen immer noch Illusionen und hofften auf Reformen und Gesetzesänderungen im Rahmen des Systems der Islamischen Republik – bis zu den Protesten im Januar 2016 und November 2018, als die Menschen mit dem zentralen Slogan »Dies ist die letzte Botschaft, das Ziel ist das gesamte System«, nach 41 Jahren der Illusion über die Möglichkeit einer Regierungsreform in eine neue Phase eintraten.

## Eine neue Qualität des Protests

Die staatliche Folter und Tötung von Jina Aminî, einer 22-jährigen kurdischen Frau aus Seqiz (pers. Saqqez), durch die Sittenpolizei am 16. September 2022 in Teheran bedeutete einen Wendepunkt im Kampf der iranischen Frauenbewegung, der sich zu einem umfassenderen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit im gesamten Iran ausweitete.

Frauen sind der Motor der Protestwelle im Iran, die nach dem gewaltsamen Tod von Jina Aminî das Land erfasste und die die Regierungstruppen zum Anlass für massive Menschenrechtsverletzungen nahm. Unter dem Motto »Jin, Jiyan, Azadî« beteiligten sich auch junge Männer an der Seite von Frauen an den Protesten. Den Männern wurde nach 44-jähriger Privilegierung in einem frauenfeindlichen und autoritären System bewusst, dass Gewalt gegen Frauen Gewalt gegen die Gesellschaft als Ganzes bedeutet. Der Slogan ist das Erbe der kurdischen Frauenbewegung in Bakur (Nordkurdistan), dem auf türkischem Staatsgebiet liegenden Teil Kurdistans. Diese Bewegung und ihre Grundidee sind stark von der politischen Philosophie des Gründers und bedeutenden Vordenkers der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, beeinflusst. PKK-Frauen (sowohl Guerillas als auch politisch-zivile Aktivistinnen) sind Frauen, die sich von der Untertanenmentalität befreit haben

1 Die Autorin fasst unter »Frau« alle unterdrückten Geschlechter zusammen.

2 Nach der Rückkehr Ruhollah Chomeinis aus dem Exil, seiner Inanspruchnahme der höchsten Position im Staat und Straßenkämpfen mit schahtreuen Truppen brach das Schahregime am 11. Februar 1979 vollständig zusammen. Die Revolutionsgarden hatten in Teheran neben den Ministerien auch andere Behörden, Kasernen und die Medien eingenommen.

3 Bei diesem Massaker an der Zivilbevölkerung ermordeten die islamischen Truppen über 500 Menschen.

4 Ayatollah Chomeini hatte am 19. August 1979 den »heiligen Krieg« gegen die Kurd:innen ausgerufen. Es wurden Revolutionsgarden in die kurdischen Gebiete geschickt, kurdische Organisationen verboten, Dörfer wurden zerstört, unzählige Zivilist:innen ermordet. In diesem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung wurden Hunderte von dem Mullah Chalchali auf offener Straße hingetötet.

und »Jin, Jiyan, Azadî« nach und nach zur zentralen Parole ihrer Bewegung gemacht haben. Mit der Aufnahme des Kampfes gleichzeitig gegen den patriarchalen Nationalismus des türkischen Staats und die patriarchalen Strukturen innerhalb der Partei haben diese Frauen insbesondere seit 1995 mit ununterbrochenem Einsatz viel politische Erfahrung erlangt und eine große historische Errungenschaft geschaffen – eine Quelle befreiender Gedanken für sie selbst und alle kurdischen Frauen, für uns (iranische Frauen) und sogar die Frauen der weiteren Region und der ganzen Welt.

Ein Jahr ist seit der staatlichen Ermordung von Jina Amînî vergangen, ein Jahr seit dem Auftakt der »Frau, Leben, Freiheit«-Bewegung gegen die islamische Regierung – die ausdauerndsten Proteste seit der Revolution von 1979. Der Name von Jina wurde zu einem Symbol für drei ineinandergreifende Formen der Unterdrückung: geschlechtliche, ethnische und religiöse Unterdrückung. Frauen sind aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen, Klasse und sexueller Orientierung besonderen Formen der Gewalt ausgesetzt. Der Druck auf sie durch Krieg, Wirtschafts-Sanktionen, weit verbreiteter Wirtschaftskorruption, Familie und soziale Ungleichheit ist viel höher als auf Männer.

Die Rolle der Frauen bei den aktuellen anti-Regime-Protesten ist wie schon bei den Revolten der letzten Jahre bunter geworden. Frauen übernahmen eindeutig die Führungsrolle bei Straßenprotesten und Versammlungen. In der »Jin, Jiyan, Azadî«-Bewegung sind Frauen das politische Bindeglied der äußeren Einheit und der inneren Solidarität aller Klassen und Schichten der Gesellschaft.

### Der Albtraum der Regierung ...

Genau davor fürchtet sich das Regime und versucht die Proteste mit allen Mitteln zu verhindern. Doch die Gesellschaft ist nicht mehr dieselbe seit dem Ausbruch der revolutionären Bewegung, es gibt einen Mentalitätswandel. Der Slogan »Frau, Leben, Freiheit« schärft das Bewusstsein dafür, dass gesellschaftliche Befreiung ohne transnationale Solidarität gegen jegliche Form von Diskriminierung, ohne die Befreiung von Diktatur, Patriarchat, Homophobie, Rassismus, Ausbeutung,

Kolonialismus und Umweltzerstörung nicht möglich ist. Und nur mit der Freiheit aller – Frauen, unterdrückte Ethnien, Arbeiter:innen und Queers –, nur mit Pluralität, Vielfalt und sozialer Gerechtigkeit kann eine wirklich freie Gesellschaft aufgebaut werden.

### ... soll mit Repression beendet werden

Dieser Traum wurde für die islamische Regierung zum Albtraum. Die brutalen Angriffe der Islamischen Republik auf die Opposition haben zugenommen. Einheiten der Revolutionsgarden haben ganze kurdische Städte militarisiert. Anstelle der Polizei hat die Revolutionsgarde die Aufgabe der Stadtkontrolle und der Niederschlagung von Protesten übernommen. Die landesweiten Proteste hielten monatelang an. Das Regime reagierte mit Abertausenden willkürlichen Verhaftungen, Verurteilungen sowie Hinrichtungen unschuldiger Personen. Die »Sicherheitskräfte« gehen seitdem äußerst gewaltsam gegen die



»Jin Jiyan Azadî« – Solidaritätsaktion des Frauenverbands Kongreya Star in Rojava | Foto: ANHA

Menschen vor mit dem Ziel, eine abschreckende Wirkung zu erzeugen und die Proteste zu unterbinden.

Selbst ein Jahr nach der Ermordung Jina Amînîs lassen sich die Menschen im Iran nicht einschüchtern. Die Straßen haben sich in einen Ort zivilen Ungehorsams insbesondere für Frauen verwandelt. Der Kampf um Demokratie und Menschenrechte geht trotz des gewaltsamen Vorgehens des Regimes unaufhaltsam weiter.

### ... insbesondere durch Repression gegen Frauen

Jede Art von Menschenrechtsarbeit im Iran ist schwieriger geworden. Viele Aktivist:innen sind entweder im Gefängnis

oder haben das Land verlassen, viele Frauenrechtsaktivistinnen und Journalist:innen wurden willkürlich verhaftet.

Das iranische Regime plant nun ein repressiveres Hijab-Gesetz. So sollen Frauen, die sich weigern, ein Kopftuch zu tragen, dazu gezwungen werden. Das neue Gesetz sieht auch vor, vermehrt Videoüberwachungen sowie Bilder und Videos aus dem Internet zur Kontrolle zu nutzen. Auch die »Sittenpolizei« soll wieder sichtbar zum Einsatz kommen.

Das Regime bestrafte Hunderte von Schülerinnen für die Teilnahme an Demonstrationen und verübte zahlreiche Giftgasangriffe auf Mädchenschulen im Iran. Bislang hat das Regime nicht für Aufklärung gesorgt. Über 6500 Mädchen wurden mit einem Gas vergiftet und litten unter Atemproblemen, Übelkeit, Schwindel und Müdigkeit. Viele halten dies für einen absichtlichen Versuch, Mädchenschulen zu schließen.

Trotz aller Erfolge, die im letzten Jahr in der »Frau, Leben, Freiheit«-Bewegung zur Befreiung der Frau erzielt wurden, wurden allein von März bis Ende Mai 2023 im Iran mindestens 27 Frauen durch ihre männlichen Verwandten – Väter, Brüder und Ehemänner – getötet. Frauen, die sich nicht mehr in traditionelle Geschlechterrollen fügen wollen, werden immer wieder Opfer sogenannter Ehrenmorde.

Seit der Machtübernahme hat die Islamische Republik Frauenfeindlichkeit und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern systematisch in privaten, öffentlichen, politischen, sozialen Sphären institutionalisiert und festgeschrieben. Die heutige Gesetzeslage erlaubt es zudem beispielsweise, dass ein Vater, der sein Kind tötet, nur eine sehr geringfügige Strafe erhält. Auf diese Weise rechtfertigt die Islamische Republik offen den Mord an Frauen, ja ermutigt geradezu zu Morden. In der Kindererziehung wird die Verheiratung von Kindern legitimiert und gefördert.

Es ist richtig, dass die Frauen unterdrückt werden, weil sie Frauen sind. Aber wenn sie Perserinnen sind und in den zentralen Regionen des Iran leben, so unterscheidet sich der Grad ihrer Unterdrückung sehr von demjenigen gegen Kurdinnen, Belutschinnen oder Araberinnen, die in den benachteiligten Gebieten des Iran leben. So sind Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören, stärkeren Repressionen ausgesetzt. Ebenso besteht für Homosexuelle und Queers ein höheres Risiko, nach islamischen Gesetzen getötet zu werden, sowohl in der Gesamtgesellschaft als auch in der Familie.

### Neue Verbindungen mit »Jin, Jiyān, Azadî«

Die »Jin, Jiyān, Azadî«-Bewegung demonstrierte für die Werte der jungen Generation und forderte traditionelle, religiöse, pat-

riarchale, diskriminierende und autoritäre Normen heraus. Die herkömmlichen religiösen, ideologischen und autoritären Diskurse waren ihr fremd. Das waren vielleicht die Hauptgründe, warum nicht nur die Regierung, sondern auch ein wichtiger Teil der Opposition von der Entstehung dieser Bewegung überrascht und abgehängt wurde.

Die Islamische Republik hat im vergangenen Jahr nicht nur die Kämpfer:innen verhaftet und getötet, sondern auch über Moscheen, das Fernsehen und andere Medien im religiösen und konservativen Teil der Gesellschaft viel Propaganda gegen die »Frau, Leben, Freiheit«-Bewegung verbreitet. Dem Regime gelang es, die Bewegung brutal mit Repression, Gewalt und Propaganda weitgehend zum Schweigen zu bringen. Aber die aktuelle Situation im Iran zeigt uns, dass die Bewegung die Glut unter der Asche ist, die darauf wartet, sich jeden Moment neu zu entfachen.

Wir wissen aus historischer wie heutiger Erfahrung, dass der Westen kein Interesse an einer echten Demokratie im Mittleren Osten hat.

Nach der Ausweitung der »Jin, Jiyān, Azadî«-Bewegung in Kurdistan und dann im Iran erlebten wir eine Welle der Solidarität unter Frauen auf der ganzen Welt von Rojava bis Afghanistan, von der Türkei bis Lateinamerika und Europa, eine weltweite Einheit der Frauen. Eine der wichtigsten Errungenschaften der »Jin, Jiyān, Azadî«-Bewegung war zweifellos die Schaffung eines transnationalen Bündnisses von Frauen. Diese Bewegung hinterließ auch einen starken Einfluss auf die Kämpfe der Frauen im Mittleren Osten. Die Kämpfe kurdischer, persischer, belutschischer, arabischer und anderer Nationalitäten, die in den letzten Jahren zugenommen haben, haben ein neues Bild der Frauen im Mittleren Osten gezeichnet. Ein Bild davon, dass Frauen sich nicht nur in einer untergeordneten und unterdrückten Position befinden, sondern auch über die Fähigkeit und Kraft zu konsequentem Kampf und Widerstand verfügen, dass sie in der Lage sind, weitreichende und konstruktive Veränderungen in der Region herbeizuführen.

Die Verbindung der Frauenkämpfe für die Befreiung von Machtverhältnissen und systematischer Diskriminierung können das Band zwischen den Kämpfen für die Befreiung der Menschheit von den verschiedenen Formen von Unterdrückung, von Sklaverei und Rassismus schaffen; auch deshalb verkörpert die »Frau, Leben, Freiheit«-Bewegung einen historischen Wendepunkt im Kampf von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen für die Verwirklichung einer transnationalen, queer-feministischen Revolution.



Neue Entwicklungen im Nahen Osten und der Weg zu einer Lösung

# Das etatistische Paradigma als Ursache im Nahost-Konflikt

Cemil Bayik, Ko-Vorsitzender der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)

Ausgehend von Abdullah Öcalans Geschichtsauffassung, die über das etatistische<sup>1</sup> Paradigma hinausgeht und historische Entwicklungen aus der Perspektive eines sozialistischen Paradigmas betrachtet, analysiert Cemil Bayik die aktuelle Situation im Nahen Osten und insbesondere die arabisch-jüdische Frage und entwirft mit ihrer Hilfe Perspektiven. In dieser Ausgabe des Kurdistan Reports wird der erste Teil seiner Ausführungen abgedruckt, in der nächsten Ausgabe der zweite.

## Teil 1

In dem Maße, wie die Globalisierung des Kapitals zunimmt, werden alle Orte mit menschlicher Bevölkerung für die Kräfte der kapitalistischen Moderne wichtig. Dies ist einer der Hauptgründe, warum die Widersprüche und Rivalitäten in Asien und im Pazifikraum in den letzten Jahren zugenommen haben. Denn heute wächst und entwickelt sich das kapitalistische System durch Konsum. Deshalb nennt man die heutige Welt eine Konsumgesellschaft, das ist eine korrekte Benennung. Das System der kapitalistischen Moderne hat das Stadium der Konsumgesellschaft erreicht. Durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik ist das Problem der Produktion heute bereits gelöst: Alles konkret vorstellbare kann produziert werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Probleme gelöst sind. Im Gegenteil, wir befinden uns in einer Phase, in der die Probleme besonders groß sind. Denn das System der kapitalistischen Moderne ist immer noch dominant. Die Existenz der kapitalistischen Moderne verhindert die Lösung der Probleme. Andererseits hat die Tatsache, dass der Konsum zum Hauptmittel des Kapitals geworden ist, dazu geführt, dass die Probleme ins Außerhalb der Menschen und der Gesellschaft verlagert wurden. Dies äußert sich in der Zerstörung der Natur, der Zerstörung der Ökologie und dem zunehmend unbewohnbaren Zustand unseres Planeten. Als das Hauptziel der Konsum selbst war, wurde alles, auch die Natur, immer mehr

objektiviert. Der Vorsitzende Apo<sup>2</sup> hat erklärt, dass das System der Zivilisation, das sich durch die Trennung von Subjekt und Objekt sowie durch die Vertiefung des Unterschieds zwischen ihnen entwickelt hat, im System der kapitalistischen Moderne seine maximale Tiefe erreicht hat und allmählich ein Stadium erreichen wird, in dem sogar das Subjekt objektiviert wird. Ein solches Stadium erleben wir jetzt. Das schlägt sich natürlich in mehr Widersprüchen, Konkurrenz, Konflikten und Kriegen nieder. Dies geschieht in Form des Dritten Weltkriegs<sup>3</sup>. Denn Widersprüche sind nicht lokal oder regional, sondern universell. Der jeweilige Widerspruch ergibt sich aus dem System selbst.

## Die modernste Kriegsflotte der Welt befindet sich im Nahen Osten

Da das System überall existiert, sind Widersprüche und Kriegszustände überallhin getragen worden. Zweifelsohne werden diese Widersprüche durch bestimmte Zentren ausgetragen. Eines dieser Zentren ist der Nahe Osten. Dieser ist seit dem Altertum ein wichtiges Zentrum. Daher war die Region auch eines der Zentren der Widersprüche und Konflikte. Diese Stellung hat sie auch heute noch. Die Zunahme von Widersprüchen und Rivalitäten an anderen Orten wie Asien in der Phase der Konsumgesellschaft bedeutet nicht, dass die Bedeutung des Nahen Ostens abgenommen hat. Im Gegenteil, sie hat zugenommen. Die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten sind auch insofern wichtig, als sie den Irrtum einer solchen Diskussion deutlich machen.

Der Vorsitzende Apo hat schon erklärt, dass alle Widersprüche und Konflikte heute in den Bereich des Dritten Weltkriegs fallen. Dies wird am besten durch die jüngsten Entwicklungen

<sup>1</sup> Etatismus bezeichnet eine politische Annahme, nach der ökonomische, soziale oder ökologische Probleme durch staatliches Handeln zu bewältigen sind.

<sup>2</sup> Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), seit 1999 in Isolationshaft in der Türkei

<sup>3</sup> »Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Kampf für den Frieden«, KR 224, S. 41 ff.

im Nahen Osten belegt. Wäre dies nicht der Fall, so wären die modernsten Kriegssysteme der Welt nicht in diese Region gebracht worden. Die modernste Kriegsflotte der Welt befindet sich derzeit im Nahen Osten.

Als sich die Entwicklungen in Palästina abzeichneten, brachten die USA ihr größtes Kriegsschiff in die Region. Es heißt, dass auch das zweite Schiff dorthin gebracht werden soll. Ebenso wird gemunkelt, dass das Vereinigte Königreich seine Marineflotte in die Region bringen wird. Das größte Kriegsschiff der USA bedeutet die größte Kriegsflotte der Welt. Das bedeutet eine ernsthafte Kriegshaltung. Es wäre falsch zu sagen, dass dies nur für den Krieg Israels gegen Gaza und die Hamas gilt. Ohne Zweifel sind die Existenz und die Sicherheit Israels für die USA und die NATO sehr wichtig. Selbst wenn es nur aus diesem Grund ist, ist gleichwohl eine Kriegshaltung vorhanden, welche Taten folgen lassen könnte. Die Existenz und Sicherheit des Staates Israel ist jedoch eine regionale Frage. Sie betrifft nicht nur die Fläche, auf der er errichtet wurde, sondern den gesamten Nahen Osten.

#### DIE PALÄSTINENSISCHE FRAGE BETRIFFT BIS HEUTE DEN GESAMTEN NAHEN OSTEN.

Die Gründung des Staates Israel, die zu einer erneuten Eskalation der historischen arabisch-jüdischen Frage und zur Entstehung der palästinensischen Frage führte, ist eng mit der Nahostpolitik der Kräfte der kapitalistischen Moderne verbunden.

Denn einer der Grundpfeiler der etablierten Ordnung im Nahen Osten ist die Existenz und Sicherheit des Staates Israel. Ein Ergebnis dieser Ordnung, ist die Palästina-Frage. Aufgrund dieser Situation ist die palästinensische Frage, eine Frage, die den gesamten Nahen Osten bis heute betrifft.

Die Taten der Hamas vom 7. Oktober und die darauf folgenden israelischen Angriffe auf den Gazastreifen und die Region haben diese Tatsache erneut bestätigt. Es ist noch nicht abzusehen, wie diese Entwicklungen ausgehen werden.

Jetzt diskutieren alle darüber und versuchen vorherzusagen, wie die Ereignisse ausgehen oder sich entwickeln werden. Zweifellos ist es im Moment schwierig, dies vorherzusagen. Wir wissen nicht, ob es sich um einen sich ausbreitenden Krieg oder um eine Abfolge von Konflikten mit definierten Grenzen handeln wird. Die sich vertiefenden Widersprüche zwischen den Kräften der kapitalistischen Moderne und die sich verschärfende Krise des Systems zeigen jedoch, dass sich die Entwicklungen im Rahmen des Dritten Weltkriegs abspielen werden.

Das zeigt sich auch in den Haltungen, die zum Ausdruck kommen. Andererseits ist die Entwicklung nicht nur im Nahen Osten zu beobachten. Auch in anderen Teilen der Welt gehen die Entwicklungen in diese Richtung.

Der Krieg in der Ukraine ist ein Beispiel dafür. Mit der Aggression Russlands gegen die Ukraine hat der Dritte Weltkrieg zum ersten Mal die Grenzen des Nahen Ostens verlassen. Die aktuellen Entwicklungen deuten jedoch darauf hin, dass das Zentrum des Krieges wieder der Nahe Osten sein wird. Tatsächlich war er schon immer das Zentrum des Krieges, ohne Unterbrechung. In Kurdistan und Palästina herrscht seit hundert Jahren ununterbrochen Krieg. Die ganze Region war schon immer ein Schlachtfeld für die kurdische und die palästinensische Frage. Neu ist nun, dass die kapitalistische Moderne das Stadium der Konsumgesellschaft erreicht hat und deren Folgen offen zutage treten. Die wichtigste Schlussfolgerung, die wir daraus ziehen müssen, ist, dass sich der Dritte Weltkrieg im Nahen Osten wie auch in anderen Teilen der Welt verschärft und die künftigen Entwicklungen auf dieser Grundlage stattfinden.

#### Für die kurdische und die palästinensische Frage ist ebenso wie für das jüdische Volk eine wirkliche und dauerhafte Lösung wichtig

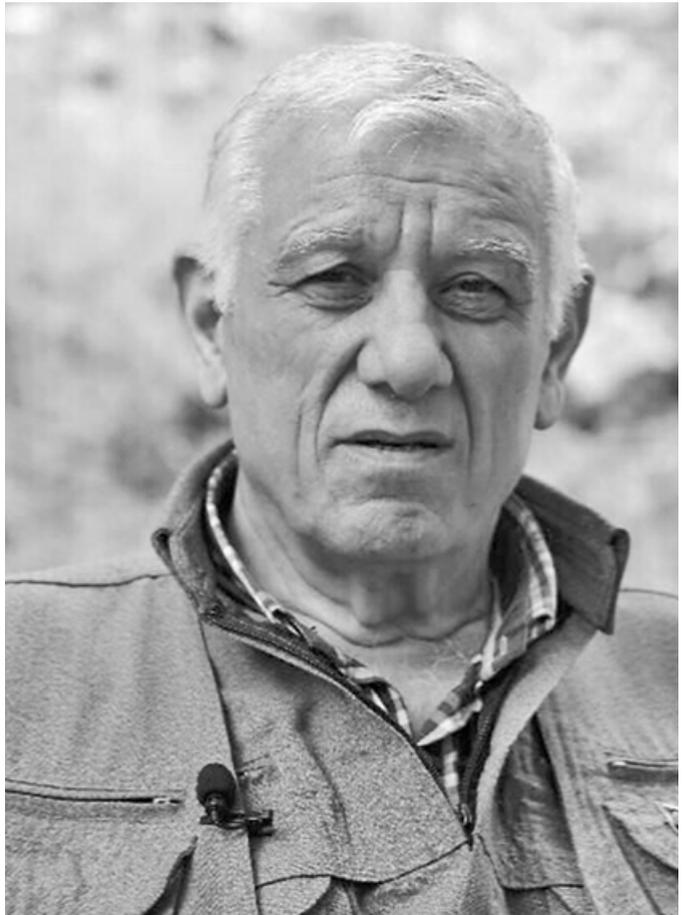
Einer der Hauptpfeiler der bestehenden Ordnung im Nahen Osten ist zweifellos die auf dem Völkermord an den Kurd:innen basierende Politik. Diese Realität muss bei der Analyse der palästinensischen Frage, der Ordnung im Nahen Osten und der neuen Entwicklungen berücksichtigt werden. Sonst kann man den Ursprung der Probleme, die Art der Entwicklungen und damit die Ergebnisse, die sich ergeben werden, nicht richtig verstehen. Die in Kurdistan und Palästina durchgesetzte Ordnung ist Ausdruck der im Nahen Osten etablierten Ordnung. Diese basiert auf dem Völkermord an beiden Völkern. Deshalb haben die positiven und negativen Entwicklungen in Kurdistan und Palästina Auswirkungen auf die gesamte Region. Während der Kampf der beiden Völker und ihr Streben nach Freiheit die genozidale, kolonialistische Ordnung im Nahen Osten erschüttern, stärkt die herrschende »Ordnung« diese. Und ebenso ist die Existenz und die Frage des jüdischen Volkes eine Realität im Nahen Osten. Auch dies ist eine wichtige Tatsache der Region. Die Existenz und die Frage des jüdischen Volkes können nicht ignoriert oder geleugnet werden.

Für die kurdische und die palästinensische Frage ist, ebenso wie für das jüdische Volk, eine echte und dauerhafte Lösung wichtig. Die Veränderung der im Nahen Osten entstandenen

Ordnung, die auf den Interessen der kapitalistischen Moderne beruht, kann nur auf diesem Wege erreicht werden: einem Prozess auf demokratischer Grundlage mit der Überwindung der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse und der Ermöglichung eines freien und gleichberechtigten Zusammenlebens der Völker. Es ist wichtig, die kurdische, arabische und jüdische Frage aus einer solchen Perspektive zu betrachten. Alle anderen Ansätze sind absolut falsch und unvollständig. Der arabische Nationalismus (im Kontext des Antisemitismus) sieht das Problem in der Rückkehr der Jüd:innen in den Nahen Osten, während der jüdische Nationalismus (Zionismus) das Problem in der Existenz der Araber:innen sieht: Damit die einen existieren können, müssen die anderen verschwinden. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Diese Ansätze, die das Ergebnis von Nationalismus und einer national-etatistischen Mentalität sind, haben die Probleme bis heute nur vertieft. Diese Ansätze sind der Grund für all die schmerzhaften Verluste. Gleichzeitig wird dieser Ansatz, der sich als Folge der etatistischen Mentalität und ihrer nationalstaatlichen Variante entwickelt hat, als die einzige Option dargestellt. Aber in Wirklichkeit ist er nicht die einzige Option für die Völker. Eine solche historische Lesart ist völlig falsch und unbegründet.

Es ist nur richtig, dass weder die Rückkehr der Jüd:innen in den Nahen Osten, noch die Existenz der Palästinenser:innen das Problem sind. Indem er zu den Wurzeln der Geschichte vordringt, hat der Vorsitzende Apo die Realität aufgedeckt, die allen Fragen, einschließlich der arabisch-jüdischen Frage, in ihrer historischen Entwicklung zugrunde liegt. Diese vom Vorsitzenden Apo entwickelte neue Lesart der Geschichte ist äußerst wissenschaftlich. Sie hat eine Qualität, die die soziale Realität korrekt offenbart. Die neue Geschichtsauffassung des Vorsitzenden Apo, die über das etatistische Paradigma hinausgeht und historische Entwicklungen aus der Perspektive eines sozialistischen Paradigmas betrachtet, ist für die Lösung der Probleme im Nahen Osten von größter Bedeutung.

Die historische arabisch-jüdische Frage entstand als Folge der Entwicklung der staatlichen Zivilisation. Auch unabhängig voneinander sind die arabische und die jüdische Frage ein Ergebnis der staatlichen Zivilisation. Der Vorsitzende Apo hat sich damit in seiner Betrachtung der historischen Entwicklung ausführlich beschäftigt. Er hat den Zusammenhang mit dem Widerspruch zwischen den Hurriter:innen<sup>4</sup> und den Amurriter:innen<sup>5</sup> in der Geschichte aufgezeigt<sup>6</sup>. Diese sind wichtig, und ohne sie zu kennen oder zu berücksichtigen, ist es



Cemil Bayik, Ko-Vorsitzender des Exekutivrats der KCK | Foto: ANF

nicht möglich, das Wesen der heutigen Probleme zu verstehen und eine Lösung anzubieten. Denn dann wäre die Folge, dass keine Lösungen für die Probleme entwickelt werden können und diese sich weiter verschärfen.

Eine der Fragen, die sich aufgrund dieses Ansatzes verschärft haben, ist die arabisch-jüdische Frage. Bis heute gibt es keinen anderen Ansatz für die arabisch-jüdische Frage als die derzeitige Sichtweise: Die Kräfte, die sich als Feinde gegenüberstehen, haben sich darauf geeinigt, das Problem mit der Mentalität der kapitalistischen Moderne und ihrem nationalstaatlichen Verständnis zu lösen.

Dennoch, beide leiden unter der Mentalität der kapitalistischen Moderne und ihrem nationalstaatlichen Verständnis. Die arabisch-jüdische Frage, die uns heute als israelisch-palästinensischer Konflikt begegnet, basiert jedoch auf der nationalstaatlichen Mentalität und dem nationalstaatlichen Ansatz. Der Ansatz, in den alten Gebieten, in denen Araber:innen und Jüd:innen leben, Nationalstaaten zu errichten, ist die Hauptursache für dieses Problem. Ohne die Überwindung dieses Ansatzes wird eine Lösung des Problems nicht möglich sein. Dies ist in der Tat nicht nur für die Lösung des israelisch-palästinensischen

<sup>4</sup> Die Hurriter:innen waren im 3. und 2. Jahrtausend v. Chr. an der Grenze zu Nordmesopotamien ansässig.

<sup>5</sup> Die Amurriter:innen waren ein antikes Volk semitischer Sprache aus Vorderasien. Sie sind vor allem im Gebiet des mittleren Euphrat nachweisbar.

<sup>6</sup> Hier geht es um den Widerspruch und Konflikte zwischen sesshaften Völkern in Stadtstaaten und nomadischen Völkern. Vgl. die Ausführungen Abdullah Öcalans zur Frühgeschichte des Mittleren Ostens in verschiedenen seiner Bücher.



Solidaritätsaktion der Internationalen Kommune in Rojava | Foto: ICR

sischen Konflikts, sondern auch für die Lösung aller Probleme im Nahen Osten, insbesondere der kurdischen Frage, essenziell.

### Die Entstehung der palästinensischen Frage

Genau wie die Entstehung der kurdischen Frage ist auch die Entstehung der palästinensischen Frage ein Ergebnis der Nahostpolitik der kapitalistischen Moderne. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bestand der Ansatz der Kräfte der kapitalistischen Moderne im Nahen Osten darin, das Osmanische Reich zu zerschlagen und abhängige Nationalstaaten zu schaffen. Das Bündnis des osmanischen Staates mit Deutschland konnte die Entwicklung dieses Prozesses nicht verhindern. Nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg gestalteten Großbritannien und Frankreich die Welt und den Nahen Osten neu. Der Einfluss und die Kontrolle vor allem Großbritanniens entwickelten sich im Nahen Osten. Die Geografie des Nahen Ostens wurde so weit wie möglich in Form von abhängigen Staaten fragmentiert. Kurdistan wurde auf vier Nationalstaaten aufgeteilt, und das kurdische Volk wurde in die Serie von Völkermorden einbezogen. Dies war das Ergebnis eines Abkommens zwischen dem türkischen Staat und den Kräften der kapitalistischen Moderne. Auf der einen Seite wurde das kurdische Volk dem Völkermord preisgegeben, auf der anderen Seite wurden der türkische, der persische und die arabischen Nationalstaaten abhängig gemacht. Die Kräfte der kapitalistischen Moderne hielten diese Methode für geeignet,

um ihre Interessen durchzusetzen. Die Ausrottung und Liquidierung zahlreicher Völker, wie z. B. die Armenier:innen und Assyrer:innen, erfolgte ebenfalls innerhalb dieses Prozesses. Und auch das Wiederauftauchen der arabisch-jüdischen Frage und die Entstehung der palästinensischen Frage sind Ergebnisse dieses Prozesses.

Ohne Zweifel hat jede Frage ihre eigenen Aspekte. Die Rückkehr des jüdischen Volkes in den Nahen Osten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert und der darauf folgende Prozess sollten in diesem Licht gesehen werden. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Moderne in Europa nahmen auch die Pogrome und Massaker gegen das jüdische Volk zu. Infolgedessen entwickelten die Jüd:innen die Idee, sich im Nahen Osten, den sie als ihr altes Land betrachteten, niederzulassen und dort einen eigenen Staat zu gründen. Um die Hindernisse zu beseitigen, die diesem Vorhaben im Wege standen, bedienten sie sich der Unterstützung durch die Kräfte der kapitalistischen Moderne. Dies war der Hauptgrund für das Entstehen der problematischen Situation. Damals versuchte Großbritannien, die Dynamik auszugleichen, um den Nahen Osten stärker von sich abhängig zu machen. Dies ist eine klassische Methode des Systems der kapitalistischen Moderne und des Imperialismus. Kurz gesagt, es handelt sich um eine Politik des Gleichgewichts sowie des Teilens und Herrschens. Es wäre nicht falsch zu sagen, dass Großbritannien die Situation des jüdischen Volkes in seiner Herangehensweise an die »Nahost«-Frage und an die arabische Frage ausgenutzt hat. Das Vorgehen der Kräfte der

kapitalistischen Moderne basiert auf dem Verhältnis von Interessen, und Großbritannien handelte damals in diesem Sinne.

Sicher gibt es auch einen Grund, der umfassendere Fragen einschließt.

So befürchtete Großbritannien beispielsweise, dass die USA Deutschland im Krieg unterstützen würden, weil die Jüd:innen, die vor den Pogromen in Russland nach Amerika geflohen waren, Beziehungen zu den USA aufgebaut hatten. Um dies zu verhindern, begann Großbritannien, sich mit denjenigen Jüd:innen, mit denen Kontakt bestand, zu arrangieren und sich stärker für die jüdische Sache zu interessieren. Denn Russland stellte sich im Ersten Weltkrieg auf die Seite Großbritanniens gegen Deutschland. In dieser Zeit war Russland der Ort, an dem Pogrome gegen Jüd:innen am häufigsten vorkamen. Am Ende kam es nicht zum befürchteten Szenario, und Großbritannien war der Sieger des Krieges. In Russland entwickelte sich die Oktoberrevolution.

Später war die jüdische Bevölkerung aber vor allem den Massakern und dem Völkermord unter den Nazis ausgesetzt. Infolgedessen kam es zu einer verstärkten Einwanderung von Jüd:innen in den Nahen Osten.

Mit all diesen Prozessen haben auch die arabisch-jüdischen Widersprüche und Konflikte zugenommen. Mit der Gründung des Nationalstaates Israel hat sich dieser Konflikt bis heute verschärft und vertieft.

Die Flucht des jüdischen Volkes vor den Pogromen in Europa in den Nahen Osten war in der Tat ein richtiger und notwendiger Schritt. Denn im Nahen Osten wird die jüdische Gemeinschaft mit sich selbst in Kontakt kommen und ihre Entwicklung sicherstellen. Außerhalb des Nahen Ostens ist es für das jüdische Volk nicht möglich, sich als Gesellschaft zu entwickeln und seine Existenz zu sichern. Der Vorsitzende Apo erklärt dies in einer historischen, sozialen und aktuellen Analyse.

Die Tatsache, dass die Rückkehr des jüdischen Volkes in den Nahen Osten mit einer nationalstaatlichen Mentalität konzipiert wurde und der Prozess entsprechend durchgeführt werden sollte, führte jedoch zu gegenteiligen Ergebnissen. Zusätzlich zur nationalstaatlichen Mentalität hat das Vorhandensein historischer religiöser und sogar tribalistischer Auffassungen den Widerspruch weiter vertieft. Dies hat zu einer Situation geführt, die noch gefährlicher ist als zuvor, ganz zu schweigen davon, dass

das jüdische Volk die Frage seiner Existenz überwinden und die Bedingungen schaffen muss, die seine Entwicklung gewährleisten. Man kann den Prozess folgendermaßen zusammenfassen: Die Geschichte des jüdischen Volkes und die Entwicklung des Völkermords, dem das palästinensische Volk heute ausgesetzt ist, sind ein Beispiel für Ergebnisse der Entwürfe, die mit einer etatistischen Mentalität gemacht wurden. Denn die Situation ist äußerst schmerzhaft. Das jüdische Volk kam in den Nahen Osten, in das Land Palästina, wegen der Massaker, denen es in Europa ausgesetzt war. Der Grund, warum die Jüd:innen Massakern ausgesetzt waren, die zu Völkermord führten, ist die staatliche Zivilisation in der Ausformung der kapitalistischen Moderne und das Verständnis des Nationalstaates. Aufgrund derselben Mentalität ist das palästinensische Volk jedoch Massakern und Völkermord ausgesetzt. Diese Situation ist in der Tat ein Beispiel, aus dem Lehren gezogen werden sollten. Es gibt wahrscheinlich kein anderes historisches Ereignis, das so beispielhaft und lehrreich ist wie dieses.

## Nationalstaatlicher Ansatz verschärft die Probleme

Die Tatsache, dass Probleme mit dem Modell des Nationalstaats nicht gelöst werden können, sondern verschärft werden, zeigt sich am besten an der arabisch-jüdischen Frage, der Entstehung der kurdischen Frage und der Tatsache, dass diese Fragen ungelöst bleiben. Dies ist ebenfalls ein Ergebnis des nationalstaatlichen Ansatzes, wie auch andere Probleme im Nahen Osten auf eben diesem Ansatz beruhen. Da er im Nahen Osten nicht überwunden werden konnte, ist es auch nicht möglich gewesen,

die Probleme zu lösen. Fast keines der Probleme wurde gelöst und keine Entwicklungen zu ihrer Lösung in Gang gesetzt. Wie der israelisch-palästinensische Konflikt zeigt, gibt es schwerwiegende Probleme, die jederzeit die gesamte Region in einen Krieg stürzen können. Dasselbe gilt für die kurdische Frage. Die genozidale, kolonialistische und nationalstaatliche Mentalität des türkischen Staates gegen die Kurd:innen und seine entspre-

chende Politik stehen in Zusammenhang mit Konflikten, Krieg und Völkermord im Nahen Osten. Diese Situation zeigt, dass es in Wirklichkeit keine Entwicklung gibt und dass das, was Entwicklung genannt wird, nur eine rein formale und keine echte ist. Außerdem ist die ständige Einmischung der Mächte der kapitalistischen Moderne in den Nahen Osten, ihre Gestaltung und Verwaltung des Nahen Ostens nach ihren Interessen ebenfalls dieser Mentalität geschuldet. Es waren die Kräfte der kapitalistischen Moderne, die den Nahen Osten auf der Grundlage

DIE NEUE GESCHICHTSAUFFASSUNG  
DES VORSITZENDEN APO, DIE ÜBER DAS  
ETATISTISCHE PARADIGMA HINAUSGEHT  
UND HISTORISCHE ENTWICKLUNGEN  
AUS DER PERSPEKTIVE EINES  
SOZIALISTISCHEN PARADIGMAS  
BETRACHTET, IST FÜR DIE LÖSUNG  
DER PROBLEME IM NAHEN OSTEN  
VON GRÖSSTER BEDEUTUNG.

von Nationalstaaten entworfen haben. Dieses System besteht immer noch. Wenn es eine Veränderung gegeben hat, dann in der Form der Intervention der USA und der NATO in einige Regime auf der Grundlage der Bedürfnisse des globalen Kapitalsystems. Dies stellt keine qualitative Veränderung dar. Der National-Etatismus bestimmt nach wie vor das vorherrschende Denken und die Politik im Nahen Osten.

Der Anteil des nationalstaatlichen Ansatzes an der gegenwärtigen Phase der Palästinafrage ist entscheidend. Der arabische Nationalismus gegen den jüdischen Nationalismus hat das Problem nicht nur nicht lösen können, sondern es sogar noch verschärft. Das geht so weit, dass er einerseits eine fanatische Haltung einnimmt, während er andererseits, wenn sich die Bedingungen ändern, die gegenteilige Haltung einnehmen kann. Die Tatsache, dass die arabischen Nationalstaaten nicht immer für die Sache des palästinensischen Volkes eingetreten sind, hat der palästinensischen Sache am meisten geschadet, insbesondere zu Beginn des Konflikts. Mit der offiziellen Gründung des Staates Israel nahmen die arabischen Nationalstaaten eine radikale Haltung gegenüber Israel ein. Im Laufe der Zeit haben der Widerstand gegen Israel und die palästinensische Sache jedoch eine politische Form angenommen.

Mit der Machtübernahme des Nasserismus<sup>7</sup> und später der Baath-Parteien<sup>8</sup> in Syrien und im Irak wurden die israelische Frage und die palästinensische Sache zu einer politischen Rivalität. Dieser Ansatz der arabischen Nationalstaaten hat auch eine unabhängige Entwicklung der palästinensischen Bewegung verhindert oder erschwert. Eine vereinheitlichende Herangehensweise an den israelisch-palästinensischen Konflikt ist ohne Zweifel falsch. Für das Verständnis der Wahrheit ist es wichtig, Ereignisse und Phänomene in ihrer historischen Entwicklung, ihren Zusammenhängen und Verflechtungen zu betrachten. Dies sollte jedoch nicht in der Form geschehen, dass alles gleich gemacht wird. Es sind die Mentalität und die Politik des israelischen Staates, die die palästinensische Frage geschaffen haben. Genau wie der türkische Staat leidet auch der israelische Staat an einer genozidalen Mentalität. Der israelische Staat geht mit dem palästinensischen Volk auf die gleiche Weise um, wie der türkische Staat mit dem kurdischen Volk. Der türkische Staat baut seine Existenz auf dem kurdischen Völkermord auf. In gleicher Weise hat der israelische Staat seine Existenz auf dem Völker-

mord und der Vernichtung des palästinensischen Volkes aufgebaut. Der auf dem arabischen Nationalismus basierende Ansatz hat diese Mentalität noch verstärkt. Diese beiden Nationalismen haben sich gegenseitig beflügelt.

Der jüdische Nationalismus sieht vor, dass Palästina vollständig zu Israel gehört und zu diesem Zweck die Araber:innen eliminiert werden müssen; der arabische Nationalismus sieht die Errichtung einer arabischen Souveränität in Palästina vor und dass zu diesem Zweck Israel zerstört werden müsse. Diese beiden nationalstaatlichen Ansätze, die von traditionellem Nationalismus und Religion geprägt sind, haben dazu geführt, dass die Frage angesichts der Verschärfung des Konflikts und des Völkermords am palästinensischen Volk nicht mehr gelöst werden kann.

Das Versagen der arabischen Nationalstaaten, sich die palästinensische Sache wirklich zu eigen zu machen und eine Lösung für das Problem zu finden, wirkte sich anfangs positiv auf die Entwicklung der palästinensischen Bewegung aus. Nach der Niederlage der ara-

bischen Nationalstaaten gegen Israel im Jahr 1967 begann die palästinensische Bewegung zu erstarken und für die Befreiung des palästinensischen Volkes zu kämpfen, indem sie sich die palästinensische Sache wirklich zu eigen machte. Seitdem ist der Kampf des palästinensischen Volkes stärker geworden und wird in der ganzen Welt anerkannt. Die palästinensische Bewegung und der Kampf des palästinensischen Volkes wurden von den Völkern im Nahen Osten und in der ganzen Welt unterstützt.

Viele Menschen aus dem Nahen Osten und der Welt haben sich dem Kampf für die Sache des palästinensischen Volkes in den Reihen der palästinensischen Bewegung angeschlossen.

Die Unterstützung der palästinensischen Sache in der Region und in der Welt beruht zweifellos auf der Tatsache, dass die palästinensische Bewegung eine sozialistische Sichtweise hat. Sie erhielt Unterstützung von vielen sozialistischen Ländern und Bewegungen, insbesondere von den Sowjets. Bekanntlich reiste die PKK auch in die Gebiete, in denen die palästinensische Bewegung präsent war, und führte Aktionen in Solidarität mit der palästinensischen Bewegung durch. In dieser Zeit kämpfte die PKK, die ihre Gründungsphase gerade erst abgeschlossen hatte, während des israelischen Angriffs auf Beirut an vorderster Front, und als Guerillabewegung hatte sie hier ihre ersten Gefallenen zu beklagen. Diese von der kurdischen Freiheitsbewegung geknüpften Beziehungen haben es den Völkern Palästinas und Kurdistans ermöglicht, bis heute solidarisch miteinander zu sein.

DIESE VON DER KURDISCHEN  
FREIHEITSBEWEGUNG GEKNÜPFTEN  
BEZIEHUNGEN HABEN ES DEN  
VÖLKERN PALÄSTINAS UND  
KURDISTANS ERMÖGLICHT, BIS  
HEUTE SOLIDARISCH ZU SEIN.

<sup>7</sup> Gamal Abdel Nassers (von 1952-54 Ministerpräsident Ägyptens) Version der Idee einer geeinten arabischen Nation vom Atlantik bis zum Persischen Golf wird als Nasserismus bezeichnet.

<sup>8</sup> Die Ideologie des Baathismus verbindet nationalistischen Panarabismus und revolutionären Säkularismus mit den Elementen eines arabischen Sozialismus.



Wie der Islamismus im Mittleren Osten die Völker an ihrer Emanzipation hindert

## Die Muslimbruderschaft, die Hamas und die AKP

Ali Roj

**D**a alle drei Organisationen – die Muslimbruderschaft, die Hamas sowie die AKP – eine islamistische Ideologie vertreten, ist es sinnvoll, kurz auf die Entstehung des Islam und seine heutige Situation einzugehen.

Der Islam entstand als dritte monotheistische Religion der abrahamitischen Tradition mit dem Anspruch, die angestauten sozioökonomischen und politischen Probleme der arabischen Völker zu lösen, die zwischen den beiden damaligen Hegemonialmächten, dem Römischen und dem Persischen Reich, eingeklemmt waren. Mit anderen Worten, die Krise und die chaotische Situation der arabischen Gesellschaften führten zur Entstehung des Islam, der sich in seiner Anfangszeit als fähig erwies, Probleme zu lösen, und in kurzer Zeit zunächst den Nahen Osten beherrschte und sich dann über die ganze Welt ausbreitete.

Jahrhundertlang war er die zentrale hegemoniale Macht, aber er verlor diese Position, als der Kapitalismus die zentrale Machtstruktur in Europa wurde. Wenn wir also die Praxis des Islam in den letzten eintausendvierhundert Jahren bewerten, können wir feststellen, dass er nur als ein Pflaster und nicht der realen Überwindung der Probleme gedient hat; und wir können sagen, dass er auch gegenwärtig die Probleme weder löst noch mildert, sondern sie verschärft und ihre Bewältigung erschwert.

Heute halten Organisationen, die sich auf die Ideologie des Islam stützen, die Abkehr von den Wurzeln des Islam für die Ursache der bestehenden sozioökonomischen und politischen Probleme und präsentieren die Rückkehr zum Wesen des Islam als Lösung. Auf dieser Grundlage wollen sie den Staat zu übernehmen organisieren, zu Koran und Sunna zurückkehren und schließlich eine Gesellschaft schaffen, in der Scharia-Gesetze gelten, in der Annahme, alle Probleme auf diese Weise lösen zu können. Das gemeinsame Ziel und der gemeinsame Zweck der meisten islamischen Organisationen (auch die der Muslimbruderschaft) ist letztlich der Weg zum Scharia-Gesetz – für sie ein Gebot Gottes –, und alle, die sich ihm widersetzen, müssen bekämpft werden.

Es gibt allerdings auch – wenn auch nur wenige – islamische Gruppen, die nicht von dieser Haltung angetrieben werden, sondern vielmehr von der kulturellen Praxis des Islam und der Notwendigkeit, Kompromisse mit anderen Kräften zu schließen. Das Leben des Propheten in der Zeit von Medina und die Praktiken dieser Zeit bilden die wichtigste Grundlage dafür;

der Pluralismus in der Zeit von Medina schließt demokratische Strukturen ein. Islamische Organisationen wie die Ikhwan (Muslimbruderschaft) hingegen stehen demokratischen Werten grundsätzlich ablehnend gegenüber, da sie auf dem Mehrheitsprinzip und nicht auf Pluralismus basieren. Die wichtigste Grundlage für diese Auffassung ist die Phase des Propheten in Mekka. Sie akzeptieren demokratische Werte als Argumente, die nur dann verwendet werden, wenn sie dem eigenen Zweck dienen, und dies lässt sich leicht feststellen, wenn wir die historische Vergangenheit und Gegenwart der Ikhwan und Organisationen mit ähnlicher Ideologie betrachten. Die Organisation der Muslimbrüder in Palästina zum Beispiel stützt sich auf den Dschihad, d.h. auf Gewalt, während die syrische Ikhwan sagt, dass sie sich aufgrund der Umstände auf demokratische Methoden stützt, und der AKP-Führer Erdoğan, der eine ähnliche Ideologie hat, vergleicht die Demokratie mit einem Zug, den man besteigen muss, um ans Ziel zu kommen.

Die Hauptpropaganda der von Hassan al-Banna und seinen Freunden in den 1920er Jahren gegründeten Muslimbruderschaft zielte auf die Überwindung sozialer Probleme und Ungerechtigkeiten. Durch die Betonung von sozialer Solidarität, Kooperation und Bildung wollten sie die Massen erreichen, was ihnen auch gelang. Die Tatsache, dass die Region damals unter britischer Herrschaft stand, spielte dabei eine entscheidende Rolle: Anders als die ägyptische Regierung vor dem und während des Zweiten Weltkriegs unterstützte die Muslimbruderschaft das Nazi-Regime, was zu einer Vertiefung und Verankerung des islamischen Nationalismus in der Ikhwan führte, und Hitlers ›Mein Kampf‹ ist noch immer eines der meistgelesenen Bücher auf der Ikhwan-Website.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sie ihren Aktivismus nicht nur gegen Briten und Ausländer, sondern auch gegen die säkularen Werte des Lebens im Allgemeinen fort. Nach der Ermordung von Hassan al-Bannan als Vergeltung für die Ermordung des ägyptischen Premierministers wurde Sayyid Qutb, der erst später der Organisation beitrug, zum einflussreichsten Vordenker der Muslimbruderschaft. Für Sayyid Qutb ist die muslimische Gesellschaft unislamisch und muss durch eine gewaltsame Revolution und die Herrschaft der Scharia über die Regierungen aller muslimischen Länder zum Wesen des Islam zurückgeführt werden.

Der Name Sayyid Qutb wird von Tayyip Erdoğan und seinem Sohn Bilal Erdoğan oft genannt und seine Idee einer um-

mahistischen<sup>1</sup> und religiösen Revolution als Vorbild angeführt. Für Erdoğan, der Georgier ist und dessen Frau Araberin, ist der islamische Nationalismus (man könnte ihn auch islamischen Faschismus nennen) zumindest das Hauptargument, um an der Macht zu bleiben. Schaut man sich seine Anhänger in der Türkei, im Nahen Osten und in der ganzen Welt an, ist diese Motivation leicht zu erkennen. Mit dieser Motivation kann er seine politische Macht leicht konsolidieren, indem er eine Basis mobilisiert, die sich auf islamische Empfindlichkeiten stützt, insbesondere innerhalb der Türkei. Es stellt sich die Frage, ob sie sich wirklich der islamischen Ideologie, dem Ikhwan-Gedankengut und den Lehren Sayyid Qutbs verschrieben haben oder ob sie diese als Mittel benutzen, um an der Macht zu bleiben und von deren Segnungen zu profitieren. Ich denke, wir können sagen, dass beides miteinander verbunden ist. Wir können sagen, dass die Muslimbrüder die AKP als das Modell akzeptiert haben, dem sie folgen sollten, um ihre Ziele nach dem Arabischen Frühling zu erreichen. Die von ihnen gegründeten politischen Parteien mit ähnlichen Namen und Programmen in Marokko, Tunesien und Ägypten sind Beispiele dafür. In Syrien haben sie den westlichen Mächten wiederholt erklärt, dass sie demokratische Methoden anwenden würden, die auf dem Diskurs des Modells der islamischen Mäßigung basieren, um die Macht zu ergreifen, und in Palästina kämpfen sie weiterhin mit der Hamas mit der Motivation des aktiven Dschihad.

Die Hamas greift sowohl das historische als auch das ideologische Erbe der Muslimbruderschaft auf, überträgt es auf Palästina. Für sie ist das Hauptproblem Israel, aber die Hauptlösung zur Beseitigung Israels und aller Probleme ist die Rückkehr zur Essenz des Islam, d.h. zur Scharia, und auf dieser Grundlage muss der Dschihad geführt und die Gesellschaft verändert werden. Dies ist die grundlegende Politik der Hamas gegenüber der palästinensischen Gesellschaft. Der Grund für die Angriffswelle gegen Israel am 7. Oktober 2023 liegt wahrscheinlich in diesem islamistischen Gedankengut der Ikhwanisten, so dass die Aussage, dass es eine Partnerschaft zwischen Hamas, Ikhwan und AKP gibt, angemessen und wahr ist. Es wäre nicht falsch zu sagen, dass die Hamas zu dieser Aktion ermutigt wurde.

Diese Aktion hat dem palästinensischen Volk große Verluste und Schmerzen zugefügt. Es ist ein großer Fehler, von Erfolg und Freude zu sprechen, wenn Tausende von Zivilisten, Frauen und Kindern getötet wurden. Obwohl das offizielle Gründungsdatum der Hamas das Jahr 1987 ist, geht sie auf die frühen siebziger Jahre zurück, als die Muslimbruderschaft als Wohltätigkeitsorganisation gegründet wurde, und sogar noch weiter zurück in die dreißiger Jahre. Soweit wir wissen, wurde dieser Organisation, deren Gründung Israel genau beobachtete, die Möglichkeit gegeben, sich gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu richten; so konnte sie – trotz

anfänglicher geringer Beliebtheit – sich entwickeln und wachsen, die PLO wurde zerschlagen und der palästinensische Befreiungskampf gelähmt.

Die islamistische Ideologie hat versucht, sich an die Stelle der auf der sozialistischen Befreiungsideologie der Geschwisterlichkeit der Völker basierende Befreiungsideologie zu setzen. Mit den Angriffen vom 7. Oktober scheint die Hamas ein regionales Chaos provozieren zu wollen. Dieses Chaos wird den Normalisierungsprozess der arabischen Staaten mit Israel vorerst verhindern und kann auch als Schachzug gesehen werden, um die neue Handelsroute zwischen Indien und Europa, die auf dem G20-Gipfel geplant worden war, und den Russland-Ukraine-Krieg zu vereiteln.

Es ist klar, dass sie den Iran und die schiitischen Kräfte um ihn herum in eine Konfrontation mit Israel treiben wollen, um eine neue Krise im Nahen Osten heraufzubeschwören, das Chaos zu vertiefen und den Ikhwanisten zu neuen Erfolgen zu verhelfen, wie es nach dem Arabischen Frühling der Fall war. Ikhwan, die AKP und Russland scheinen diejenigen zu sein, die am meisten von der aktuellen Krise profitieren. Doch es ist klar, dass der legitime Kampf des palästinensischen Volkes dadurch größten Schaden nimmt. Nationalistische und religiöse Ansätze werden auf beiden Seiten nur zu mehr Zerstörung, mehr Verwüstung und mehr Toten führen. Natürlich ist der Islam in den Gesellschaften des Nahen Ostens verankert, aber in seiner gegenwärtigen Form kann er nicht mehr tun, als die Probleme zu vertiefen; das Angemessenste, was er tun kann, ist, aus der kapitalistischen Moderne herauszutreten und eine kulturelle Rolle im Leben der alternativen, demokratischen Moderne zu spielen.

Israels Beharren auf der nationalstaatlichen Schiene und seine spezifische Herangehensweise an die Konflikte machen die Probleme nur noch unlösbarer. Es mag sich aufgrund seiner politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht im Moment als Gewinner oder als am wenigsten Geschädigter sehen, es mag sich als Beschützer seiner Bevölkerung darstellen – aber es ist wichtig zu erkennen, dass es mit dieser Politik der jüdischen Gemeinschaft den Boden entzieht und einer Entwicklung den Weg bereitet, in der Zukunft ähnliche Tragödien zu erleben, wie sie die jüdische Gemeinschaft in der Geschichte erlebt hat. Aber wenn Israel das Paradigma der demokratischen Nation und der demokratischen Moderne mit der Kraft, der Fähigkeit und dem Potenzial, über die es verfügt, verwirklicht, könnte damit nicht nur das israelisch-palästinensische Problem gelöst werden, sondern es könnte auch zur Lösung des sogenannten kurdischen Problems beitragen, das mindestens ebenso tiefgreifend, umfassend und global ist. Auf diese Weise wird es die wohlwollendste Rolle gegenüber der Welt und der Menschheit spielen, das Schicksal der Welt positiv verändern.

<sup>1</sup> Umma: Begriff, der für die religiös fundierte Gemeinschaft der Muslime verwandt wird.



Die demokratische Nation als Antwort auf die Krisen unserer Zeit

# Für die Zukunft Israels zeichnen sich zwei Wege ab

Zusammengestellt aus dem

»Manifest für eine demokratische Zivilisation«<sup>1</sup>  
von Abdullah Öcalan

**Solange nationalstaatliches Denken, sei es in Form eines religiösen oder eines säkularen Nationalismus, fortbesteht, sind weitere Desintegration und Konflikte in diesen Gesellschaften vorprogrammiert.**

Die Katastrophen der nationalstaatlichen Sackgasse erleben wir derzeit sehr deutlich in Afghanistan und seinen Nachbarregionen: An der afghanisch-pakistanischen Grenze, beim damit zusammenhängenden Kaschmirproblem oder beim pakistanisch-indischen und pakistanisch-bangladeschischen Problem. Es liegt in der Natur der Sache, dass nationalstaatliche Auswege aus Konflikten zu Lösungslosigkeit und Krieg führen. Die genannten konkreten Beispiele veranschaulichen dies sehr gut. In Afghanistan wurde versucht, sowohl republikanische, monarchische als auch realsozialistische Nationalstaatsmodelle anzuwenden. Das Ergebnis ist eine zusammengebrochene afghanische Gesellschaft, die die Fähigkeit verloren hat, sich in einem Umfeld blinder, entfesselter Gewalt zu behaupten.

Außer den Theorien und Konzepten der demokratischen Nation gibt es keine andere Geisteshaltung und keine andere Perspektive, die diese Gesellschaften umgestalten und zu einem freieren und demokratischeren Leben führen könnten. Gesellschaftliche Probleme können nicht strukturell gelöst werden, wenn wir die Frage der Geisteshaltung außer Acht lassen. Und die Geisteshaltung der demokratischen Nation stellt den geeignetsten integrativen Rahmen für Kulturen und Völker von Zentralasien bis Indien dar. Darüber hinaus haben die Kulturen und Völker in diesen Regionen ihre Existenz und Einzigartigkeit nur dadurch bewahren können, dass sie ihre kollektiven und konföderalen Lebensformen auch unter verschiedenen

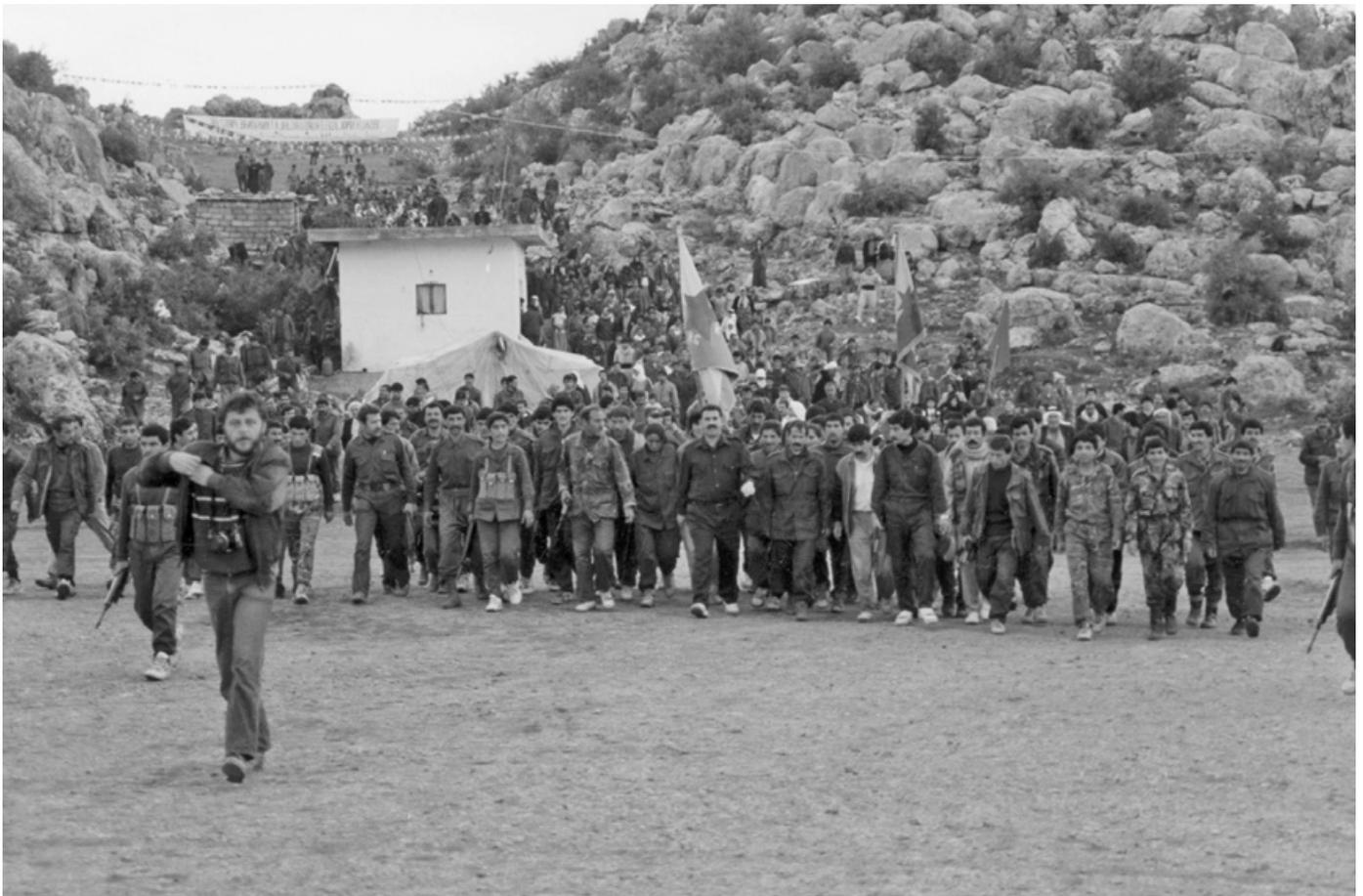
Herrschaftsformen – wenn auch nicht in ihrer vollen Entfaltung – erhalten konnten.

Solange nationalstaatliches Denken, sei es in Form eines religiösen oder eines säkularen Nationalismus, fortbesteht, sind weitere Desintegration und Konflikte in diesen Gesellschaften vorprogrammiert. Indem sie den Islam, dem sie sich angeblich so verbunden fühlen, als Ideologie des Terrorismus darstellen, verleugnen sie auch diese Tradition. Für diese Gebiete wie auch für den Iran ist es notwendig, zunächst auf lokaler Ebene und dann im Verbund mit den regionalen Nachbarn eine Selbstorganisation im Sinne der demokratischen Nation zu entwickeln. Insbesondere für Nationalstaaten wie Pakistan, die sich bereits in einer Phase des inneren Zerfalls befinden, ist das Projekt der demokratischen Nation, das im gesamten Mittleren Osten entwickelt werden muss, die beste Alternative.

In der Analyse der Realität Israels, des hegemonialen Vorreiters des Nationalstaates, spielen Theorien und Konzepte der demokratischen Nation eine entscheidende Rolle. Für die Zukunft Israels zeichnen sich zwei Wege ab. Der erste Weg ist, dass Israel sich zu einem regionalen Imperium entwickelt, indem es ständig Kriege führt, um seine Hegemonie mit seiner gegenwärtigen Linie aufrechtzuerhalten. Es ist bekannt, dass Israel das hegemoniale Projekt verfolgt, seine Einflussphäre vom Nil bis zum Euphrat und darüber hinaus auszudehnen. Trotz einiger Fortschritte ist der Staat Israel noch weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen. Die jüngste Konfrontation mit dem Iran, der ähnliche hegemoniale Ziele verfolgt, hat zu Spannungen zwischen beiden Ländern geführt. Spannungen gibt es in dieser Hinsicht auch mit der Türkei. Es findet also ein regionaler Hegemonialkampf statt, der sehr konfliktreich sein wird. Diese Hegemonialkämpfe resultieren aus der Idee des Nationalstaates und werden sich in Zukunft zwangsläufig verschärfen.

Der zweite Weg für Israel und das jüdische Volk besteht darin, aus der Umzingelung durch seine Feinde auszubrechen und sich dem Projekt einer Konföderation demokratischer Nationen im Nahen und Mittleren Osten anzuschließen. Das geistige und materielle Kapital, das Israel zur Verfügung steht, kann in diesem Projekt eine sehr wichtige Rolle spielen. Israel könnte sich nicht nur als demokratische Nation konsolidieren,

<sup>1</sup> Zusammenstellung aus Band V. Diesen stellte Abdullah Öcalan 2010 fertig, 2012 erschien er auf Türkisch. Die deutsche Übersetzung ist noch nicht erschienen.



Abdullah Öcalan in der Bekaa-Ebene im Libanon | Foto: ANF

sondern auch den dauerhaften Frieden und die Sicherheit erreichen, die es so dringend braucht.

### Die Perspektive der demokratischen Nation und der konföderalen Selbstverwaltung

Im Irak gibt es statt eines Nationalstaates quasi drei staatsähnliche Gebilde [gemeint sind die kurdische Autonomieregion im Norden, das sunnitisch dominierte Gebiet im Zentralirak und die schiitischen Gebiete im Süden des Landes; Anm. d. Red.], in Israel-Palästina haben wir drei Staatsgebilde [Israel, Westjordanland und Gaza; Anm. d. Red.], und in Afghanistan werden die Probleme in Mikrostaaten verlagert, die von Stammesführern und Warlords kontrolliert werden. Wenn zu den vorhandenen und ohnehin schon schwerfälligen Macht- und Staateseliten noch weitere hinzukommen, führt das zu noch mehr Unterdrückung und Ausbeutung. Das wiederum bedeutet mehr soziale Probleme und Konflikte.

Wenn es der Revolution in Kurdistan hingegen gelingt, die Lösung der demokratischen Nation durch die Schaffung konföderaler Selbstverwaltungen zu institutionalisieren, kann

dieses Modell zu radikalen Veränderungen bei der Lösung der jahrtausendealten Probleme und Krankheiten der Staatlichkeit im Nahen und Mittleren Osten führen. Was die Völker und Kulturen der Region dringend brauchen, ist Demokratie. Jede andere Lösung, die auf Machtexperimenten und staatlicher Gewalt beruht, wird die Probleme nur verschärfen und das gesellschaftliche Leben kaum noch aufrechterhalten können. Die bisher erprobten Wege und »Lösungen« beweisen dies zur Genüge.

Die westliche Hegemonie hat zwar nicht die Kraft, sich im Nahen und Mittleren Osten zu institutionalisieren, aber es ist ihr gelungen, die Region durch die Bildung von Nationalstaaten an ihr System zu binden. Gegenwärtig erleben wir jedoch das Scheitern dieser Methode. Die Strukturen, die die Revolution in Kurdistan in den Dimensionen einer demokratischen Nation hervorbringen und aufbauen wird, können die westliche Tradition umkehren. Sie kann die Konföderation demokratischer Nationen von unten entwickeln. Die demokratischen Elemente der Kulturen des Nahen Ostens sollten nicht unterschätzt werden. Die immer noch starken Stammes- und Clantraditionen und die Tradition der religiösen und sektiererischen Gemeinschaften können in eine Kraft der Demokra-

tisierung umgewandelt werden, wenn sie mit den Prinzipien und Institutionen des Aufbaus der demokratischen Nation zusammengebracht werden.

Je stärker die despotische Macht ist, desto notwendiger und realisierbarer ist die Notwendigkeit der Demokratie. Das dürfen wir nicht vergessen. Überall dort, wo Machtstrukturen stark sind, hat die Demokratie als ihr Gegenpol ein großes Entwicklungspotential. Es ist überdeutlich geworden, dass der Nahe und Mittlere Osten mit dem bisherigen Verständnis von Nation und Macht nicht regiert werden kann.

Um die nationalen und regionalen Probleme zu lösen, ist es dringend notwendig, den Rahmen der Konföderationen demokratischer Nationen zu schaffen. Es ist klar, dass kein Staat allein die wachsenden Probleme bewältigen kann. Gerade deshalb sind Kooperation und gemeinsames Handeln der Gesellschaften unumgänglich. So kann ein nationalstaatlicher Weg Kurdistans nicht als revolutionäre Entwicklung für die Kurd:innen bezeichnet werden. Er würde den gravierenden regionalen Problemen nur ein noch gravierenderes weiteres Problem hinzufügen. Der im Irak angestrebte kurdische Nationalstaat kann nur dann eine positive Rolle in Kurdistan und im Mittleren Osten spielen, wenn er in den Prozess der Bildung demokratischer Nationen eingebettet wird. Andernfalls ist zu erwarten, dass er ähnlich schwerwiegende Probleme hervorrufen wird wie das israelisch-palästinensische.

Die Lösung, die das Modell der demokratischen Nation bietet, erfordert nicht die Negation der Nationalstaaten, sondern ihre Integration in eine demokratische Verfassungslösung. Das westeuropäische Modell einer vermeintlichen Verschränkung von Demokratie und Staatlichkeit ist nicht das einzige Lösungsmodell. Im Gegenteil, es ist ein Modell, das selbst problematisch ist und die wirkliche Lösung gesellschaftlicher Probleme verzögert. Das Modell, das im Nahen und Mittleren Osten erprobt werden muss, sollte auf einer demokratischen Verfassungslösung beruhen, die sowohl die Existenz und Autonomie der Staatsnation als auch der demokratischen Nation garantiert. Andernfalls werden die entstehenden Kooperations- und Bündnismodelle nicht über Organisationen wie die Islamische Konferenz und die Arabische Liga hinausgehen. Die demokratische Konföderation der Nationen, die unter den Nationen (der Begriff Nation bezieht sich hier auf die Supranation oder Nation der Nationen, die aus der Versöhnung der Staatsnation und der demokratischen Nation hervorgeht) gebildet werden soll, wäre zweifellos ein großer Schritt nach vorn. Sie würde nicht nur die Verwirklichung eines dauerhaften Friedens bedeuten, sondern auch die wirtschaftliche Produktivität und die kulturelle Renaissance der arbeitslosen Massen durch die Verbindung von kommunaler Wirtschaft und ökologischer Industrie ermöglichen.

Niemand kann im heutigen Informations- und Technologiezeitalter die Arbeitslosigkeit, die Ineffizienz der Wirtschaft und die Aussichtslosigkeit des kulturellen Lebens in der Region als Schicksal ansehen. Wer dies tut, ist ideologisch verblendet oder lebt unter der ideologischen Hegemonie des Systems. Nur unter dem Dach der Konföderation demokratischer Nationen wird der Nahe und Mittlere Osten die globale Rolle spielen können, die er in der Geschichte so lange gespielt hat. Wie ich immer gesagt habe, können die Kurd:innen eine zentrale Rolle beim Aufbau der demokratischen Zivilisation spielen. Das Potential der Revolution in Kurdistan und die Lösung der kurdischen demokratischen Nation bieten die ganze Kraft, die dafür notwendig ist. Die Revolution in Kurdistan ist mehr denn je eine Revolution des Mittleren Ostens. Die kurdische demokratische Nation ist der Ausgangspunkt für eine demokratische Konföderation der Nationen des Mittleren Ostens.

Deshalb wird der Weg der kurdischen Revolution über die demokratische Konföderation der Nationen des Mittleren Ostens führen. Viele regionale Bündnisse, die auf den nationalstaatlichen Einheiten der kapitalistischen Moderne basieren (nationalstaatliche Unionen in Europa, Asien, Amerika und Afrika) und die UNO haben seit ihrer Gründung keine Lösung für irgendein globales oder regionales Problem gefunden. Das liegt daran, dass die dem Nationalstaat innewohnende Lösungsunfähigkeit auch für diese regionalen Bündnisse und die UN-Einheiten gilt.

Anstelle dieser gescheiterten Beispiele ist die Bildung neuer inter- und supranationaler Bündnisse, die über die Nationalstaaten hinausgehen, eine Notwendigkeit, die keinen Aufschub duldet. So, wie es einen Bedarf für regionale Bündnisse demokratischer Nationen gibt, gibt es auch einen dringenden Bedarf für eine Weltunion demokratischer Nationen (WDU), die aus Einheiten demokratischer Nationen besteht, welche über die Nationalstaaten hinausgehen. Unabhängig davon, ob wir regional oder global denken, muss die Konföderation demokratischer Nationen ein Zusammenschluss sein, an dem nicht nur staatliche Einheiten, sondern auch demokratische Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt sind. Weltfrieden kann nicht mit Nationalstaaten erreicht werden, die die Quelle von Kriegen sind. Gleichzeitig kann Entwicklung nicht mit den Institutionen der Moderne erreicht werden, die die Quelle von Krisen sind. Aktuelle Beispiele belegen dies eindrucksvoll. So, wie der Weltfriede nur durch demokratische Nationen möglich ist, so sind das Recht auf Arbeit und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Völker der Welt nur durch eine gemeinschaftliche und ökologische Wirtschaft und Industrie möglich, in der die Arbeit der Freiheit der Einzelnen und der Gesellschaft dient und nicht den Finanzmonopolen des Kapitalismus, die nach irrsinnigen Profiten streben.



Statement der britischen Gewerkschaftskampagne für die Freiheit Abdullah Öcalans

# Die Isolierung von Öcalan ist noch gravierender als die von Mandela

Clare Baker, internationale Sprecherin von Unite the UNION  
und Koordinatorin der Gewerkschaftskampagne »Freedom for Öcalan«

Die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien hat eine lange Geschichte der Unterstützung für unterdrückte Menschen rund um die Welt. Sie unterstützt einerseits widerständige Menschen, die sich gegen Staaten und Kapital stellen, zu deren Versuchen es gehört, Freiheiten, Rechte und das Leben von Menschen aufgrund ihrer Rasse oder ethnischen Zugehörigkeit zu beschränken. Andererseits setzt sich die britische Gewerkschaftsbewegung auch für Menschen ein, die unterdrückt werden, weil sie sich auf der Suche nach Durchsetzung von Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit auf der Welt befinden.

Wir haben den Kampf gegen das Apartheid-Regime in Südafrika unterstützt, wir haben mit Boykotten gegen den chilenischen Diktator Pinochet gekämpft, wir haben an der Seite der Bevölkerung in Kolumbien gestanden, die systematisch vom Staat angegriffen wurde, weil sie für ihre Rechte aufbegehrt. Wir standen auch an der Seite der Sahrauis aus der Westsahara in ihrem Kampf gegen die marokkanische Besatzung<sup>1</sup> und wir kämpfen gegen das Apartheidsystem, die illegale Besatzung und die Morde des israelischen Staates gegen das palästinensische Volk.

Der kurdische Kampf wurde von unserer Bewegung seit vielen Jahren unterstützt. So gab es Solidarität mit diesem Kampf und auch für den kurdischen politischen Führer Abdullah Öcalan. Vor allem aber waren es die Ereignisse in Kobanê auf dem Höhepunkt der Barbarei des Islamischen Staats (IS), die uns bewegten, die Unterstützung in eine engagierte Kampagne der britischen Gewerkschaften auszuweiten. Die Widerstandsfähigkeit der Menschen in Kobanê und die Tapferkeit der YPG und YPJ angesichts dieser Barbarei sowie die Opfer, die sie bei der Verteidigung der Menschheit gegen den IS erbrachten, waren bemerkenswert. Es war die Haltung der türkischen Regierung, die ihre Bürger:innen davon abhielt, die Grenze zu über-

queren und den Menschen in Kobanê zu helfen. Das aber veranlasste uns dazu, eine solide Unterstützung für die kurdische Bevölkerung zu organisieren und die Repression des türkischen Staates hervorzuheben, welche den Kurd:innen und allen progressiven Kräften gilt. Die Kampagne wurde 2016 im britischen Parlament gestartet und wird von rund 17 der großen Gewerkschaften und der Konföderation des TUC<sup>2</sup> unterstützt.

Die Entscheidung, dass sich die Kampagne auf Abdullah Öcalan konzentriert, wurde getroffen, weil der Kampf des kurdischen Volkes in der Türkei selbst und außerhalb der türkischen Grenzen auf den programmatischen Ideen Öcalans basiert. Die in seinen Schriften festgehaltenen Ideen beeinflussen ihre politischen Überzeugungen in Bezug auf Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie und die Befreiung von Frauen maßgeblich. Öcalans Inhaftierung auf der türkischen Insel İmralı im Marmarameer markiert symptomatisch und symbolisch den Krieg des türkischen Staates gegen die gesamte kurdische Bevölkerung.

Immer wieder muss darauf verwiesen werden, dass Abdullah Öcalans Inhaftierung gegen internationales und inländisch-türkisches Gesetz verstößt und an die Situation von Nelson Mandela sowie dessen Haftumstände und -bedingungen in Südafrika erinnert.<sup>3</sup> Aber mit den Worten von Mandelas Anwalt, Essa Moosa, ist die Isolierung von Öcalan noch gravierender als die von Mandela.<sup>4</sup> Mandela durfte zumindest seine Anwält:innen sehen, während Abdullah Öcalan seit seiner Entführung und Inhaftierung größtenteils dazu verurteilt wurde, die Haft in Isolation mit wenig oder gar keinem Zugang zu Anwält:innen oder seiner Familie zu verbringen. Bis jetzt hat seit März 2021, als er einen kurzen Anruf mit seinem Bruder tätigen durfte, niemand von Öcalan gehört. Zuvor schon durfte er sich zwischen 2015 und 2019 nicht mit seinen Anwält:innen treffen

<sup>1</sup> Die Sahrauis sind eine maurische Ethnie in der Westsahara, die nach dem Ende der spanischen Kolonialzeit im Norden des Gebietes unter Besatzung Marokkos stand. Bis in die Gegenwart setzen die Sahrauis mit ihrer Befreiungsfront Polisario sich gegen die marokkanische Besatzung zur Wehr.

<sup>2</sup> TUC: Britischer Gewerkschaftsdachverband

<sup>3</sup> Nelson Mandela wurde von 1963 bis 1990 in Südafrika wegen seiner aktiven Tätigkeit für den African National Congress (ANC) gegen die Apartheidpolitik Südafrikas inhaftiert.

<sup>4</sup> [https://www.nadir.org/nadir/periodika/kurdistan\\_report/2005/118/06.htm](https://www.nadir.org/nadir/periodika/kurdistan_report/2005/118/06.htm)  
Essa Moosa: Nicht einmal Mandela war so isoliert wie Öcalan

und hatte auch sonst keine Besucher:innen oder keinen Kontakt mit der Außenwelt. Die mangelnde Rechenschaftspflicht für diese offensichtliche Missachtung des Völkerrechts durch die Türkei ist erstaunlich und wir haben die britische Regierung und die Europäische Union konsequent aufgefordert, dies anzugehen und zu helfen, Abdullah Öcalans Isolation zu beenden.

Seit Beginn der Kampagne haben wir gesehen, wie sich die Situation für kurdische Menschen und die linken und fortschrittlichen Bewegungen in der Türkei verschlimmerte. Tausende kurdische Politiker:innen, Lehrer:innen, Journalist:innen, Aktivist:innen sowie Gewerkschafter:innen wurden inhaftiert, viele von ihnen zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Öcalans Ideen haben die Frauenbewegungen, die Zivilgesellschaft und die politische Organisation in einer zunehmend autoritärer werdenden Türkei, welche diese Ideen und Praktiken durch Erdoğan's repressives Regime verfolgt, geprägt. Infolgedessen wird jede unabhängige Organisation – ob freie Presse, Frauengruppen, das kurdische Prinzip der Co-Vorsitzenden oder Gewerkschaften – vom türkischen Staat gezielt kriminalisiert und des Terrorismus angeklagt.

Abdullah Öcalan ist ein mächtiges Symbol für den Friedenswunsch des kurdischen Volkes. Seine Weiterentwicklung der marxistischen Ideen, von denen er ursprünglich beeinflusst wurde, und die Transformation der Politik der Befreiungsbewegung mit neuen Ideen, die auf Befreiung, Ökologie und Basisdemokratie beruhen, hat dafür gesorgt, dass die kurdische politische Bewegung relevant geblieben ist. Sie kann sich der sich ständig verändernden globalen politischen Situation und den komplexen Herausforderungen, die ihrer Befreiung entgegenstehen, anpassen.

Öcalans Philosophie des Demokratischen Konföderalismus hat seine Wurzeln in der internationalen Arbeiter:innenbewegung, seine Ideen zur Gleichheit und der Bedeutung der echten Demokratie als Reaktion auf die und Schutz vor dem und den Mächtigen ähneln unseren eigenen und bieten eine neue Perspektive für Frieden und Demokratie im gesamten Nahen Osten. Seine Ideen und seine Vision erwiesen und erweisen sich als Inspiration für Kurd:innen in der Türkei, in Syrien, für die kurdische Diaspora und für linke Bewegungen weltweit.

In der Revolution in Rojava, wo wir Öcalans Ideen am deutlichsten in die Tat umgesetzt sehen, haben Koalitionen zwischen der lokalen assyrischen, arabischen und kurdischen Bevölkerung eine Gesellschaft geschaffen, die sich nach den Prinzipien einer kommunalen Wirtschaft, der Harmonie mit der Umwelt und der Selbstverwaltung organisiert. Die junge Demokratie in Rojava und ihre Strukturen bieten sowohl Inspiration als sie auch die Möglichkeit schaffen, unsere eigenen Strukturen und den Ansatz der globalen Gewerkschaftsbewe-

gung daran zu messen. Rojava existierte als Insel der Stabilität in einer ansonsten feindlichen und gefährlichen Umgebung seit der Niederlage des IS durch YPG und YPJ. Diese Strukturen sind aber äußerst verletzlich, was die jüngsten Ereignisse wie die Invasion und die anschließende ethnische Säuberung von Efrîn durch die Türkei im Jahr 2018 und ebenso die ethnischen Säuberungen in anderen Teilen Rojavas, als sich 2019 die US-Truppen plötzlich zurückzogen, zeigen. Ebenso verdeutlichen das auch die jüngsten türkischen Drohnenangriffe in der Region. Diese Angriffe in Nordsyrien, im Nordirak und anderswo ereignen sich, während die Augen der Welt auf die Ukraine und Palästina gerichtet sind, und sie finden insgesamt nur wenig mediale und politische Aufmerksamkeit und Verurteilung. Auch das unterstreicht, wie verletzlich die Situation ist, gerade weil eine internationale politische und mediale Öffentlichkeit für das Gesellschaftsmodell Rojava sowie für Kurd:innen durch andere Kriegsschauplätze abgelenkt wird.

Die britische Gewerkschaftskampagne ist seit ihrer Gründung im Jahr 2016 immens gewachsen und wir haben sowohl 2019 auf dem TUC-Kongress als auch bei den folgenden Konferenzen im Jahr 2021 auf der UNITE-Konferenz<sup>5</sup> und 2022 bei Veranstaltungen der NEU<sup>6</sup>, ASLEF<sup>7</sup>, GMB<sup>8</sup> und BFAWU<sup>9</sup> äußerst wichtige Solidaritätsmaßnahmen ergriffen. Die Kampagne war auch das internationale Thema des Durham Miners' Gala<sup>10</sup> und des Tolpuddle Martyrs' Festival<sup>11</sup> in den Jahren 2018 und 2019 und spielte eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Parlamentarischen Allparteiengruppe für Kurdistan in der in der Türkei und Syrien (APPG<sup>12</sup>) mit ihrem bahnbrechenden Bericht, der 2021 veröffentlicht wurde. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, und weil sich die Situation in der Türkei, in Syrien und in der Region erneut verschlechtert, ist es wichtig, dass wir unseren Kampf um die Freiheit von Öcalan fortsetzen, damit er die wichtige Rolle im Friedensprozess für die Region spielen kann, die verzweifelt Stabilität benötigt. Die britische Gewerkschaftskampagne wird weiterhin für die Freiheit von Abdullah Öcalan – dem »Mandela des Nahen Ostens« – kämpfen und unseren Kampf um Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit fortsetzen!



5 UNITE: Britische Gewerkschaft

6 National Education Union: Britische Lehrer:innengewerkschaft

7 ASLEF: Gewerkschaft der Lokomotivführer:innen und Feuerwehrleute

8 GMB: Mit ca. 600000 Mitgliedern größte Gewerkschaft in Großbritannien

9 BFAWU : Gewerkschaft für Nahrungsmittel

10 Durham Miners' Gala: Jährliches Fest der Bergarbeiter:innengewerkschaft DMA in Durham

11 Tolpuddle Martyrs' Festival: Jährliches Gewerkschaftsfest in Tolpuddle

12 APPG: Parteiübergreifende britische Parlamentarier:innengruppe zur Unterstützung Kurdistans in der Türkei und Syrien

Die weltweiten Kampagnen für die Freilassung von Abdullah Öcalan und Nelson Mandela im Vergleich

# Wie Öcalan wurde auch Mandela als Terrorist denunziert

Fazela Mahomed

Die internationale »Free Mandela«-Kampagne führte dazu, dass die UN-Generalversammlung und der UN-Sicherheitsrat im Jahr 1980 die Freilassung von Nelson Mandela verlangten. Diese Kampagne sollte anhand der damaligen Bedingungen bewertet werden.

In den 1960er Jahren begann in Afrika die postkoloniale Ära. Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU, bestand 1963 bis 2002, dann aufgelöst und in der Afrikanischen Union aufgegangen) unterstützte die südafrikanische Befreiungsbewegung nachdrücklich. Südafrika wurde 1994 das 53. Mitglied der OAU. Viele afrikanische Länder betrachteten den südafrikanischen Kampf als eine Fortsetzung ihrer eigenen Befreiung. Indien spielte beispielsweise eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Isolierung Südafrikas. Das Land übte Druck auf die Vereinten Nationen aus und war maßgeblich an der Einrichtung des Sonderkomitees gegen die Apartheid beteiligt.

Im Gegensatz dazu betrachteten die Vereinigten Staaten von Amerika und die westlichen Länder das System der Apartheid in Südafrika als Bollwerk gegen den Kommunismus und unterstützten das Regime.

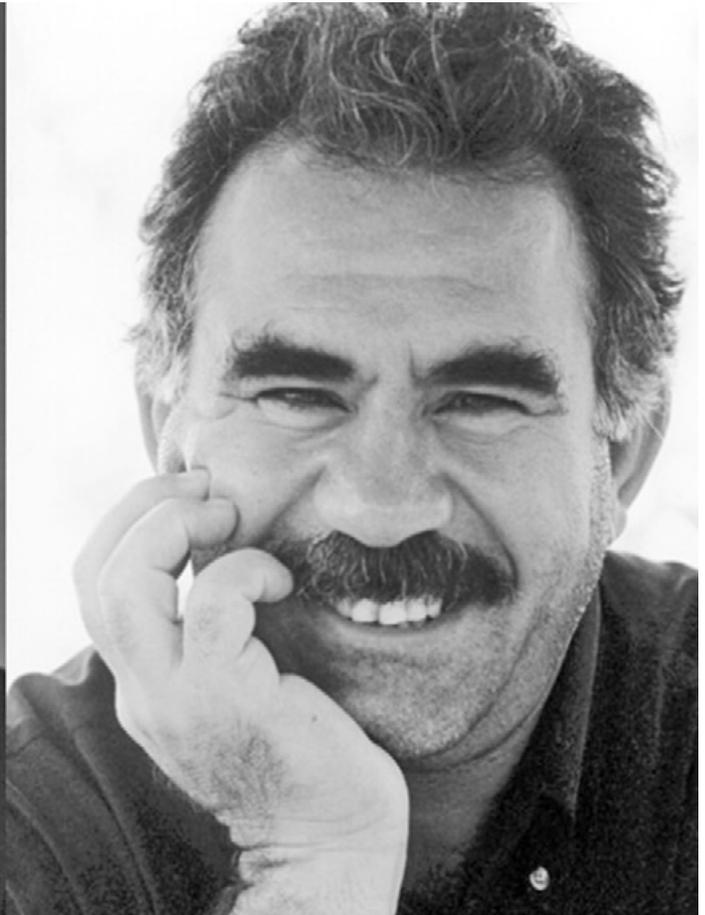
Am 21. März 1960 massakrierte die südafrikanische Polizei 69 unbewaffnete Demonstrant:innen im Township Sharpeville in der heutigen Provinz Gauteng in Südafrika. Das Massaker sorgte für internationales Entsetzen und führte zu landesweiten Streiks und Protesten. Die südafrikanische Apartheid-Regierung rief den Ausnahmezustand aus. Am 8. April 1960 wurden der African National Congress (ANC) und andere politische Bewegungen verboten. Die Ereignisse in Sharpeville und das darauffolgende Verbot der politischen Organisationen der Befreiungsbewegungen stellten einen Wendepunkt im Kampf gegen die Apartheid dar. Das Verbot des ANC führte zum Ende des friedlichen und gewaltfreien Widerstandes. In der Folge gründete der ANC seinen bewaffneten Flügel (»Speer der Nation«).

Bald nach dem Verbot wurde Oliver Tambo, der damalige stellvertretende Vorsitzende des ANC, gebeten, ins Ausland zu

reisen, um die internationalen Verbindungen des ANC aufzubauen und eine internationale Opposition gegen die Apartheid zu mobilisieren. Tambo gründete die sog. Südafrikanische Einheitsfront. Mit Hilfe verschiedener Regierungen aus Afrika und Asien gelang es der Südafrikanischen Einheitsfront, den Ausschluss Südafrikas aus dem Commonwealth of Nations zu erreichen. Die internationale Mission trug maßgeblich zum Aufbau der Anti-Apartheid-Bewegung bei.

Von Anfang an begann Oliver Tambo mit der mühsamen Aufgabe, eine Unterstützung aufzubauen, die dem zweigleisigen Ansatz des ANC entsprach: eine breite Front zu bilden, um das Apartheidregime zu isolieren, und gleichzeitig die unterdrückte schwarze Mehrheit zu mobilisieren. Oliver Tambo mobilisierte afrikanische Führer:innen, knüpfte Verbindungen zu den Gewerkschaftsbewegungen und trat in Beziehung mit fortschrittlichen Bewegungen in ganz Europa. Die Kampagnen für die Freiheit Mandelas wurden jedoch nicht von den Hauptstädten der westlichen Länder unterstützt, sondern von den Menschen in den westlichen Ländern geführt. Oliver Tambo knüpfte besondere Beziehungen zu fortschrittlichen Führer:innen des Anti-Apartheid-Kampfes wie dem schwedischen Politiker Olof Palme, der bis zu seiner Ermordung im Februar 1986 ein unerbittlicher Gegner des Apartheid-Regimes war.

Die Anti-Apartheid-Bewegung begann im November 1963 eine Kampagne, zum einen als Reaktion auf die zunehmende Repression und die Verhaftung von Nelson Mandela und Genossen am 5. August 1962, zum anderen aus Angst vor der Verhängung der Todesstrafe. Die Bewegung organisierte im Winter 1963/64 eine wöchentliche Mahnwache vor der südafrikanischen Botschaft in London. Die Kampagne wurde von der »Weltkampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen Südafrikas« auf der Grundlage einer im Oktober 1963 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten Resolution durchgeführt. Sie organisierte auch eine Petition, die 200.000 Unterschriften erhielt. Mandela war das Gesicht der Kampagne für die Freiheit Südafrikas.



Nelson Mandela – Abdullah Öcalan | Foto: ANF

Die internationale Kampagne für die Freilassung Nelson Mandelas und anderer politischer Gefangener, an der sich auch Student:innen und viele Bereiche der Zivilgesellschaft beteiligten, begann 1978, zu seinem 60. Geburtstag, mit Tausenden von Flugblättern und Plakaten. Die Auswirkungen der Soweto-Aufstände von 1976 gaben der Anti-Apartheid-Bewegung Auftrieb. Diese gelten heute als Anfang vom Ende des Apartheid-Regimes.

Die mühsame Arbeit von Oliver Tambo und der internationalen Mission zur Isolierung Südafrikas führte u.a. zu einer Erklärung für die Freilassung Mandelas, die von Politiker:innen, Akademiker:innen und Dramatiker:innen unterzeichnet wurde. Zu den weiteren Aktivitäten gehörten ein Fackelzug in Glasgow und Freiheits-Fahrradtouren. Im Jahr 1982 unterzeichneten 2000 Bürgermeister:innen aus 56 Ländern eine Erklärung, in der sie die Freilassung Mandelas forderten. Gleichzeitig gab es intensive Kampagnen zum Boykott von südafrikanischen Sportveranstaltungen, Lebensmitteln wie den Orangen der bekannten südafrikanischen Firma Outspan und anderen Produkten, verbunden mit der Forderung nach umfassenden Sanktionen gegen Südafrika. Das Solidaritätskonzert zum 70.

Geburtstag Mandelas wurde von mehr als 70.000 Menschen live im Londoner Wembley-Stadion und per Übertragung von ungefähr 600 Millionen Menschen weltweit verfolgt.

### Vier Säulen für den Befreiungskampf

Die internationale Kampagne für die Freilassung von Nelson Mandela basierte auf der Strategie des ANC für die Befreiung. Diese sah vier Säulen vor, um den Befreiungskampf voranzutreiben, nämlich den bewaffneten Kampf, die Arbeit im Untergrund, die Massenmobilisierung und die internationale Solidarität. Die internationalen Kampagnen für die Freilassung Mandelas wurden mit den Massenkämpfen in Südafrika verknüpft. Die nationale Kampagne in Südafrika unterstützte die internationale Kampagne.

Die Arbeiterpartei Kurdistan (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK) wurde von Abdullah Öcalan und einigen anderen Menschen gegründet, um die Sache der entrechteten Kurd:innen in der Türkei voranzutreiben. Die Unterdrückung und Verleugnung der Existenz der Kurd:innen in der Türkei, ihrer Sprache

und ihrer politischen Bestrebungen wurden bekämpft. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurden in der Türkei 50 Personen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Rund 50.000 Menschen wurden verhaftet, von denen viele im Gefängnis starben. Nach verstärkten Repressionen gegen die PKK begann ab 1984 der umfassende bewaffnete Widerstand. Am 15. Februar 1999 wurde Abdullah Öcalan in Nairobi (Kenia) von der Türkei mit Hilfe von Geheimdiensten der Vereinigten Staaten und Israels gefangen genommen und auf die Gefängnisinsel İmralı gebracht – ein internationales Komplott. Ein interessanter Vergleich: Denn auch Nelson Mandela wurde mit Hilfe der CIA gefangen genommen. Wie Öcalan wurde auch Mandela als Terrorist denunziert.

Die Gefangennahme Abdullah Öcalans löste international große öffentliche Proteste aus, u.a. gab und gibt es immer wieder große Demonstrationen zur Unterstützung Öcalans und mit dem Ziel der Verurteilung derjenigen Länder, die an seiner Entführung beteiligt waren.

Die internationale »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«-Kampagne nutzt auch immer wieder Hungerstreiks als Mittel, um die Unterstützung für Öcalan zum Ausdruck zu bringen und auf seine menschenrechtswidrigen Haftbedingungen aufmerksam zu machen.

Die Kampagne umfasst die Forderung nach einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage in der Türkei, für die Abdullah Öcalan als Schlüsselfigur gilt. Die »Volksinitiative Nord- und Ostsyriens« sammelte 2,6 Millionen Unterschriften für die Freiheit Öcalans. Nobelpreisträger:innen wurden aufgerufen, öffentlich für die Freiheit von Öcalan einzutreten. Es gab bereits verschiedene Interventionen bei den Gremien der Europäischen Union (EU), um über die Menschenrechtsverletzungen durch

die Türkei Rechenschaft einzufordern. Die Kampagne wurde über viele Jahre von fortlaufenden Kundgebungen und Aufrufen zur Unterstützung begleitet. Auch die aktuelle »Freiheit für Öcalan«-Kampagne wird von vielen Ländern unterstützt.

Während der Kampf in Südafrika durch die Politik des Kalten Krieges behindert wurde, werden alle Kampagnen für die Freilassung Öcalans durch die Interessen der europäischen Staaten in ihren Beziehungen zur Türkei erheblich erschwert. Die geopolitische Lage im Nahen Osten verkompliziert die Angelegenheit zusätzlich. Der Rückgang der progressiven Bewegungen und der politische Trend nach rechts haben immense Auswirkungen auf den Kampf für die Freilassung von Abdullah Öcalan.

Eine Stärke der kurdischen Bewegung ist es, dass Millionen von Kurd:innen in Europa leben, von denen sich viele bereits aktiv für die Freiheit Öcalans eingesetzt haben. Im Zuge der jüngsten Kampagne haben sich zehntausende Menschen weltweit dem Freiheitskampf angeschlossen.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Kampagne für die Freilassung Mandelas fast 27 Jahre dauerte und dass sie gerade in einer Zeit, in der der Widerstand in Südafrika am größten war, Fahrt aufnahm.

Evident ist auch, dass ein repressiver Staat trotz seiner militärischen Macht nicht ewig so weitermachen kann, und dass der Tag kommen wird, an dem all diejenigen, die fortlaufende Menschenrechtsverletzungen begehen, bestraft werden. Die Freilassung von Abdullah Öcalan ist unabdingbar. Sie kann eine Chance für die Lösung der kurdischen Frage bieten – ebenso wie die Freilassung von Nelson Mandela das langersehnte Ende der Apartheid besiegelte.

#### Referenzen:

**Anti-Apartheid Movement Archives:** <https://www.aamarchives.org/>

**South African History online:** <https://www.sahistory.org.za/>

**NPR:**

<https://www.npr.org/2016/05/16/478272695/retired-cia-agent-confirms-u-s-role-in-nelson-mandelas-1962-arrest>

**O'Malley Archive:** <https://omalley.nelsonmandela.org/index.php/site/q/03lv01538/04lv01828.htm>

**Freedom for Öcalan:** <https://freeocalan.org/main>

**Hawarnews:** <https://hawarnews.com/en/ocalan-freedom-is-essential-for-oppressed-peoples>

**Peace in Kurdistan:** <https://www.peaceinkurdistancampaign.com/resources/Abdullah-ocalan/free-ocalan/>

Kaum Chancen auf Asylanerkennung für kurdische Schutzsuchende

# Flüchtlingszahlen aus der Türkei steigen – Schutzquote sinkt

ANF, 1. Okt. 2023

Das Erdoğan-Regime hat in den vergangenen Jahren seinen Repressionsapparat auf immer höheren Touren laufen lassen. Jede Kritik an der politischen Führung kann im Gefängnis enden, Folterfälle häufen sich in der eskalierenden Kriegspolitik des türkischen Staates. Insbesondere Kurd:innen sind von extremer Verfolgung bedroht. So kommt es nicht von ungefähr, dass nicht nur subjektiv die Zahlen der Schutzsuchenden aus der Türkei und Nordkurdistan steigen. Eine Kleine Anfrage der fluchtpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Anne Büniger, belegt diesen Trend.

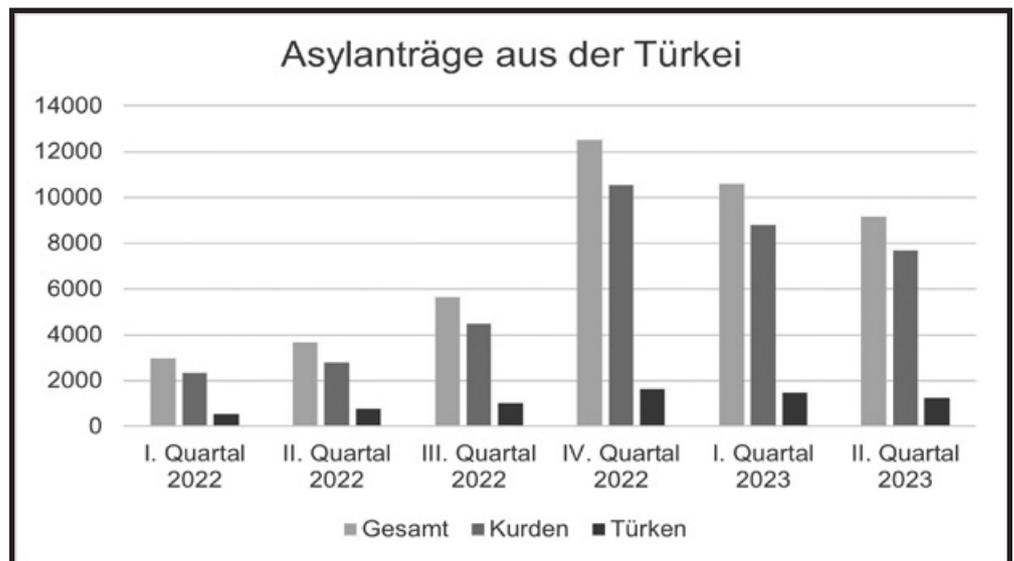
Im ganzen Jahr 2022 gab es 25.054 Asylanträge von Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft. 20.400, also 81 Prozent dieser Anträge, stammten von Kurd:innen. Im ersten Halbjahr 2023 stieg die Zahl von Schutzsuchenden aus der Türkei und Nordkurdistan weiter an. Bis Mitte des Jahres waren 19.857 entsprechende Asylanträge gestellt. Der rassistische Verfolgungsdruck lässt sich auch an der nationalen Identität der Antragsteller:innen ablesen. 16.594, also 84 Prozent, waren kurdischer Herkunft. Konservativ geschätzt kann am Ende des Jahres mit 40.000 Asylsuchenden aus der Region gerechnet werden. Das entspräche einer Steigerung von 60 Prozent. Real dürfte diese Zahl weit höher liegen, da bis zur Mitte des Jahres unzählige Menschen auf einen Wandel durch die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gehofft hatten. Mit der Konsolidierung des AKP/MHP-Faschismus durch die Wiederwahl Erdogans im Mai zeigt sich eine weitere große Fluchtbewegung aus der Diktatur.

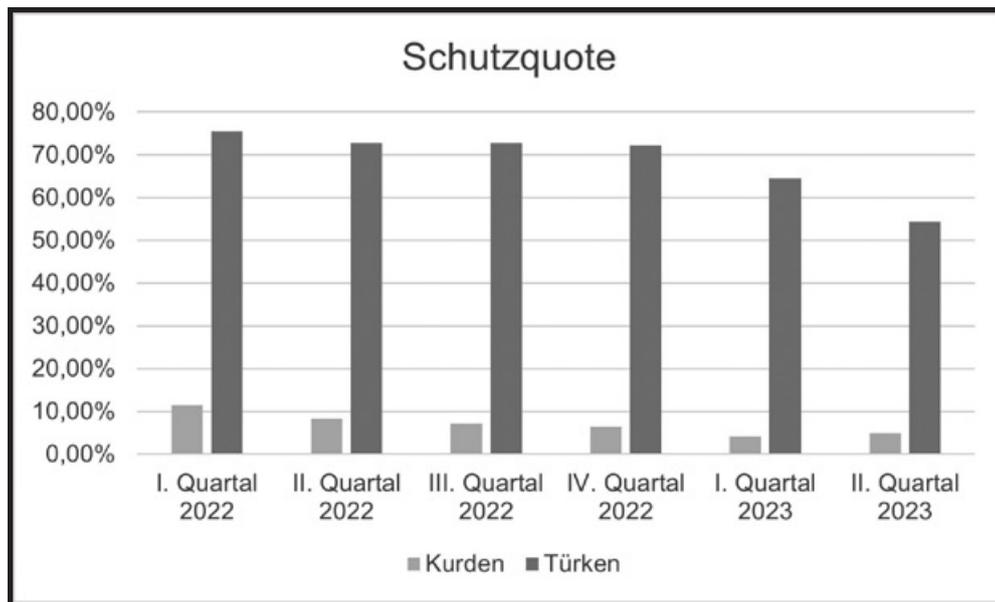
2022 hat das BAMF über 11.073 Asylanträge von Asylsuchenden aus der Türkei und Nordkurdistan entschieden, im ersten Halbjahr 2023 lag diese Zahl bereits bei 10.308. Doch obwohl immer mehr Menschen vor der Verfolgung durch das

Erdoğan-Regime fliehen, werden immer weniger von ihnen als Flüchtlinge anerkannt. Die bereinigte Schutzquote, also der Prozentsatz der Erteilung von Aufenthaltstiteln und Ablehnungen abzüglich negativer Entscheidungen aus formalen Gründen ist der deutlichste Indikator der Entscheidungspraxis des BAMF. Die bereinigte Schutzquote sank kontinuierlich von 39,9 Prozent im ersten Quartal 2022 auf 20,5 Prozent im zweiten Quartal 2023.

**69,6 Prozent Anerkennungen bei Türk:innen, 7,2 Prozent bei Kurd:innen**

Während der Verfolgungsdruck für Kurd:innen in der Türkei systematisch ist, wird diese Ansicht offensichtlich von den deutschen Behörden nicht geteilt. Im Gesamtjahr 2022 lag die bereinigte Schutzquote bei türkischen Asylsuchenden bei 80,8 Prozent, bei Kurd:innen hingegen bei 11,1 Prozent. Im ersten Halbjahr 2023 betrug die bereinigte Schutzquote bei türkischen Asylsuchenden 69,6 Prozent, bei kurdischen Asylsuchenden hingegen lediglich 7,2 Prozent. Das heißt, weniger als jede:r zehnte Kurd:in, der:die in Deutschland Asyl beantragte, erhielt einen Aufenthaltstitel.





Fluglinien« geschützt werden. So könne sich die Beteiligung an Abschiebungen negativ auf die »öffentliche Wahrnehmung der Unternehmen« auswirken und diese der »öffentlichen Kritik« aussetzen. Damit bestünde die Gefahr, dass sie nicht weiter für Abschiebungen zur Verfügung stehen. Im Jahr 2021 wurden die meisten der Abschiebungen in die Türkei von German Airways durchgeführt, auch Lufthansa ist für ihren Profit an Abschiebungen berüchtigt.

»Es ist grotesk: Je mehr sich die politischen Verhältnisse in der Türkei zuspitzen, desto restriktiver

Für viele der Schutzsuchenden aus der Türkei und Nordkurdistan ist eine Überprüfung der BAMF-Entscheidungen durch Verwaltungsgerichte die letzte Hoffnung. 2022 wurden 5.533 Klagen türkeistämmiger Asylsuchender gegen Bescheide des BAMF entschieden. In 875 Fällen bekamen Klagende einen Schutzstatus zugesprochen, den das BAMF ihnen zuvor verweigert hatte. In 2.447 Fällen wiesen die Gerichte Klagen nach inhaltlicher Prüfung ab. Daraus ergibt sich eine bereinigte Aufhebungsquote von 26,3 Prozent. Im ersten Halbjahr 2023 setzte sich dieser Trend mit einer Aufhebungsquote von 23,3 Prozent fort.

Parallel zu den steigenden Zahlen der Ablehnungen, steigen auch die Abschiebungen in die Türkei. 2022 wurden 515 Personen in die Türkei abgeschoben, im ersten Halbjahr 2023 waren es bereits 345. Überwiegend wurden diese Abschiebungen mit Linienflügen durchgeführt, teilweise aber auch mit Charterflügen. Aus der Antwort der Bundesregierung ergibt sich, dass zwölf der insgesamt 21 Charterflüge in den Jahren 2022 und 2023 vom Flughafen BER in Berlin ausgingen. Es handelte sich überwiegend um sogenannte Mini-Charterflüge für bis zu vier Personen. 2022 sind 101 Abschiebungen in die Türkei in letzter Minute gescheitert, im ersten Halbjahr 2023 geschah dies in 64 Fällen. Das lag zum Beispiel am passiven Widerstand der Betroffenen, an medizinischen Gründen, an der Weigerung der Piloten oder im letzten Moment eingelegten Rechtsmitteln.

### Bundesregierung hält Abschiebeprofiteure geheim

Die Bundesregierung hält die Unternehmen, die an den Abschiebungen in die Türkei profitieren, geheim. So sollen »Staatswohlinteressen« und die »Interessen der betroffenen

ver entscheidet das BAMF über die Asylanträge von kurdischen Asylsuchenden. Menschenrechtsorganisationen sind sich einig, dass die türkischen Behörden insbesondere kurdische und linke Oppositionelle gnadenlos verfolgen, von Rechtsstaatlichkeit kann in dem Land längst keine Rede mehr sein. Die Bundesregierung muss schnellstens dafür sorgen, dass das BAMF seine Entscheidungspraxis ändert und Verfolgten aus der Türkei Schutz gewährt. Andernfalls muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, Handlangerin Erdoğan zu sein.«

Die Unterstützung der Bundesregierung für den AKP/MHP-Faschismus in der Türkei wird besonders deutlich, wenn sie zu kritischen Themen befragt wird. Unter Verweis auf eine ansonsten drohende »erhebliche Belastung der bilateralen Beziehungen zur türkischen Regierung« verweigert die Bundesregierung eine öffentliche Antwort auf die Fragen, ob es zutrefte, dass Rechtsanwält:innen, die politische Oppositionelle vertreten, selbst mit Repressionen durch den türkischen Staat rechnen müssten, sowie inwieweit in politischen Strafverfahren in der Türkei von einer unabhängigen Justiz bzw. rechtsstaatlichen Verfahren auszugehen sei.

Bürger kommentiert es als »bezeichnend«, dass die Bundesregierung Fragen zur Rechtsstaatlichkeit in der Türkei nicht offen beantworten will: »Offenbar weiß sie ziemlich genau, wie schlecht es um die Menschenrechtslage in der Türkei bestellt ist. Gute Beziehungen zum NATO-Partner Erdoğan sind ihr aber wichtiger als das Schicksal der Menschen, die in der Türkei willkürlich kriminalisiert, inhaftiert und gefoltert werden, weil sie sich für Demokratie und das Recht auf Selbstbestimmung einsetzen.«



Der Krieg zwischen Israel und Hamas wird in Deutschland auch innenpolitisch geführt

# Deutsche Staatsräson hebt Grundrechte aus

Elmar Millich

Sicher ist der 7. Oktober eine Zäsur in der Entmenschlichung des Nah-Ost-Konflikts. Unbemerkt von dem israelischen Militär und ohne Vorwarnung durch Geheimdienste durchbrachen Mitglieder der palästinensischen Hamas die Absperrungen zwischen dem Gazastreifen und Israel und richteten innerhalb von nur 24 Stunden ein Massaker unter israelischen Zivilist:innen an. Nach Schätzungen kamen zwischen 1200 und 1400 Israelis ums Leben. Ca. 250 Geiseln wurden in den Gazastreifen verschleppt. Zahlreiche Opfer waren unter den Besucher:innen des Musikfestivals »Tribe of Nova«, welches im Süden Israels stattfand. Die israelische Armee reagierte mit massiven Bombardierungen des Gazastreifens und einer Bodenoffensive, die bis zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch anhält. Bislang werden auf palästinensischer Seite 14.000 tote Zivilpersonen gemeldet und die humanitäre Versorgungslage im Süden des Gazastreifens, in den auf Aufforderung der israelischen Armee viele Palästinenser:innen flohen, ist nach Aussagen internationaler Hilfsorganisationen katastrophal.

Seit dem 7. Oktober bestimmt der Nah-Ost-Konflikt auch die deutsche Politik. Die Bundesregierung verkündete ihre »bedingungslose Solidarität mit Israel«, Antisemitismuskussionen beherrschen Nachrichten und Talkshows. Im Zuge der Auseinandersetzungen im Gazastreifen kam es aber auch zu massiven Einschränkungen der Demonstrations- und Meinungsfreiheit und zu Vereinsverboten. Die Forderung nach weiteren gesetzlichen Verschärfungen und Einschränkungen beherrschen die Diskussion. Der Fokus dieses Artikels zielt darauf zu zeigen, dass diese Entwicklungen nicht neu sind, sondern bekannten Mustern folgen, wie schon die Reaktionen auf den russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 oder auch der repressive Umgang mit der kurdischen Befreiungsbewegung beweisen. Diese Muster prägen Deutschland schon seit Ende der 1980er Jahre. Die außenpolitische – und zumeist von einem größeren Teil der Öffentlichkeit geteilte – Sichtweise der Bundesregierung wird universalisiert und abweichende Meinungen werden Ziel von Unterdrückung und Strafverfolgung. Rückgrat dieser Einschränkungen von Grundrechten bilden zumeist die bewusst überdehnte Auslegung des § 140

StGB (Billigung einer Straftat), § 130 StGB (Volksverhetzung), das Vereinsgesetz und eine restriktive Auslegung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit.

Ein Blick zurück zu den Geschehnissen, die die aktuelle Diskussion prägen, zeigt deutlich, dass noch am Tag des Massakers vom 7. Oktober sich im Berliner Stadtteil Neukölln z. T. spontan, z. T. organisiert Anwohner:innen palästinensischen und arabischen Ursprungs auf der Straße versammelten und offensichtlich die Angriffe der Hamas feierten, indem sie nach arabischem Brauch Süßigkeiten an Umstehende verteilten. Aufgerufen hatte auch die mit der Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP, Volksfront zur Befreiung Palästinas) verbundene Gefangenenhilfsorganisation Samidoun (Palestinian Prisoner Solidarity Network), die mittlerweile vom Bundesinnenministerium verboten worden ist. Auch in den darauffolgenden Tagen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen zumeist propalästinensischen Jugendlichen, die Pyrotechnik zündeten und »Free Palestine« skandierten, und der Polizei, die teilweise Jagd auf alles machte, was ein Palästinatuch trug, wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht. Angemeldete propalästinensische Demonstrationen waren bis Ende Oktober in Berlin konsequent verboten. Diese Stimmung wurde noch durch einen Raketeneinschlag am 18. Oktober beim Al-Ahli-Krankenhaus im Gaza angeheizt, für den sich Israel und die Hamas gegenseitig verantwortlich machten und bei dem fast 500 Opfer zu beklagen waren.

## Demonstrationsverbote in vielen deutschen Städten

Am Anfang mögen die Demonstrationsverbote in Berlin und in anderen deutschen Städten aufgrund der angeheizten Stimmung und der verständlichen Ängste der in Deutschland lebenden jüdischen Bevölkerung noch nachvollziehbar gewesen sein. Denn in der Nacht zum 18. Oktober gab es einen Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin-Mitte und schon die Tage zuvor kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Davidstern-Schmierereien.

Doch schon vor den Attacken der Hamas vom 7. Oktober ist Berlin seit etwa zwei Jahren demonstrationsfreie Zone für palästinensische Anliegen. Vor allem rund um den von den Palästinenser:innen als »Nakba« bezeichneten Erinnerungstag an die Vertreibungen von 1948, den 15. Mai, wurden in den letzten Jahren sämtliche Veranstaltungen mit pauschalen Befürchtungen vor antisemitischen Äußerungen untersagt. So wurde auch eine von der »Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost« angemeldete Ersatzveranstaltung am 20. Juni dieses Jahres von der Polizei aufgelöst, nachdem propalästinensische Parolen gerufen worden waren. In einer Erklärung vom 12. September dieses Jahres verurteilte Amnesty international diese Verbote als Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Diese größte Menschenrechtsbewegung nannte die Verbotsbegründungen auch insofern menschenrechtlich bedenklich, »als sie sich auf stigmatisierende und diskriminierende Stereotype über Menschen aus der arabischen Diaspora, insbesondere mit palästinensischem Hintergrund (...) [und] weitere muslimisch geprägte Personenkreise (...) aus der libanesischen, türkischen sowie syrischen Diaspora stützt«<sup>1</sup>.

An solchen Stereotypen herrschte in den letzten Wochen wahrlich kein Mangel. Wie schon in den vorhergehenden Konflikten zwischen Israel und der Hamas kehren sich die Opferzahlen in der Zivilbevölkerung aufgrund der asymmetrischen Kriegsführung schnell um. Viele in Berlin lebende Palästinenser:innen haben Angehörige und Freund:innen im Gaza-Streifen und sind angesichts der täglich erscheinenden Bilder über das Ausmaß der Bombardierungen durch die israelische Armee natürlich in Sorge und verzweifelt. Aber auch eindeutig zu diesem Themenkomplex angemeldete Demonstrationen wurden in den ersten Wochen mit der unterstellenden Begründung verboten, der Anmeldungszweck sei »vorgeschoben«. Allein bis zum 26. Oktober wurden laut Angaben der Polizei 17 propalästinensische Demonstrationen untersagt. Die Berliner Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) ging sogar so weit, in einem Rundschreiben an die Schulleitungen zu empfehlen, gegebenenfalls den Schüler:innen auch das Tragen von Palästinenser-tüchern zu untersagen. Explizit gehe es auch um das Verbot von »Symbole[n], Gesten und Meinungsäußerungen, die die Grenze zur Strafbarkeit noch nicht erreichen«<sup>2</sup>.

Auch in anderen deutschen Großstädten sah die Situation nicht viel anders aus. In Hamburg waren seit dem 16. Oktober sämtliche propalästinensischen Demonstrationen per Allgemeinverfügung untersagt. Das zuerst drei Tage dauern-

de Verbot wurde bislang insgesamt neunmal verlängert. Auch das Hamburger Verwaltungsgericht trägt diese Linie mit. Die Klage gegen ein verhängtes Verbot für eine unter dem Motto »Stoppt den Krieg auf Gaza und Menschenrechte unterstützen« angemeldete Demonstration wurde von dem Gericht mit der Begründung abgewiesen, dass der Titel aus Sicht des Gerichts auf eine »einseitig pro-palästinensische Ausrichtung« hinweise, weshalb das Verbot zu billigen sei. Eine zweite direkt gegen die Allgemeinverfügung gerichtete Klage wurde ebenfalls abgewiesen unter Hinweis auf die auch weiterhin in Hamburg in besonderer Weise aufgeladene Stimmung. Die Kläger:innen verzichteten leider auf weitere Rechtsmittel. Beide Gerichtsbegründungen sind mehr als bedenklich, denn das Versammlungsrecht verlangt für Demonstrationen keine Ausgewogenheit, und mit dem Hinweis auf eine aufgeheizte Stimmung lassen sich beliebige Demonstrationsthemen verbieten, die von der Mehrheitsmeinung abweichen und ein emotionalisierendes Potential besitzen.

Als dann am 28. Oktober in Berlin 15.000 Personen auf einer propalästinensischen Demonstration durch Kreuzberg zogen, blieb es entgegen Medien- und polizeilichen Prognosen weitgehend friedlich. Dennoch wetteiferten im Folgenden die Versammlungsbehörden darum, durch möglichst viele Auflagen antisemitische und israelfeindliche Parolen zu unterbinden. Problematisch ist hier die Gleichsetzung von antisemitischen und »israelfeindlichen« Parolen einzuschätzen. Selbstverständlich sind antisemitische Parolen wie »Tod den Juden« eindeutig Volksverhetzung und entsprechend strafrechtlich zu ahnden. In vielen Medien und auch polizeilichen Beiträgen wurde aber der Eindruck erweckt, als seien auch »israelfeindliche« Parolen per se strafbar und könnten Demonstrationsverbote begründen.

## Streit um Demonstrationsparolen

Konkret machte sich der Konflikt häufig an der auf palästinensischen Demonstrationen geäußerten Parole »From the river to the sea, Palestine will be free« fest. Die Parole geht auf die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO, von engl. Palestine Liberation Organization) in den 1960er Jahren zurück und beruhte auf der traumatischen Erfahrung der oben erwähnten »Nakba«. Die Parole lässt sich natürlich verschieden interpretieren. Ebenso wie die Leugnung des Existenzrechts Israels kann sie die Vision eines friedlichen Zusammenlebens der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung in einem gemeinsamen Staat beschreiben. Die Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft haben sich aber auf die erste Interpretation festgelegt und wollen die Parole strafrechtlich verfolgen, selbst wenn bisher auch die Leugnung des Existenzrechts Israels an sich nicht strafbar ist. Bundesinnenministerin Nancy Faeser versuchte mit ihrer Verbotsverfügung gegen die Hamas

1 zitiert nach: <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2023-09/Amnesty-Stellungnahme-Deutschland-Berlin-Nakba-Demonstrationen-Verbot-September-2023.pdf>, S. 1; im Auszug wird hier aus einem Bescheid der Landespolizeidirektion Berlin zitiert; zuletzt aufgerufen am 30.11.2023

2 zitiert nach: <https://www.news4teachers.de/2023/10/schuelern-palaestienertuecher-verbieten-das-ist-eine-einladung-zur-provokation/>; zuletzt aufgerufen am 30.11.2023



Friedrichstraße Berlin – Free Gaza | Foto: KR

und das palästinensische Netzwerk Samidoun neue rechtliche Fakten zu schaffen, indem sie die oben genannte Parole als der Hamas zugehörig gleich mitverboten hat. Damit wäre diese Parole auf Demonstrationen nach § 20 des das öffentliche Vereinsrecht in Deutschland regelnden Vereinsgesetzes (VereinsG) strafbar, einem Paragraphen, mit dem sich die kurdische Solidaritätsbewegung in Deutschland bestens auskennt. Dass die Zuordnung dieser Parole zur Hamas sachlich falsch ist, stört dabei niemanden. Solange keine gegenteiligen Gerichtsurteile vorliegen, hat die Polizei die Möglichkeit einzugreifen und das scheint damit auch aktuell bezweckt.

Auch wenn die Situation aktuell noch polarisierter ist, folgen die staatlichen Angriffe auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit demselben Muster wie seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022. »Prorussische« Demonstrationen wurden, wenn nicht verboten, mit zahlreichen Auflagen versehen. So z. B. bestätigte am 8. Mai dieses Jahres das Oberverwaltungsgericht Berlin bei der jährlichen Gedenkveranstaltung zum Ende des Zweiten Weltkrieges im Treptower Park polizeiliche Auflagen und untersagte das Mitführen russischer und sowjetischer Fahnen im Gegensatz zu ukrainischen, weil sie im aktuellen Kontext des russischen Angriffs als Sympathiebekundung für die Kriegsführung Russlands hätten verstanden werden können. Aufgrund einer Rede, die der DKP-Aktivist Heinrich Brückner anlässlich des 81. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion ebenfalls im Treptower Park gehalten hatte, kam es zu einer Anklage wegen Volksverhetzung. Brückner hatte aus seiner Sicht die Hintergründe des Krieges erläutert und sich gegen Waffenlieferungen ausgesprochen. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten sprach ihn zwar frei, aber lediglich aufgrund der zu geringen Zuhörer:innenschaft bei seiner Rede. Inhaltlich folgte es der Staatsanwaltschaft, Brückners Rede

hätte »das Potential, das Vertrauen in die Rechtssicherheit zu erschüttern und das psychische Klima in der Bevölkerung aufzuhetzen«<sup>3</sup>, und sei somit als Volksverhetzung zu werten. Politisch kontroverse Positionen werden somit zur Straftat, wenn sie sich in aufgeheizten außenpolitischen Konfliktlagen zu weit von der Regierungsposition und der vermeintlich öffentlichen Meinung entfernen. Auch wenn es sich um eine schon länger geplante Umsetzung einer EU-Richtlinie handelte, passte die Erweiterung des Volksverhetzungsparagraphen 130 StGB im Oktober 2022 ins Bild, indem nun auch u. a. das öffentliche Billigen, Leugnen und gröbliche Verharmlosen von Kriegsverbrechen unter Strafe gestellt wird. Bislang beschränkte sich der Paragraph in diesem Teil auf die Leugnung des Holocausts. Dieser Paragraph wird sicherlich nur bei den Kriegsverbrechen aufgegriffen werden, bei denen westliche und prowestliche Staaten nicht beteiligt waren.

Nun mag man sich fragen, ob angesichts der aktuellen von Tod und Zerstörung geprägten Bilder aus dem Nahen Osten juristischen Auseinandersetzungen in Deutschland eine große Bedeutung beikommt. Aus Sicht der jahrzehntelangen Erfahrung der kurdischen Befreiungsbewegung kann man das nur bejahen. Die Unterdrückung der kurdischen Opposition in Deutschland und Europa ist als strategische Unterstützung des NATO-Partners Türkei nicht weniger relevant als die Praxis direkter Waffenlieferungen. Seit dem Verbot der PKK im Jahre 1993 dient u. a. das Vereinsgesetz dazu, auf kurdischen Demonstrationen unliebsame politische Positionen zu unterdrücken, indem akribisch Transparente und Parolen als strafbar angesehen und damit auch gewalttätige polizeiliche Interventionen gerechtfertigt werden, wie das zuletzt am 18. Oktober bei der Demonstration gegen 30 Jahre PKK-Verbot in Berlin praktiziert wurde. Auch hier kommt es regelmäßig zu bewussten gesetzlichen Überdehnungen, wenn etwa an sich nicht verbotene Symbole der syrisch-kurdischen Verteidigungseinheiten YPG und YPJ auf Versammlungen untersagt werden, weil sie angeblich »ersatzweise« für verbotene PKK-Symbole benutzt werden.

So prägt sich ein Eindruck aus, dass hegemoniale Ansprüche der deutschen Außenpolitik zunehmend gegen innere Kritik abgeschirmt werden. Strafrechtliche Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit dienen dazu, Kritik und Widerstand gegen die offizielle »Regierungslinie« zu den jeweiligen Konflikten von vornerein zu verhindern oder wenigstens zu delegitimieren. Die aktuellen Diskussionen um die Verschärfung des Asylrechts, um generelle Einschränkungen politischer Rechte von Ausländer:innen und Strafrechtsverschärfungen lassen für die Zukunft nichts Gutes erwarten.



<sup>3</sup> zitiert nach: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=92952>; zuletzt aufgerufen am 30.11.2023

Eine erste Bilanz des Vereins »Familien für den Frieden«

# Wie gut, hiermit nicht allein zu sein

Interview des Kurdistan Report mit dem Verein »Familien für den Frieden«

**Der vor knapp zwei Jahren gegründete Verein »Familien für den Frieden« gibt einen ersten Einblick in seine Gründungsgeschichte und seine aktuelle Arbeit.**

**Wann und mit welcher Motivation wurde der Verein »Familien für den Frieden« gegründet?**

Der Verein »Familien für den Frieden« hat sich im Mai 2022 gegründet und ist seit Dezember 2022 ein eingetragener Verein und als gemeinnützig anerkannt.

Bei Eltern, Verwandten und FreundInnen führt das Engagement und Interesse junger Menschen an den Ideen und der Praxis der Freiheitsbewegung Kurdistans zu vielen Fragen. Fragen zur Theorie und Praxis der Ökologie, Basisdemokratie und Frauenbefreiung, den drei Grundpfeilern des Demokratischen Konföderalismus. Der Demokratische Konföderalismus ist die Perspektive der Freiheitsbewegung Kurdistans für den Frieden in Kurdistan und der gesamten Region. Dieser wird konkret u.a. in der Autonomen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien – AANES – in die gesellschaftliche Praxis umgesetzt.

Die Region ist seit Jahren von Krieg bedroht und betroffen. In unseren Medien kommt dieser Krieg kaum vor. Ein konkretes Engagement auf zivilgesellschaftlicher Ebene macht aus europäischer Sicht Angst. Viele Menschen in Deutschland haben wenig Wissen u.a. über die Region der Autonomen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien. Dass Menschen sich dort für ein friedliches Zusammenleben, unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht und Religion, einsetzen, ist wenig bekannt. Das wollten wir von Beginn an solidarisch unterstützen.

Die Mitglieder des Vereins kommen aus allen Bundesländern Deutschlands.

Während unserer ersten Arbeiten, Treffen und Bildungen wurde deutlich, dass wir sehr unterschiedlich sind. Wir alle kommen aus der Mitte der Gesellschaft, oft politisch und/oder gesellschaftlich engagiert und eingebunden. Wir sind in Ostdeutschland und Westdeutschland aufgewachsen und sozialisiert. Wir haben alle verschiedene Berufe und bringen viele spannende unterschiedliche Biografien und Kompetenzen ein.

**Welche Ziele setzt sich der Verein?**

Mit der Arbeit des Vereins »Familien für den Frieden« wollen wir für die kurdischen und multiethnischen Siedlungsgebiete in den vier Nationalstaaten Türkei, Irak, Iran und Syrien Öffentlichkeit herstellen und verstehen uns als eine Plattform für die Unterstützung der demokratischen zivilgesellschaftlichen Entwicklungen und des friedlichen Zusammenlebens der Menschen dort.

Wir fördern Projekte der schulischen und außerschulischen Bildung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Innerhalb des Vereins haben wir das Ziel, ein gleichberechtigtes und demokratisches Miteinander in der Praxis der Arbeiten umzusetzen, gleichberechtigt zu diskutieren, zu lernen und uns zu bilden. Wo so unterschiedliche Menschen zusammenarbeiten, bietet sich die Chance, viel voneinander und auch gemeinsam zu lernen.

**Wie sieht die praktische Vereinsarbeit aus?**

Wir treffen uns regelmäßig digital in verschiedenen Arbeitsgruppen. Das Miteinander stärkt uns und schafft Verbundenheit, besonders in herausfordernden Situationen.

Ein Beispiel: Als die türkischen Bombenangriffe auf Nord- und Ostsyrien im November 2022 angingen, haben wir uns spontan getroffen und unsere Betroffenheit, Wut und Angst um die Menschen vor Ort miteinander geteilt. Daraus erwuchs unsere erste öffentliche Kampagne: Wir baten unsere Mitglieder und Interessierte darum, die Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises anzuschreiben, diese über die Angriffe zu informieren, verbunden mit der Aufforderung, sich für den sofortigen Stopp der Bombardierungen der zivilen Infrastruktur in der AANES durch den NATO-Partner Türkei einzusetzen. Zum Teil konnten wir die Antworten veröffentlichen. Daraufhin entstanden einige gute und konstruktive Kontakte zu Abgeordneten. Diese erste Kampagne war wichtig für uns, weil wir damit das Schweigen brechen konnten und unsere Betroffenheit gemeinsam in Handeln umgesetzt haben.

Ein weiteres wichtiges Projekt war und ist die Fotoausstellung »Innen befreit – von außen bedroht!«. Wir hatten keine Erfahrungen mit Ausstellungskonzepten, mit den Materialien

und den Präsentationsmöglichkeiten. Manchmal kamen wir an unsere Grenzen, fanden aber immer wieder Unterstützung u.a. in der Zusammenarbeit mit dem Städtepartnerschaftsverein Friedrichshain-Kreuzberg-Dèrik in Berlin. Auch unseren Partnern in Nord- und Ostsyrien fiel es nicht immer leicht zu verstehen, was es in Deutschland braucht, um jenseits der Solidaritätsbewegung für die Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien die Menschen zu erreichen. Inzwischen wird diese Ausstellung an verschiedenen Orten Deutschlands gezeigt, verbunden mit Informationsveranstaltungen. In den öffentlichen Medien in Deutschland herrscht meist Schweigen zu den Entwicklungen. Wir konnten unsere persönliche Betroffenheit in unseren Kommunen, Nachbarschaften, in unserem Arbeitsumfeld oder im Familien- und Freundeskreis kaum teilen, denn die Menschen um uns herum waren wenig oder gar nicht informiert. »Davon haben wir ja noch nie etwas gehört« war eine häufige Reaktion. Wir wollen das mit Hilfe der Ausstellung ändern, vor allem ganz direkt in unserem jeweiligen Lebensumfeld.

Bewegend und erschütternd ist für uns die Tatsache, dass in der Region Kurdistan viele Menschen, die sich für den Aufbau und die Verteidigung demokratischer Rechte einsetzen, ihr Leben verloren haben. Darunter auch einige junge Menschen aus Deutschland. Es ist die Trauer, für die wir einen Platz, eine Kultur, einen Umgang finden mussten. Wie gut, hiermit nicht allein zu sein.

### Welche Bedeutung hat die Arbeit des Vereins für die Mitglieder?

Wir empfinden unsere Vereinstätigkeit als wertvoll, weil wir daran wachsen. Wir lernen dazu, jedes Mal, wenn wir etwas tun, was wir vorher noch nie getan haben, zum Beispiel, wenn wir dieses Interview geben oder ein Vereinsmitglied sich in seiner Kirchengemeinde einbringt.

Wir lernen dazu, wenn wir uns z.B. nach einer internen Auseinandersetzung in der Arbeitsgruppe über die neuen Perspektiven eines Problems bewusst werden und wenn wir lernen, dem anderen zu vertrauen.

Unsere Vereinsarbeit trägt dazu bei, Informationen z.B. über die Erfolge des gesellschaftlichen Aufbaus in der AANES und über die Angriffe auf diese Erfolge in die Mitte der deutschen Gesellschaft zu bringen. Wir wünschen uns, dass unsere Arbeit einen solidarisierenden Effekt hat.

Es ist wichtig, Aufklärungsarbeit zu leisten über das, was in den vergangenen Jahren in Nord- und Ostsyrien erreicht wurde, um zu verdeutlichen, dass die Menschen in dieser Region versuchen ein Gesellschaftsmodell zu entwickeln, welches ein friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen und Ethnien sowie die Auflösung patriarchaler Struk-



Foto: [www.familien-fuer-frieden.de](http://www.familien-fuer-frieden.de)

turen beinhaltet. Nur dadurch kann die Hürde der gezielten Kriminalisierung in Deutschland überwunden werden.

### Sehen Sie Erfolge in ihrer Öffentlichkeitsarbeit?

Auf den Veranstaltungen, die wir im Rahmen der Ausstellung »Innen befreit – von außen bedroht!« organisieren, erhalten wir viel Zuspruch und reges Interesse sowohl von den BesucherInnen als auch von lokalen PressevertreterInnen. Bisher leider wenig von überregionalen Medien.

Wir sind ein junger Verein, die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen und Organisationen läuft an. Unsere Erfahrung ist, dass man über konkrete Aktionen bzw. Veranstaltungen und eine Präsenz vor Ort auch ein weitergehendes Interesse am Thema Nord- und Ostsyrien wecken kann und eine Berichterstattung zumindest in der örtlichen Presse erreicht. Außerdem ist eine Vernetzung vor Ort sehr wichtig, um eine Weiterverbreitung der Informationen zu Nord- und Ostsyrien zu erreichen.

Wir geben zu den aktuellen Ereignissen Presseerklärungen ab, wobei der überwiegende Teil der deutschen Presselandschaft diese Erklärungen sowie den Krieg des NATO-Partners Türkei weitgehend ignoriert. Wir verurteilen diese andauernden und eskalierenden Verletzungen des internationalen Völkerrechts durch den türkischen Staat. Für uns ist es insbesondere unerträglich und unfassbar, dass dieses Vorgehen eines NATO-Partners keine öffentlichen Verurteilungen auslöst. An die deutsche Politik appellieren wir, sich ihrer demokratischen und humanistischen Werte zu erinnern und für diese auch international zu streiten, um die Friedensbemühungen der kurdischen Bewegung zu stärken und Kriegstreiber als solche zu entlarven. Seit wann entspricht es dem internationalen Völkerrecht, zivile Strukturen militärisch anzugreifen?

Wir, der Verein »Familien für den Frieden«, sind zutiefst besorgt und wollen die Menschen in der Region der »Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien« nicht im Stich lassen. Wir fordern die sofortige Einstellung der türkischen Kampfhandlungen, eine Flugverbotszone über der Region und die internationale Unterstützung des Wiederaufbaus.



Der kurdische Musiker Mazlum Dora sitzt seit Mai 2021 in der JVA Stuttgart-Stammheim

# Terroristische Musik?

Gule S.

Im Fall Mazlum Dora sehen wir, wie die kurdische Diaspora in Deutschland mundtot gemacht werden soll. Seit Jahrzehnten werden Menschen als »Terrorist:innen« verunglimpft und ihre Organisationen als »Hauptfeind der inneren Sicherheit« diffamiert: Kurd:innen in Deutschland. Obwohl diese Menschen einst aus ihrer Heimat geflohen sind, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu finden, kriminalisiert der Westen und insbesondere Deutschland fast alle Organisationen der kurdischen Bevölkerung.

Diese Politik wird bis heute mit dem PKK-Verbot von 1993 gerechtfertigt. Jede Bundesregierung, gleich welcher Farbkonstellation, hat diese antikurdische Politik bisher fortgeführt. Wir sehen, mit welchen autoritären Methoden Kurd:innen hierzulande mundtot gemacht werden sollen. Und wir stellen fest: Die Repression gegen die kurdische Bewegung ist ein deutsches Demokratiedefizit. Menschen, die sich hier dafür einsetzen, die großen Probleme unserer Zeit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, und die für ein verantwortungsvolles und solidarisches Miteinander streiten, werden mit Repression überzogen.

Das Damoklesschwert eines willkürlichen 129er-Verfahrens schwebt über den Köpfen kurdischer Aktivist:innen. So wurde auch der Künstler Mazlum Dora unter anderem aufgrund seiner kulturellen und künstlerischen Tätigkeiten festgenommen und im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim inhaftiert. Als Künstler setzte er sich für die politische Anerkennung der kurdischen Community in Deutschland ein, indem er Demonstrationen mit Trommelklang begleitete und kurdische Lieder komponierte, wie beispielsweise das Lied »Cenga Rojava« (Der Kampf in Rojava). Zudem engagierte sich der am 12.5.2021 in Esslingen Festgenommene ehrenamtlich im kurdischen Gesellschaftszentrum Heilbronn und betreute hier Kulturprojekte. Mazlum leidet an einer Schädigung des Rückenmarks in der Halswirbelsäule. Daher hat er zahlreiche Operationen hinter sich, ihm wurden Platten im Halswirbelbereich eingesetzt. Da sich sein Gesundheitszustand verschlechterte, war er am Tag seiner Festnahme in Esslingen, um sich ärztlich untersuchen zu lassen. Was er vorher nicht wissen konnte: Sein Arztbesuch würde ihm zum Verhängnis werden.

Doch nicht nur Mazlum Dora hat diese Erfahrungen im Mai 2021 machen müssen: Innerhalb einer Woche wurden 2021 drei kurdische Aktivisten verhaftet. In Nürnberg wurde am

7.5.2021 außerdem Mirza B. festgenommen. Bei der Festnahme wurde solche Gewalt angewandt, dass die Fröhrentnerin, bei der der Aktivist zu Gast war, einen Zusammenbruch erlitt und mehrere Tage auf der Intensivstation verbringen musste. Am 11.5.2021 ließ die Bundesanwaltschaft aufgrund eines Haftbefehls des Bundesgerichtshofs vom 7. Mai in Heilbronn den Aktivist Abdullah Ö. festnehmen. Als würde die Verhaftung nicht reichen, hat man den Kopf des Gefesselten unter ein Fahrzeug geschoben und ihn minutenlang in diese Position gezwungen.

Bei solcher Gewaltanwendung stellt sich die Frage, was diese Menschen gemacht haben könnten, um einen derartigen Umgang zu verdienen. Die Festgenommenen werden beschuldigt Versammlungen organisiert, Vereinsmitglieder zur Teilnahme an Veranstaltungen mobilisiert und Spendenkampagnen durchgeführt zu haben. Individuelle Straftaten werden ihnen nicht vorgeworfen. Doch sie sollen Mitglieder in einer »terroristischen« Vereinigung im Ausland sein und wurden deshalb nach Paragraph 129b Strafgesetzbuch angeklagt.

Man fragt sich, wie diese Aktivitäten nach deutschem Recht als terroristisch eingestuft werden können. Während NATO-Partner wie die Türkei völkerrechtswidrig in andere Länder einmarschieren, Kriege führen und viele Menschen zur Flucht treiben, werden Friedensaktivist:innen und Demokrat:innen inhaftiert und als Terrorist:innen verurteilt.

Die im Jahr 2021 erfolgten Festnahmen standen in kausalem Zusammenhang mit dem Besuch des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu am 6. Mai 2021 bei seinem Amtskollegen Heiko Maas in Berlin. Mit der Inhaftierung der kurdischen Aktivist:innen wollte man nämlich im Dienste der deutsch-türkischen Freundschaft agieren und symbolisch demonstrieren, dass auch hierzulande die deutsch-türkischen Interessensbeziehungen auf Kosten der Menschenrechte stets Vorrang haben. Damit macht sich Deutschland zum Handlanger des türkischen Regimes. Seit inzwischen Jahrzehnten erledigen die Strafverfolgungsbehörden geschäftsmäßig und routiniert ihr Geschäft der Repression gegen kurdische Aktivist:innen: festnehmen, anklagen, verurteilen. Kurd:innen in Deutschland sind der politisch motivierten strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt, und ihre Aktivitäten werden – wie in der Türkei – als »Terrorismus« stigmatisiert und kriminalisiert.



Mazlum Dora wurde vom OLG Stuttgart wegen Mitgliedschaft in der PKK zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt. | Foto: ANF

So auch bei dem kurdischen Aktivist und Künstler Mazlum Dora. Trotz mangelnder Beweislage wurde er zu einer Strafe von drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Seine Tätigkeiten wurden ihm nach Paragraph 129b StGB als organisatorische Tätigkeiten für die PKK ausgelegt.

In Haft ist Mazlum isoliert. Er befindet sich in einer Einzelzelle, und gemeinsame Aktivitäten oder Kommunikation mit den anderen Gefangenen sind ihm untersagt. Bei den Verhandlungsterminen wurde er immer mit Fuß- und Handschellen zum Gerichtsgebäude gebracht, obwohl die Justizvollzugsanstalt sich in unmittelbarer Nähe, auf demselben Gelände befindet. Das alles soll ein Bild in der Öffentlichkeit erzeugen: »Diese Person ist schwerstkriminell, von ihr geht eine Gefahr aus.«

Um dieser Unterdrückung zu entkommen und damit sein Protest gegen seine Behandlung im Gefängnis endlich wahrgenommen wird, hat Dora sterben wollen und sich selbst angezündet. Dafür hat er wegen besonders schwerer Brandstiftung noch eine zusätzliche Strafe von 2 Jahren und 3 Monaten Haft bekommen.<sup>1</sup> Dieses noch nicht rechtskräftige Urteil grenzt an Perfidität und hat nichts mit einem demokratischen Rechtsstaat zu tun.

In seinem Verfahren wurden auch die Musikwerke Doras herangezogen, um ihn als Terrorist zu diffamieren. Ein Beispiel, das als Beleg eingeführt wurde, ist sein Lied »Cenga Rojava«. Hierin erzählt er von der die Revolution in Rojava (Nordostsyrien) und bringt zum Ausdruck, welche Bedeutung und Inspiration sie für uns, aber auch für alle unterdrückten Völker dieser Welt hat.

<sup>1</sup> Vollzugspersonal der JVA hatte interveniert, und Mazlum Dora konnte ärztlich behandelt werden. Die zusätzliche Haftstrafe wurde damit begründet, dass er das Leben umliegender Gefangener gefährdet und öffentliches Eigentum beschädigt habe. Seine Anwält:innen haben Widerspruch eingelegt.

Rojava setzt das Konzept des demokratischen Konföderalismus um, dessen Grundprinzipien auf Frauenbefreiung, Basisdemokratie und Ökologie beruhen. Dieses alternative Gesellschaftsmodell umfasst die Partizipation von Araber:innen, Êzîd:innen, Christ:innen, Assyrer:innen, Kurd:innen und Armenier:innen, Tscherkess:innen, Tschetschen:innen. In den letzten Jahren sind überall basisdemokratische, selbstverwaltete und ökologische Projekte entstanden. Alle Bereiche des Lebens werden von Grund auf neu organisiert, und in allen Strukturen organisieren sich insbesondere Frauen autonom. Genau das bringt er in seinem Lied »Cenga Rojava« zum Ausdruck. Und genau dafür wurde er u.a. verurteilt.

Doch so unerbittlich der staatliche Apparat gegen Kurd:innen vorgeht, so untätig verhält er sich gegenüber Faschist:innen, die auch aus ihrem Hass auf Jüd:innen keinen Hehl machen. Es ist an der Zeit, dass diese Politik korrigiert wird und die politisch Verantwortlichen mit den in Deutschland aktiven politischen kurdischen Strukturen in einen Dialog treten, statt sie zu kriminalisieren und sie von der übrigen Gesellschaft zu isolieren.

Kurd:innen fliehen aus Ihrer Heimat vor Krieg und Vertreibung. Sie fliehen, weil sie einer starken Assimilationspolitik ausgesetzt sind, ihre Sprache nicht sprechen dürfen, ihre traditionelle Kleidung nicht tragen dürfen. Sie kommen nach Deutschland mit der Hoffnung, hier akzeptiert und aufgenommen zu werden. Doch sie werden auch hierzulande mit einer Realität der Unterdrückung, Verfolgung und Ausgrenzung konfrontiert.

Aus Protest gegen diese Ungerechtigkeit trat Mazlum Dora am 22.9.2023 in einen unbefristeten Hungerstreik. Er protestierte gegen die Anwendung von Paragraph 129b StGB, die Repression gegen kurdische Institutionen und die schlechte Behandlung kurdischer politischer Gefangener. Dora forderte mit seiner Aktion die Aufhebung von mittelalterlichen Unterdrückungsmaßnahmen wie Fußfesseln, die angeblich aufgrund von Sicherheitsbedenken bei Transporten zum Gericht und zu anderen Institutionen angelegt werden. Er betonte die Forderungen von Dutzenden politischen Gefangenen, die wie er aufgrund ihres Denkens inhaftiert sind.

Den Hungerstreik hat Mazlum Dora mit der Unterstützung von Aktivist:innen und kurdischen Organisationen nach fast fünfzig Tagen am 9.11.2023 beendet, nachdem öffentlicher Druck aufgebaut worden war.

Doch ist die Unterdrückung damit nicht beendet und genauso wenig der Kampf dagegen. Mazlum wird sich weiterhin für seine Rechte und die Rechte aller politischen Gefangenen einsetzen.

Neubestimmung demokratischer Politik in der Theorie Abdullah Öcalans  
und ihre Relevanz in Deutschland

# Vom Staat abgrenzen und ein radikales Demokratiekonzept entwickeln!

Ali Çiçek, Akademie der demokratischen Moderne

**Der folgende Text basiert auf einem Vortrag, den Ali Çiçek am 25.11.2023 in Berlin im Karl-Liebknecht-Haus auf der Konferenz zum 30-jährigen PKK-Verbot halten wollte. Diese Konferenz musste leider ausfallen. Der Autor hat uns sein Manuskript als Beitrag zur Diskussion in der gegenwärtigen Situation zur Verfügung gestellt.**

## 1. Einführung

Im Kontext des Krieges in Gaza wiederholte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz am 8. Oktober 2023 die Aussage seiner Vorgängerin Angela Merkel und erklärte: »Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.«

Die Staatsräson ist ein »vernunftgeleitetes Interesenskalkül einer Regierung, unabhängig von der Regierungsform, und einzig der Aufrechterhaltung des funktionierenden Staatsgebildes verpflichtet«. Das »Wörterbuch zur Politik« bietet drei verschiedene Definitionen der Staatsräson:

- Staatsräson als »Vorrang der Staatsinteressen vor allen anderen Interessen«,
- Staatsräson als »Staatsnotwendigkeit, im Gegensatz zur individuellen Vernunft und Notwendigkeit«,
- »Grundsatz, dem zufolge oberster Maßstab staatlichen Handelns die Wahrung und Vermehrung des Nutzens des Staates ist, auch unter Inkaufnahme der Verletzung von Moral- und Rechtsvorschriften«.

Wenn man sich die seit über 150 Jahren währende strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und der Türkei (Stichwort: »deutsch-türkische Waffenbrüderschaft«) vor Au-

gen führt und das 30-jährige Festhalten der deutschen Bundesregierung am PKK-Verbot, dann lässt sich sagen: »Das PKK-Verbot und die strategische Beziehung zur Türkei sind deutsche Staatsräson.«

Denn so, wie die deutsche Bundesregierung gegenwärtig jegliche Palästina-Solidarität diffamiert und Stimmen gegen den Genozid Israels an der Zivilbevölkerung in Gaza mit Antisemitismus-Vorwürfen unterdrückt, so unterstützt sie politisch, wirtschaftlich und militärisch auch die Türkei in deren genozidaler und kolonialer Politik in Kurdistan.

Es ist nicht unser Thema, die unzähligen Beispiele für diese Unterstützung in den letzten Jahrzehnten aufzuführen. Wie sehr die strategische Beziehung Deutschlands mit der Türkei Staatsräson ist und eine über 150-jährige historische Kontinuität besitzt, lässt sich auch historisch nicht nur an der kurdischen Frage belegen, sondern auch mit dem Genozid an den Armenier:innen.

Diese Staatsräson geht über Leichen. Es gibt keine großen Unterschiede zwischen den Worten von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg im Dezember 1915: »Unser einziges Ziel ist es, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht«, und der Antwort des ehemaligen Bundesinnenministers Thomas de Maizière im Jahr 2016 auf die Frage eines Journalisten, warum Kritik an der Türkei im Hinblick auf Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Justiz und Achtung der Menschenrechte ausbleibe: »Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich mal, jetzt das nicht fortzusetzen. Wir haben einen Interessensausgleich mit der Türkei vor uns. Wir haben Interessen, die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt. Natürlich sind in der Türkei Dinge entstanden, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man

auch Verständnis dafür haben, dass es dann im Wege des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt«, und weiter: »Wir können nicht der Schiedsrichter beim Thema Menschenrechte für die ganze Welt sein.«

Wir können wahrlich von einer Staatsräson sprechen, wie sie oben definiert wurde; sie ist unabhängig davon, welche Partei Teil der Bundesregierung ist. In diesen 30 Jahren PKK-Verbot haben wir die SPD, CDU, FDP und Grünen an der Regierung erlebt und über die Grundsätze des PKK-Verbots gab und gibt es einen Konsens. Duran Kalkan, ein Mitbegründer der PKK und Betroffener im Düsseldorfer Prozess [1989–1994; Anm. d. Red.], formulierte diese Realität in einem Interview wie folgt: »Die deutsche Regierung betrachtet die Türkei als ein Bundesland.«

Die erste rechtlich nicht verbindliche Reaktion auf den Antrag der PKK auf Verbotsaufhebung Anfang dieses Jahres war ablehnend, und dabei wurde als Grund ganz offen aufgeführt, dass dies Beziehungen mit der Türkei negativ beeinträchtigen würde.

## 2. Prämissen für einen Umgang mit dem PKK-Verbot für demokratische Kräfte

Angesichts dieser strategischen Interessen des deutschen Staates ist es für die Fragen »Wie das PKK-Verbot aufheben?« und »Was für eine Relevanz hat die neue politische Philosophie Öcalans in Deutschland?« wichtig, ausgehend von diesen Prämissen zu denken:

1. Das PKK-Verbot und die Unterstützung für die genozidale Politik der Türkei gegen die kurdische Gesellschaft sind eine deutsche Staatsräson, so wie es auch für Israel ist. Dokumentierte Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen (kurz: türkischer Staatsterror) spielen dabei keine Rolle, diese Unterstützung aufzugeben.

2. Unabhängig von der Kriminalisierungspolitik gegen die Kurdinnen und Kurden gibt es ein allgemeines Demokratiedefizit in Deutschland. Die »Würde des Menschen in Deutschland ist antastbar«. Wie in den Redebeiträgen heute gehört wird diese Würde von Kurdinnen und Kurden in Deutschland Tag für Tag angetastet.

## 3. Der Umgang mit dem Staat im neuen Paradigma

Die Frage, wie die kurdische Frage gelöst werden und die kurdische Gesellschaft politische Anerkennung finden kann, beschäftigte Öcalan seit Beginn seines Befreiungskampfes. Als die einseitig erklärten Waffenstillstände der PKK von der

Türkei nur mit noch brutaleren Kriegen beantwortet wurden, schrieb er angesichts des Desinteresses der Staaten an der Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung im Allgemeinen: »Ich suche einen Gesprächspartner.« Wir können sagen, dass dies auch für die kurdische Community und ihre Vereine und Organisationen in Deutschland gilt, die nur als Sicherheitsfrage behandelt werden anstatt als politische Akteure.

Mit dem Paradigmenwechsel der kurdischen Freiheitsbewegung Anfang der 2000er und der Deklaration des demokratischen Konföderalismus im Jahr 2005 wurde diese Sackgasse überwunden. Es gibt heute keine Erwartung mehr an die jeweiligen Staaten. Seit dem Paradigmenwechsel lautet die Devise der kurdischen Freiheitsbewegung: »Wir warten nicht, bis sich etwas tut, sondern packen es selber an, wir bauen unsere eigene Lösung!«

Öcalan nutzt hierbei die Formel »Staat plus Demokratie«, um diese Idee zu veranschaulichen. Mit der Formel »Staat plus Demokratie« wird die Strategie verfolgt, den Staat zu verkleinern und die demokratische Gesellschaft auszuweiten. In Rojava ist dieses theoretische Konzept heute Praxis. Dabei verbindet die Rojava-Revolution die »partikularen Kämpfe« wie Ökologie, Demokratie und Frauenbefreiung in einem ganzheitlichen Kampf.

Diese Praxis des Aufbaus des demokratischen Konföderalismus, der demokratischen Autonomie und der demokratischen Nation ist hierbei vor allem ein Resultat der politischen Philosophie, die Öcalan in seinen Verteidigungsschriften auf der Gefängnisinsel İmralı entwickelt hat.

## 4. Relevante Aspekte der demokratischen Moderne für gesellschaftliche Fragen in Deutschland

Zentraler Aspekt in der Theorie Öcalans ist wie folgt formuliert: »Das Problem lautet nicht nur, Staat und Demokratie auseinanderzuhalten, sondern auch systematische Regeln festzulegen, wie beide produktiv koexistieren können, zumindest ohne einander zu negieren. Vielleicht wird das neue Arten von Verfassungen erfordern. (...) In der politischen Theorie besteht äußerst dringender Bedarf einer nach Form und Inhalt richtigen Bestimmung des für Demokratie offenen Staates (der sich nicht an die Stelle der Demokratie setzt und die Demokratie nicht verbietet) und der den Staat nicht negierenden Demokratie (die weder schnell selbst zum Staat wird noch den Staat stets als zu zerschlagendes Hindernis betrachtet). (...) Ich glaube, dass Formen des Staates und der Demokratie, die weniger konfliktrichtig sind und einander produktiver machen, sowohl bitter nötig als auch möglich sind und dass die benötigte, stärkste politische Möglichkeit auf dieser Grundlage ent-

wickelt werden muss. Die existierenden Staaten erkennen die Demokratie im Grunde nicht an.«

Ich denke, es ist aufschlussreich, in diesem Kontext des PKK-Verbots, das im Grunde die demokratische Selbstorganisation der kurdischen Gesellschaft unterminiert, in Form dieser Dichotomie von Staat und Demokratie zu denken. Die deutsche Bundesregierung als Staat, der die Demokratie für die Kurdinnen und Kurden verbietet und negiert. Und auf der anderen Seite die kurdische Selbstorganisation in Deutschland als Demokratie. Aus dieser Perspektive sehen wir nämlich einen Staat (Deutschland) der die Demokratie, die organisierte Kraft der Gesellschaft (hier der kurdischen Gesellschaft und ihrer Vereine) nicht akzeptiert.

Die Frage des PKK-Verbots ist in diesem Sinne die Frage, ob Deutschland fähig sein wird, die von der kurdischen Bewegung gelebte und verteidigte Demokratie anzuerkennen. In den Worten Öcalans »offen für die Demokratie ist.«

## 5. Neudefinition von Politik und Demokratie (demokratische Politik)

In der Theorie Öcalans sind ein zentraler Aspekt die Phänomene von Demokratie, Geschichte, Politik, Moral, die Frage von Gerechtigkeit und Recht, Kultur, Selbstverteidigung, OHNE Staat zu denken.

### Demokratie im Denken Öcalans:

Der Begriff Demokratie wird häufig verwendet und daher ist eine korrekte Definition des Begriffs wichtig. Öcalan spricht hierbei von einer Begriffsverwirrung. Demokratie wird von Öcalan als die Selbstverwaltung von Gemeinschaften definiert, die den Staat und die Macht nicht anerkennen.

Wichtig ist für Öcalan, Staat und Demokratie zu differenzieren; die Macht des Staates hat die Tendenz, die Demokratie in ihrer Beziehung zur Gesellschaft zurückzudrängen und zu begrenzen. Die Kräfte der Demokratie hingegen wollen ihre Grenzen ständig erweitern, indem sie den Staat nicht anerkennen. Der Kern des Problems ergibt sich aus der Verwechslung des Staates, der sich als Demokratie tarnt, mit der Demokratie, die ein Staat sein will. In der europäischen Zivilisation hat sich diese Verwechslung systematisch entwickelt. In den östlichen Gesellschaften hingegen ist der Unterschied zwischen dem Wesen der Gesellschaft und dem des Staates tiefer.

Die Begrenzung der Macht des Staates durch die Verfassungen und die Begrenzung der Gesellschaft durch die repräsentative Demokratie mildern die harten Konflikte zwischen beiden ab und ermöglichen ihre Koexistenz. Dieses von der kapitalistischen

Moderne entwickelte Modell zielt im Wesentlichen darauf ab, Klassenwidersprüche zu bewältigen, indem es sie abmildert. Die repräsentative parlamentarische Demokratie kann hierbei als liberale Demokratie bezeichnet werden.

Öcalan vertritt ein Verständnis einer »radikalen Demokratie« als Alternative zu dieser liberalen Demokratie des Westens. Dieses Demokratiekonzept ist deshalb radikal, weil es sich eine Demokratie jenseits von Nation und Staat vorstellt. Diese Vorstellung soll mit insgesamt drei Projekten umgesetzt werden: der demokratischen Republik, dem demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie.

»Den demokratischen Konföderalismus können wir als eine nichtstaatliche politische Regierungsform definieren. Demokratische Leitungen dürfen wir nicht mit staatlichen Verwaltungen verwechseln. Staaten verwalten nur, Demokratien regieren. Staaten gründen sich auf Macht; Demokratien basieren auf kollektivem Konsens. In Staaten sind Ernennungen wesentlich, in Demokratien Wahlen. Staaten beruhen auf Pflicht und Zwang, Demokratien auf Freiwilligkeit.«

### Politik als Kunst der Freiheit:

Zentral für den Politikbegriff von Öcalan ist auch seine Abgrenzung von Staat und Macht, was er wie folgt formuliert: »Staat bedeutet Regeln, Politik dagegen ist Kreativität. Der Staat regiert das Bestehende, Politik dagegen regiert, indem sie erschafft. Staat ist Handwerk, Politik ist Kunst.«

Staatliche Aktivitäten sind für Öcalan keine politischen, sondern Verwaltungsaktivitäten. Gestützt auf den Staat wird keine Politik gemacht, sondern verwaltet. Angelegenheiten, die keine vitalen gesellschaftlichen Interessen berühren, bilden keine Politik im eigentlichen Sinne.

Politische und staatliche Angelegenheiten sind also nicht dasselbe, sondern stehen im Widerspruch zueinander. Politik wird eingengt und geschwächt, je mehr sich der Staat ausbreitet und intensiviert. Öcalan nähert sich bei seiner Politikdefinition derjenigen Hannah Arendts, die in ihrem Essay »Freiheit und Politik« schreibt: »Der Sinn von Politik ist Freiheit.«

Der Bereich der Politik wurde schrittweise in das Gewand des Parlamentarismus gezwungen und unter der Verwaltung der nationalstaatlichen Bürokratie geradezu zum Erliegen gebracht. Öcalan plädiert mit seiner Neuinterpretation demokratischer Politik für eine paradigmatische Verschiebung der Politik an sich. Wir dürfen unsere politischen Aufgaben nicht denen überlassen, die die Pluralität von Politik vernichten, Politik für ihre Macht missbrauchen und dies zu einem Beruf entwickelt haben, um davon leben zu können.



Erwa 6000 Personen demonstrierten in Berlin unter dem Moto »PKK-Verbot aufheben – Demokratie stärken« | Foto: ANF

Fazit: Im Denken Öcalans werden Politik und Demokratie jenseits von Parlament, Staat, Macht Gewalt, liberaler Demokratie gedacht.

Staat und Demokratie, die Frage der Ökologie und Frauenbefreiung, das Verständnis von Gesellschaft, Organisation der Gesellschaft jenseits des Staates und ein Verständnis von Politik jenseits des Parlaments.

## 6. Implikationen und Relevanz in Deutschland

Adressaten dieses neuen Paradigmas und dieser Art, Politik und Demokratie zu denken, sind vor allem nichtstaatliche demokratische Kräfte in Deutschland; die Zivilgesellschaft, demokratische, ökologische, feministische und kritische Bewegungen und Gruppen.

Für die Lösung von gesellschaftlichen Problemen, die Stärkung der Demokratie und die Aufhebung des PKK-Verbots ist die Rolle der organisierten Gesellschaft (der Demokratie) entscheidend.

Wir sehen in Deutschland hierbei eine inhaltliche und strukturelle Krise der linken und demokratischen Kräfte in Deutschland und gleichzeitig eine Stärkung von offen rechten Parteien.

Öcalan diagnostiziert für diese Krise demokratischer Kräfte die »Notwendigkeit einer Erneuerung der Systemgegnerschaft«. Der wesentliche Grund für den fehlenden demokratischen und freiheitlichen Aufbruch ist für ihn, dass die demokratischen Kräfte die notwendige paradigmatische Revolution noch immer nicht vollendet haben. Das bedeutet konkret, immer noch im Rahmen des Nationalstaats Politik und Demokratie zu denken. Wir sehen vor allem in Deutschland eine starke kulturelle Hegemonie staatlicher Diskurse.

Die Theorie Öcalans hat daher nicht nur Bedeutung für kurdische Politik, sondern behandelt auch Themen, die für demokratische Kräfte hier essenziell sind: die Differenzierung von

Nur eine starke demokratische Zivilgesellschaft wird Druck ausüben können für politische Veränderungen. Öcalan erklärt dazu: »Die Zivilgesellschaft ist derjenige Bereich, über den die klassische Zivilisation und die demokratische Zivilisation sich am stärksten im Konflikt befinden. Die Demokratisierung der Zivilgesellschaft ist ein prinzipielles Problem, dessen Bearbeitung und Lösung zu den grundlegenden Aufgaben der demokratischen Politik gehören.«

In Deutschland ist es daher eine zentrale und primäre Aufgabe, die Zivilgesellschaft zu demokratisieren und zu stärken! Wir können damit beginnen, wenn wir uns vom Staat abgrenzen und eine demokratische Politik entlang dieser Grundsätze entwickeln.

## 7. Probleme und Realität der Zivilgesellschaft in Deutschland

Eine Grundbedingung für Parteien und die Zivilgesellschaft in Deutschland ist es, deckungsgleich mit der Politik des Staates zu handeln.

Dies zeigt sich nicht nur im Falle von Kurdistan und dem PKK-Verbot, sondern heute auch mit dem Krieg in Gaza. Die Zivilgesellschaft wird regelrecht vom Staat belagert, der Staat interveniert vor allem durch die Medien und prägt Diskurse, und die Zivilgesellschaft handelt fast deckungsgleich mit der Politik des Staates.

Jüngste Beispiele waren:

1. Die deutsche Fridays-for-Future-Organisation distanzierte sich von »gegen Israel« gerichteten Äußerungen des internationalen Dachverbands. In der BRD fühlte sich nach Thunbergs Auftritt in Amsterdam eine Art »Wächterrat« in Sachen »Israels Sicherheit ist Deutschlands Staatsräson« berufen, erbarmungslos über sie herzufallen. Denunziatorisch hatte der Spiegel die »Umweltikone« schon am 24. Oktober ins Fadenkreuz genommen: »Hier gefährdet eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der Gegenwart jüdisches Leben.« Staatliche Vertreter begrüßten, dass sich die deutsche FFF-Sektion von der internationalen FFF-Bewegung distanziert habe. Der aktuelle Spiegel provozierte nun weiter, er warf Thunberg vor, die Klimabewegung zu spalten, und stellte die »Greta-Frage«: »Ist sie naiv oder Antisemitin?«

2. Die Hamburger Schriftstellerin Regula Venske hat ihr Amt als Generalsekretärin der internationalen Autorenvereinigung PEN aus Protest gegen öffentliche Wortmeldungen der global tätigen Organisation zum Krieg der Hamas gegen Israel zur Verfügung gestellt. Das PEN-Zentrum Deutschland erklärte, dass die deutsche Gruppe der Autorenvereinigung eine andere Position zum Krieg zwischen Israel und der Hamas vertrete als der internationale Verband.

Judith Butler: »Ein Grund, warum es für mich schwierig ist, der deutschen Presse Interviews zu geben, ist, dass es nicht viele gemeinsame Annahmen zwischen dem deutschen Diskurs und dem Rest der internationalen Gemeinschaft gibt.«

3. Ein weiteres Beispiel für diese Vereinnahmung der Zivilgesellschaft war auch der Ukraine-Krieg. Die Forderung auf den Ostermärschen nach Frieden wurde von Gewerkschaftsbossen und SPD-Vertreter:innen als »naiv« abgetan. Wir sehen eine Militarisierung der deutschen Zivilgesellschaft, und Diskurse des Verteidigungsministers bestätigten dies, wie »Resilienz der deutschen Gesellschaft«, »Mentalitätswechsel«, »kriegstüchtig werden«.

Es braucht in diesem Sinne in der Berichterstattung über die kurdische Freiheitsbewegung, aber auch anderer gesellschaftlicher Fragen in Deutschland dringend freie Medien. Öcalan erklärt: »Ohne unabhängige Medien wird der Staat keine Sensibilisierung in Fragen der Demokratie entwickeln. Auch die Demokratisierung der Politik wird ohne sie nicht umsetzbar sein. Das Recht auf freie Information in Kurdistan ist nicht allein ein individuelles, sondern ein kollektives Recht.«

Für die Aufhebung des PKK-Verbots wird daher auch ein anderer Mediendiskurs wichtig sein, der sich nicht auf staatliche Terminologien und Vorhaben stützt und eine kontinuierliche gesellschaftliche Bildungsarbeit leistet.

## 8. Perspektiven des neuen Paradigmas für Deutschland

Die kurdische Gesellschaft verwendet diese Theorie von demokratischer Politik und demokratischem Konföderalismus in Deutschland bereits in ihrer Praxis. Durch demokratische Politik verteidigt und entwickelt sie ihre Institutionen, ihre Kultur, ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dazu werden Räte gebildet, und vor allem Frauen und Jugendliche organisieren sich autonom.

Ein solches Verständnis von demokratischer Politik in Deutschland bietet eine wichtige Lösungsperspektive für die Sackgasse und Krise der demokratischen Kräfte in Deutschland, eine Politik jenseits von Erwartungen an den Staat.

Der Theoretiker Murray Bookchin erklärte zur Strategie der 68er in Deutschland: »Rudi Dutschkes Aufruf zum ›langen Marsch durch die Institutionen‹ bedeutete letzten Endes kaum mehr, als sich den existierenden Institutionen anzupassen, ohne sich die Mühe zu machen, neue zu entwickeln, und führte zum Verlust Tausender an eben diese Institutionen. Sie gingen hinein – und kamen niemals wieder heraus.«

Wir sehen diese Gefahr der Vereinnahmung der starken ökologischen und feministischen Bewegungen wieder.

– Die starke deutsche FFF-Sektion wurde von Bündnis 90/ Die Grünen gekapert. Die Einbindung in die Staatspolitik war letztlich der Hauptgrund für die Domestizierung der ursprünglich aufmüpfigen Jugendbewegung.

– Feminismus wird von der deutschen Bundesregierung benutzt; Stichwort »feministische Außenpolitik«, die die Worte »Jin, Jiyan, Azadi« gebraucht und die Bewegung dahinter verbietet.

In diesem Sinne ist es wichtig, Öcalan und PKK als eine ernstzunehmende politische Organisation zu betrachten und von unserem einseitigen und eindimensionalen Bild, durch das sie bloß mit Terrorismus gleichgesetzt wird, Abstand zu nehmen. Wir sollten die Debatte aus einem politischen Blickwinkel heraus betrachten anstatt durch die »Sicherheits-Brille«. Kurz gesagt: Wir sollten die Politik demilitarisieren.

Wenn wir heute auf den Mittleren Osten schauen und es uns gelingt, durch den Schleier und den Dunst des Krieges zu sehen, werden wir erkennen, dass in der Region neue Formen von Politik und Demokratie entstehen. Dieses neue Denken von Politikformen und ein Neudenken von Demokratie kann uns aus den verwurzelten Positionen herausbewegen.



Neuerscheinung

über Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Deutschland

# »Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen«

Buchvorstellung von Elmar Millich

In seinem neu erschienenen Buch »Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen – Wie die kurdische Diaspora in Deutschland mundtot gemacht wird« räumt das Autor:innenkollektiv Alexander Glasner-Hummel, Monika Morres und Kerem Schamberger mit der Mär auf, dass es sich bei dem 1993 beschlossenen Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans PKK um eine Verfügung handele, die lediglich die Kader der PKK in ihrer Arbeit in Deutschland einschränkt. Das PKK-Verbot und ihre Listung auf der EU-Terrorliste seit 2002 schränken vielmehr die demokratischen Rechte der gesamten in Deutschland lebenden politisch aktiven Kurd:innen in erheblichem Maße ein. Die verschiedenen Ebenen der seit 40 Jahren andauernden staatlichen Verfolgung in Deutschland werden dabei eingehend untersucht.

Beginnend mit dem 1989 eröffneten »Düsseldorfer PKK-Prozess« gegen 19 kurdische Aktivist:innen wird in dem Buch die strafrechtliche Dimension der Verfolgung aufgezeigt und deutlich dargestellt, dass dieser Prozess im engeren Sinne kein strafrechtliches Verfahren war, sondern ein juristischer Beitrag in einem Gesamt-NATO-Konzept zur Unterstützung der Türkei gegen die als Bedrohung wahrgenommene PKK. Flankiert wurde damals die juristische Verfolgung mit umfangreichen Waffenlieferungen an die Türkei vor allem aus Deutschland und politischen Kampagnen etwa im Zusammenhang mit dem Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme 1986. Aktuell ist es vor allem der §129b StGB (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung), der gegen angebliche Kader der PKK in Deutschland zur Anwendung kommt. In der Regel werden den Angeklagten dabei keine individuellen Straftaten vorgeworfen, sondern allgemeine politische Organisationstätigkeiten, die an sich nicht strafbar sind. Die

Prozesse enden in der Regel mit Verurteilungen zu mehrjährigen Freiheitsstrafen.

Als paralleles Sanktionssystem, in seinen Auswirkungen oft aber nicht weniger gravierend als das Strafrecht, wirken für etwa die Hälfte der ungefähr eine Million in Deutschland lebenden Kurd:innen ohne deutschen Pass die verschiedenen ausländerrechtlichen Bestimmungen. Anhand von Einzelbeispielen beschreibt in einem Gastbeitrag die auf Asyl und Ausländer:innenrecht spezialisierte Rechtsanwältin Heike Geisweid, wie schon allein kulturelle Kontakte in legale kurdische Vereine hinein seitens der Ausländer:innenbehörden benutzt werden, den betroffenen Kurd:innen erhebliche Nachteile bis hin zu Abschiebungsandrohungen zu bereiten. Aus diesem Artikel geht auch hervor, wie flächendeckend die Überwachung der kurdischen Community durch Geheimdienste und sonstige Sicherheitsbehörden erfolgt, und stützt die in dem Buch vertretene These, dass es bei den ganzen Sicherheitsgesetzen eben nicht nur um die Verfolgung einzelner kurdischer Straftäter:innen gehe, sondern eine ganze Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht stehe.

Wie wenig die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Kultur und Medien zählt, wenn es um kurdische Institutionen geht, beschreiben die Autor:innen in einem Kapitel über die Geschehnisse rund um den in NRW ansässigen Mezopotamien Verlag, der seit Anfang der 1990er Jahre kurdische Literatur in Deutschland und Europa vertreibt. Zeit seines Bestehens immer wieder von Repression und Razzien betroffen, wurde der Verlag 2019 vom damaligen CSU-Innenminister Horst Seehofer verboten. Vorausgegangen waren erneute Razzien, bei denen tonnenweise kurdische Literatur beschlag-

BEGINNEND MIT DEM 1989  
ERÖFFNETEN »DÜSSELDORFER  
PKKPROZESS « GEGEN 19 KURDISCHE  
AKTIVIST:INNEN WIRD IN DEM BUCH  
DIE STRAFRECHTLICHE DIMENSION  
DER VERFOLGUNG AUFGEZEIGT UND  
DEUTLICH DARGESTELLT, DASS DIESER  
PROZESS IM ENGEREN SINNE KEIN  
STRAFRECHTLICHES VERFAHREN  
WAR, SONDERN EIN JURISTISCHER  
BEITRAG IN EINEM GESAMT-NATO-  
KONZEPT ZUR UNTERSTÜTZUNG DER  
TÜRKEI GEGEN DIE ALS BEDROHUNG  
WAHRGENOMMENE PKK.

nahmt worden war. Gegen diese Art des Umgangs mit Kulturgütern wurden u.a. auch von der deutschen Sektion der Schriftsteller:innenvereinigung PEN Bedenken angemeldet.

Die einzelnen Kapiteln entnommenen angeführten Themenfelder bilden nur einen Teil des Buches ab. Ausführlich wird auch auf die historischen Entwicklungen eingegangen. Das umfasst sowohl die Historie des türkisch-kurdischen Konflikts, die Migrationsgeschichte der in Deutschland lebenden Kurd:innen als auch die ideologischen Entwicklungen der PKK in neuerer Zeit. Anhand der aktuellen Verhandlungen um den NATO-Beitritt Schwedens und des 2016 unter Federführung der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel geschlossenen türkisch-europäischen Flüchtlingsdeals wird aufgezeigt, dass die Repression gegen Kurd:innen in Deutschland und Europa in einem mindestens so großen Ausmaß der Außen- wie der Innenpolitik geschuldet ist.

Gerade in den letzten Jahren sind einige Bücher über die Entwicklungen in Kurdistan herausgekommen, u.a. mit dem Schwerpunkt der »Rojava« genannten Gebiete in Nordostsyrien. Das vorliegende Buch mit dem Fokus auf die Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung zeigt darüber hinausgehend, wie vor allem in Deutschland Ministerien, Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte über Jahrzehnte eine pseudojuristische Gegenwirklichkeit aufgebaut haben, die mit der politischen Realität der Kurd:innen wenig zu tun hat; weder in ihren Herkunftsländern noch in Deutschland. Diese falsche Realität, die alles »Kurdische« mit PKK und Terrorismus in Verbindung bringt, wird leider von Politik und Medien immer noch allzu gern übernommen. Das aktuelle Buch will pünktlich zum 30. Jahrestag des PKK-Verbots nicht nur Informationen dagegenstellen, sondern ruft auch explizit zu Solidarität auf. Es wäre zu wünschen, dass es von vielen gelesen wird.



**Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen – Wie die kurdische Diaspora in Deutschland mundtot gemacht wird**

Von Alexander Glasner-Hummel,  
Monika Morres, Kerem Schamberger  
Westend-Verlag, 216 S., 24,00 €



# 500 Jahre Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Moderne

## Teil 1: Aufstand der Bäuer:innen

Eine Reihe der Initiative Demokratischer Konföderalismus | [www.i-dk.org](http://www.i-dk.org)

Fenna Joken und Thomas Maier

**D**as Wissen über die Geschichte ist unsere Grundlage im Verständnis des heutigen historischen Zeitpunkts und lässt uns verstehen, wie eine radikal demokratische, geschlechterbefreite und ökologische Zukunft aufgebaut und verteidigt werden kann. Im Rahmen einer Artikelreihe im Kurdistan Report wollen wir aspektorientiert die letzten 500 Jahre der Angriffe auf die Gesellschaft darlegen und alte sowie neue Perspektiven auf das demokratische Potenzial in der deutschen Gesellschaft aufzeigen. Wir sind überzeugt, dass eine ganzheitliche historische Analyse Teil einer komplexen Veränderungsgrundlage sein wird, die uns in die Lage versetzt, die demokratische Moderne aufzubauen und damit der Zerstörung entgegenzuarbeiten, die die kapitalistische Moderne weltweit verursacht hat. Nach einer ersten Einführung in der letzten Ausgabe, widmen wir uns diesmal den Umständen des Aufstands von 1525 und dessen Niederschlagung.

### Die dörflich-agrarische Gesellschaft

Wenn wir uns auf die Suche nach der demokratischen Zivilisation in Deutschland machen, ist unser Ausgangspunkt die Neolithische Revolution. Die Neolithische Revolution bedeutete hier in Europa wie schon in Mesopotamien nicht nur die Sesshaftwerdung der Sippen und Stämme und die Anfänge der landwirtschaftlichen Produktion. In dieser Epoche fand auch eine Gesellschaftswendung statt, in der viele der Werte und Grundprinzipien, die die demokratische Zivilisation ausmachen, ihren Ursprung haben. Doch auch das Patriarchat entwickelte sich in dieser Zeit. Mit der Kolonisierung der Frau und der Natur wurden die Wurzeln der Klassengesellschaft gelegt. Die Wurzeln von Herrschaft, Macht und Unterdrückung. Doch die Werte der demokratischen Zivilisation bestanden und bestehen immer noch in dem demokratischen Fluss der gesellschaftlichen Geschichte. Der Geschichte von Unten. In diesem Fluss und der Tradition der neolithischen Revolution, der Sesshaftwerdung und der Landwirtschaft, steht die dörflich-agrarische Gesellschaft. Sie bildet eine der Grundeinheiten

ten der Gesellschaft, denn sie bietet die Möglichkeit zur Selbstverwaltung, Selbstversorgung und Selbstverteidigung.

**»Das Dorf ist kein rein physisches Phänomen, sondern auch eine der Hauptquellen der Kultur. Genauso wie die Familie bildet es eine der Grundeinheiten der Gesellschaft.**

**Der Angriff der Stadt, Industrie und Bourgeoisie als Klasse und Staat auf das Dorf ändert nichts an der Tatsache. Das Dorf ist als die geeignetste Einheit für die moralische und politische Gesellschaft von großer Wichtigkeit.«**

**Abdullah Öcalan**

Das baldige 500-jährige Jubiläum der Bauernaufstände von 1525 haben wir als Anlass genommen, die Umbrüche, welche vor 500 Jahren stattfanden, zu erforschen, denn die Niederschlagung der Bauernaufstände fällt zeitgleich in den Beginn der kapitalistischen Moderne. Wir haben uns gefragt, inwiefern die Bauernaufstände mit anderen Entwicklungen jener Zeit zusammenhängen, vor allem der beginnenden Kolonisierung sowie der Hexenverfolgung. Wie haben diese Entwicklungen dazu beigetragen, dass sich die kapitalistische Moderne, aufbauend auf ihren drei Grundsäulen – dem Nationalstaat, dem Kapitalismus sowie dem Industrialismus – zum weltweit vorherrschenden System ausbreiten konnte?

### Die Zeit vor dem Bauernaufstand von 1525

Im Mittelalter, also der Zeit vor dem 16. Jahrhundert, lebte der größte Teil der Gesellschaft auf dem Land. Die bäuerlichen Gemeinschaften mussten Abgaben, den sogenannten Zehnten, an die Herrschaft abgeben und waren dazu gezwungen Dienst an den Höfen der Kirche oder des Adels zu leisten. Doch in großen Teilen des Landes lebten die Menschen in ih-

ren Dörfern kommunal und selbstverwaltet. Sie konnten über ihre eigenen Belange Recht sprechen und hatten außerdem das Recht ihr gemeinschaftliches Land, die Allmende, selbst zu verwalten. Die profitorientierte Geldwirtschaft hatte nur wenig Bedeutung für die Wirtschaftskreisläufe innerhalb der Dörfer. Auf den Versammlungsplätzen kamen die Menschen zusammen, um ihre alltäglichen Belange zu besprechen. Diese Markgenossenschaften, in denen sich die dörflich-agrarische Gesellschaft organisierte, waren nicht frei von Patriarchat und feudalen Herrschaftsstrukturen, aber in ihr existierten traditionelle Strukturen, die der Herrschaft der Feudalherren und der Anhäufung von Macht entgegenwirkten. Keine Ressourcen konnten von nur einer Person angehäuft werden, ohne den anderen Mitgliedern der Gemeinde Rechenschaft schuldig zu sein. Das Prinzip dieser Markgenossenschaften und Allmenden wird von Rosa Luxemburg als »Kommunismus an Grund und Boden« beschrieben:

**»Man kann sich nichts Einfacheres und Harmonischeres zugleich vorstellen als dieses Wirtschaftssystem der alten germanischen Mark. Wie auf flacher Hand liegt hier der ganze Mechanismus des gesellschaftlichen Lebens. Ein strenger Plan, eine stramme Organisation umfassen hier das Tun und Lassen jedes einzelnen und fügen ihn dem Ganzen als ein Teilchen bei. Die unmittelbaren Bedürfnisse des täglichen Lebens und ihre gleichmäßige Befriedigung für alle, das ist der Ausgangspunkt und der Endpunkt der ganzen Organisation.**

**Alle arbeiten gemeinsam für alle und bestimmen gemeinsam über alles. Woraus fließt aber und worauf gründet sich diese Organisation und die Macht der Gesamtheit über den einzelnen?**

**Es ist nichts anderes als der Kommunismus an Grund und Boden, das heißt gemeinsamer Besitz des wichtigsten Produktionsmittels durch die Arbeitenden.«**

**Rosa Luxemburg**

Diese Realität wurde über das ganze Mittelalter hinweg immer wieder angegriffen. Doch trotz der starken Angriffe von Adel und Kirche, konnte sich die Gesellschaft gegen diese Angriffe verteidigen und ihr altes Recht auf Selbstverwaltung und Selbstversorgung in Anspruch nehmen, bis ein folgenreiches Ereignis das Ende der Markgenossenschaft einläutete.



Liebermann, Villa am Wannsee, Losbruch Blatt-5 aus dem Zyklus Bauernkrieg, Radierung, 1902-1903, Kaethe-Kollwitz-Museum Berlin

## Der Beginn der Kolonisierung

1492 wurde Amerika von den Europäern »entdeckt«. Der Reichtum, welcher der lokalen Bevölkerung fortan geraubt wurde, löste einen großen Konkurrenzdruck innerhalb der herrschenden Klassen Europas aus. Auch der Adel und die Kirche des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation gerieten in die Abhängigkeit und Konkurrenz der aufsteigenden Handelsklasse. Deutsche Handelsfamilien, wie die Fugger und Welser investierten ab der ersten Stunde in den Kolonialismus. In der Folge versuchten Adel und Kirche den Bäuer:innen mehr und mehr abzupressen: die Abgaben stiegen, Land wurde privatisiert und die Markgenossenschaften schrittweise ausgehöhlt. Im Jahre 1495 wurde im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation die sogenannte Reichsreform durchgeführt. Diese beinhaltete zum ersten Mal eine allgemeine Steuer, welche in Geldleistungen erbracht werden musste. Außerdem wurde die Rechtsprechung zentralisiert, sodass den Dörfern ihre lokale Gerichtsbarkeit verloren ging. Die Steuer ermöglichte darüber hinaus die Finanzierung von Söldnerheeren. Es lässt sich also bereits erkennen, wie die Zuspitzung der Ausbeutung der bäuerlichen Gesellschaft in Verbindung zum Kolonialismus steht. Diesen Zusammenhang werden wir im nächsten Artikel der Reihe noch genauer untersuchen.

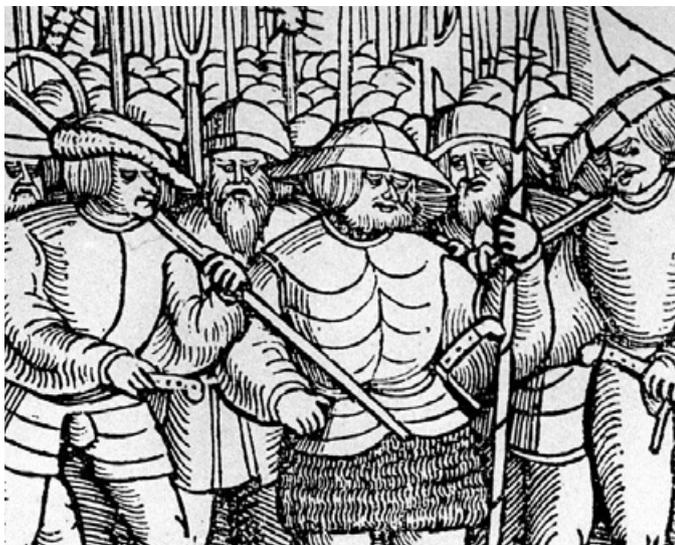
## Der Bauernaufstand von 1525

Die Verschärfung der Ausbeutung führte zu einer Reihe von Volksaufständen. Oft waren sie lokal begrenzt, doch ihre schiefe Anzahl ist beeindruckend. So sind die Bundschuh-Bewegung im Süden des Landes, die Gründung der Bauernrepublik in Dithmarschen, der Aufstand des »Armen Konrads« oder der Aufstand in Unterkrain, an dem 90.000 Bäuer:innen beteiligt

waren, nur einige wenige Beispiele dieser Zeit. Sie wurden oft mit größter Brutalität niedergeschlagen, und die Herrschenden ließen ganze Landstriche veröden.

Doch 1525 gipfelten diese Aufstände in einem flächendeckenden Aufstand der Dörfer und Städte gegen die Herrschenden, gegen Fürsten und Bischöfe. Denn zu dieser Zeit wurden die Forderungen der Bäuer:innen zum ersten Mal gedruckt und fanden dadurch eine weite Verbreitung. 25.000 Exemplare der »Artikel von Memmingen« verbreiteten sich im ganzen Land und auch über die Ländergrenzen hinaus. In ihnen ließen die Vertreter der Bäuer:innen ihr Beharren auf das Alte Recht verkünden. Die Verbreitung dieser Artikel, die unter anderem die eigenständige Steuerverwaltung durch die Gemeinde, die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Rückgabe der Allmenden forderten, führte dazu, dass sich in großen Teilen der Mitte und des Südens des Reiches bis zu 80% der Bevölkerung an den Aufständen beteiligten. Sie organisierten sich in regionalen Haufen: in Zusammenkünften von Bäuer:innen, Handwerker:innen und dem niederen Adel, die oft von ihren Dörfern und Städten gesandt waren. Sie griffen Burgen und Klöster an, denn ihr Ziel war die Zerstörung der Grundbucheinträge mit ihren Schuldausständen.

Die Herrschenden konnten diesen Aufständen kaum etwas entgegensetzen. Hinzu kam, dass die Söldnerheere des Reiches zu jener Zeit in einem Krieg in Italien gebunden waren. Außerdem gab es kaum Söldner im eigenem Land, die nicht auf der Seite der aufständischen Gesellschaft standen. So gingen die Fürsten in Verhandlungen mit den Bäuer:innen und versuchten durch Verträge und Zugeständnisse die Haufen voneinander zu spalten. Dies gelang ihnen auch teilweise, denn in den Haufen waren sowohl reformistische als auch revolutio-



Holzschnitt Bauernkrieg 1525

näre Kräfte vereint. Viele Haufen wurden von Theolog:innen der häretischen Bewegungen begleitet oder angeführt, die den materiellen Kampf um das alte Recht auf einen Kampf der Ideologien und Interpretationen der Bibel ausweiteten. Einer der radikalsten Sprecher der Haufen war Thomas Müntzer aus dem heutigen Thüringen. Er vertrat aus freiheitlicher christlicher Überzeugung die Linie, dass Herrschaft Diebstahl sei und das Paradies nur durch das jüngste Gericht, das durch die Bäuer:innen selbst ausgeführt wird, erreicht werden könne.

**»Die Grundsuppe der Dieberei sind unsere Fürsten und Herren, nehmen alle Creaturen zu ihrem Eigenthum, die Fisch im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden muß alles ihre seyn. Aber den Armen sagen sie: Gott hat geboten, du sollst nicht stehlen.«**

Thomas Müntzer

## Die Niederschlagung

Nur langsam vergrößerte sich das Söldnerheer der adligen Bünde. Sobald sie aber sahen, dass ihre Söldnerheere genügend Aussichten auf eine Niederschlagung hatten, griffen sie unbarmherzig an und verfolgten die fliehenden Aufständischen gnadenlos. Sie ermordeten alle bis zur letzten Person und brandschatzten die Dörfer und Städte. Es wird berichtet, dass alleine im Frühling der Konfrontationen 1525 3% der Bevölkerung massakriert wurden. Die Herrschenden wollten ein neuerliches Aufkeimen des Widerstands unter allen Umständen verhindern. Deshalb statuierten sie Exempel überall, wo sie vorbeizogen. Unterstützer:innen des Aufstands wurden gefoltert und verstümmelt und Beteiligte hingerichtet. Außerdem wurden Versammlungen, das Betreiben von Wirtshäusern und jedwede Festlichkeit verboten. Das Land wiederum fiel in die Hände der Sieger und wurde privatisiert. Diese große Niederlage und das Ausmaß der Gewalt führte zu einer Totenstimmung, die das Ende der bäuerlichen Aufstände dieser Zeit bedeutete. Zwar gab es auch danach immer wieder Aufstände, aber die Erinnerungen an diese Zeit prägten sich tief in die Köpfe und Herzen der Gesellschaft ein.

## Die Folgen

Damals begann hier im deutschsprachigen Raum, was wir als den Dreiklang der Spaltung bezeichnen können. Die Spaltung zwischen der Gesellschaft und ihrem Land, die Spaltung zwischen Individuum und Gesellschaft und schließlich die Spaltung zwischen dem Individuum und seinem Selbst. Die Niederschlagung der Aufstände bedeutete für die Menschen

den Verlust von ihrem Land und der Allmende, es bedeutete den Verlust von Gemeinschaft und der Möglichkeit zur Selbstbestimmung. Es macht begreiflich, was wir verloren haben und mit welcher Gewalt dieser Prozess vonstatten ging. Wenn wir an die Wurzel der Probleme unserer Zeit gehen, dann sehen wir die patriarchale Mentalität, die dieser Logik der Spaltung zugrunde liegt. Es ist die Spaltung, die für die Herrschenden notwendig war, um die Beziehungen, die ein freies Leben ermöglichen, zu zerstören. Eine Spaltung, die im weiteren Verlauf ihre Fortsetzung in der Versklavung und Kolonisierung, in der Hexenverfolgung und vielen weiteren Angriffen auf das gesellschaftliche Gefüge finden wird. Wenn die Zapatistas sagen, dass wir in Europa zwar genug Essen und Trinken haben, aber dass wir unsere Seele verkauft haben, meinen sie diesen Prozess. Sie meinen, dass wir uns von dem, was ein freies Leben ausmacht, entfremdet und abgespalten haben. Diese Spaltung zieht sich quer durch die Gesellschaft bis in unsere Köpfe und lässt uns von unserer Menschlichkeit entfremden.

### Der ewige Fluss, der das Leben hervorbringt

Obwohl der Angriff vor fast 500 Jahren ein schwerer Schlag gegen die dörflich-agrarische Gesellschaft war, hat diese nie aufgehört zu existieren. Wir finden ihre Form der moralischen Ökonomie, der Selbstversorgung und der bedingungslosen Hilfe noch heute wieder. Noch heute erzählen uns Großeltern Geschichten und Märchen, in denen wir die Moral der dörflich-agrarischen Gesellschaft wiederfinden. Noch heute verteidigen Bäuer:innen ihr Land gegen Großgrundbesitzer und große Infrastruktur-Projekte. Noch heute finden wir die Liebe für die Vielfalt unserer Gesellschaft in den unzähligen Sprachen und Dialekten, die überall erklingen. Wir finden sie in der Solidarität für Geflüchtete, in der Bereitschaft zu helfen, wo es nötig ist. Noch heute können wir selbst in Städten das Potenzial zur Selbstverwaltung, Selbstversorgung und Selbstverteidigung der Gesellschaft wiederentdecken. Doch auch wenn der demokratische Fluss der Gesellschaft immer weiter existiert, können wir unsere Augen nicht vor dem verschließen, was die Freiheitsbewegung Kurdistans als die Zuspitzung der kapitalistischen Moderne bezeichnet. Wir befinden uns mitten in einem Chaos-Intervall, inmitten der Krise des Systems deren Ausgang noch nicht entschieden ist. Die Auswirkungen dessen, was vor 500 Jahren weltweit zum System wurde, bekommen wir jeden Tag stärker zu spüren. Wir erleben das, was Öcalan als Soziozid bezeichnet: den Untergang der dörflich-agrarischen Gesellschaft. Für diese Zuspitzung sind die letzten 50 Jahre von großer Bedeutung, und so wollen wir uns am Ende der Reihe noch einmal auf diese letzten 50 Jahre fokussieren und den Niedergang der dörflichen Lebensweise und seine Auswirkungen analysieren.



Thomas Müntzer

### Das Leben verteidigen

2025 wird sich der große Aufstand der Bäuer:innen zum 500. Mal jähren. Die Artikel von Memmingen sind noch heute aktuell, und wie früher kämpfen wir um unser Land, um das alte Recht auf Selbstversorgung, Selbstverwaltung und Selbstverteidigung und für das gute Leben. 2025 werden wir den Ruf der Aufständischen wieder ins Land tragen, werden wir den Toten unsere Stimme und Hände leihen und für die Artikel der Gesellschaft kämpfen, sowie sie es die letzten 500 Jahre getan haben. 500 Jahre kapitalistische Moderne sind genug. Die 500 Jahre der Entfremdung des Menschen von der Erde, von der Gesellschaft und schließlich von sich selbst, haben sich zur Unerträglichkeit entwickelt. Sie rufen nach dem Aufbau einer demokratischen Moderne. Ihr Aufbau, auf der Grundlage einer moralisch-politischen Gesellschaft, einer kommunalen, ökologischen und geschlechtergerechten Lebensweise, wird unsere Antwort sein. Die Kämpfe vor 500 Jahren sind uns dabei Vorbild, Wegweiser und Mahnung zugleich.



Interview mit Tekoşîna Anarşîst

# Anarchist:innen in Rojava – Die Revolution ist ein Kampf für sich

Das Interview führte die Gruppe União Libertária

**Die União Libertária (UL, Libertäre Union),<sup>1</sup> eine Gruppe junger Libertärer in Portugal, traf sich mit Militanten von Tekoşîna Anarşîst (TA; Anarchistischer Kampf)<sup>2</sup> aus Rojava im Nordosten Syriens zu einem Gespräch über die Überlegungen dieser anarchistischen Gruppe Freiwilliger zu Gerechtigkeit, Kunst, Religion und was es bedeutet, »Revolutionär:in« zu sein.**

**TA war nicht nur am schwierigen Kampf gegen die Kräfte des Islamischen Staates (IS) beteiligt, sondern fungiert derzeit auch als Sanitätseinheit, hilft bei landwirtschaftlichen Arbeiten und spielt eine erzieherische Rolle.<sup>3</sup>**

**Wir haben Berichte über die Arbeit von TA außerhalb der Kriegsfront gesehen, von medizinischer Unterstützung bis hin zu Bildung. Der zweite Punkt ist für uns von großem Interesse. Könntet ihr bitte ein wenig erläutern, wie ihr mit Aufklärungskampagnen vorgeht, nicht nur bei euch selbst, sondern auch bei den lokalen Gemeinden? Gibt es irgendwelche Lehren, die ihr über die Rolle (und den Prozess) der revolutionären Erziehung weitergeben möchtet? Inwiefern seht ihr Pädagogik nicht nur als ein Werkzeug, sondern auch als einen Raum innerhalb der Kämpfe, die ihr führen müsst?**

Bildung ist das, was die Grundlagen einer neuen Gesellschaft schafft. Sie ist oft unser bestes Werkzeug, um uns und unsere Gemeinschaften zu verteidigen. Die Freiheitsbewegung Kurdistans legt sehr viel Wert auf Bildung, und das hat uns auch dazu gebracht, über unseren Ansatz nachzudenken. In Rojava ist es üblich, an mehrmonatigen Schulungen teilzunehmen,

bei denen Militante aus verschiedenen Orten nichts anderes zu tun haben, als zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Das ist keine neue Praxis in Rojava, die kurdische Bewegung arbeitet schon seit Jahrzehnten an ihren Ausbildungsmethoden. Als wir an einigen dieser Schulungen teilgenommen haben, ist uns auch aufgefallen, wie sehr unser Verständnis von Bildung mit Schule, Universität und anderen staatlichen Systemen verbunden ist. Und wie sehr wir unsere eigenen Bildungsprogramme entwickeln sollten, die von unseren eigenen politischen Ansichten und Werten geprägt sind. Dabei kann die »Pädagogik der Unterdrückten« von Paulo Freire sehr wichtige Perspektiven aufzeigen.

Revolutionäre Bildung kann alles sein, was wir tun, wenn wir auf organisierte Weise daraus lernen. Geschlossene Bildungsgänge ermöglichen es uns, ein Thema zu vertiefen, z. B. die Philosophie und die politischen Ansichten von Abdullah Öcalan kennenzulernen, die Vorschläge von Machno oder Malatesta über den organisierten Anarchismus und die verschiedenen Versuche, ihn in die Praxis umzusetzen, zu studieren oder etwas über Erste Hilfe und medizinische Versorgung in Kriegssituationen zu lernen. Aber das muss auch mit der Praxis einhergehen, die oft die beste Ausbildung ist, wie zum Beispiel dann, wenn wir in der Gesellschaft mit unseren kurdischen, arabischen und anderen Genoss:innen arbeiten, wenn wir unsere Organisation Tag für Tag aufbauen oder wenn wir als Sanitärer:innen an der Front arbeiten. Die Theorie bringt Wissen und hilft, Verständnis und Vertrauen aufzubauen, aber es ist die praktische Arbeit, die unsere Erfahrung ausmacht.

Einiges an Wissen, das wir mit uns herumtragen, ist hier rar, und es ist wichtig, es zu kollektivieren. Wir haben kurdische, arabische und armenische Genoss:innen in Erster Hilfe und taktischer Feldversorgung geschult. Wir haben auch unser Wissen und unsere Erfahrungen untereinander ausgetauscht, manchmal in kurzen Seminarformaten, manchmal in längeren geschlossenen Schulungen. Dies half uns, unsere Kapazitäten und einen gemeinsamen Rahmen als Organisation aufzubauen, sowohl praktisch als auch ideologisch. Mit der Zeit haben sich unsere Methoden und Bildungssysteme immer mehr an unsere Bedürfnisse angepasst und spiegeln nicht nur wider,

<sup>1</sup> <https://uniaolibertaria.pt>

<sup>2</sup> <https://tekosinaanarsist.noblogs.org/>

<sup>3</sup> Quelle: UL-Interview, übersetzt aus dem englischen Original von Batata Pala (AGZK; <https://www.instagram.com/agzk038>), veröffentlicht in der vierteljährlich erscheinenden portugiesischen Zeitung MAPA (<https://www.jornalmapa.pt/2023/09/23/anarquistas-em-rojava-a-revolucao-e-uma-luta-em-si-mesma>) und auf der Website der UL.

was wir lehren und lernen wollen, sondern auch, wie wir es tun wollen. Für einige Genoss:innen ist es hilfreich, mehrere Stunden lang ein Seminar zu lesen oder zu hören, für andere ist es besser, Dinge zu tun und in der Praxis zu lernen. Wir versuchen, dies im Auge zu behalten, aber auch uns selbst herauszufordern, indem wir z. B. Genoss:innen, die mit akademischen Bereichen vertrauter sind, ermutigen, an der Basis zu arbeiten, und indem wir die ideologische Entwicklung und theoretische Arbeiten mit denen vorantreiben, die mehr an der praktischen Arbeit orientiert sind.

**In früheren Erklärungen habt ihr die Notwendigkeit für Revolutionär:innen diskutiert, sich von individualistischen, egoistischen Denkweisen zu lösen, ebenso wie von Fragen des Egos im Umgang mit Genoss:innen und der Organisation. Wie habt ihr es innerhalb von TA geschafft, mit solchen Denkweisen umzugehen? Wir kennen diese Auffassung, wonach sich Anarchismus und revolutionärer Kampf ständig auf einer schwierigen Linie zwischen Lebensstil und Bequemlichkeit bewegen, die es uns nicht erlaubt, sinnvolle Beziehungen auf dem Pfad zur Befreiung aufzubauen. Gibt es irgendwelche Lehren oder Warnungen aus euren eigenen Aktivitäten, die geteilt werden können?**

Das ist eine sehr schwierige Frage, denn das ist eine der größten Herausforderungen, vor denen wir stehen. Der Anarchismus hat immer über die Widersprüche zwischen einzelnen Militanten und der Notwendigkeit revolutionärer Organisationen diskutiert. Wir arbeiten daran, diese Punkte auszugleichen, denn wir sehen auf beiden Seiten sehr wichtige Argumente. Wie viele Anarchist:innen vor uns sind wir zu dem Schluss gekommen, dass Organisation eine Notwendigkeit ist, nicht als Ziel an sich, sondern als Mittel zum Zweck. Wir akzeptieren keine unnötigen Hierarchien und schätzen die Individualität unserer Militanten, wobei wir uns oft auf die Idee beziehen, dass es »keine Organisation ohne Militante und keine Militanten ohne Organisation« gebe. Damit wollen wir auch auf die Bedeutung der individuellen Verantwortung gegenüber der Organisation sowie der kollektiven Verantwortung der Organisation gegenüber den Einzelnen hinweisen.

Militante:r in einer revolutionären Organisation zu werden, bringt individuelle und kollektive Widersprüche mit sich. Die wichtigsten Aspekte unserer Persönlichkeiten sind durch die Gesellschaften geprägt, in denen wir aufgewachsen sind. Das Leben in der kapitalistischen Moderne beruht auf der Individualisierung. In der Schule, am Arbeitsplatz, in den Medien, die wir konsumieren, wird uns gesagt, dass die individuelle Freiheit alles ist, was zählt. »Deine Freiheit endet dort, wo die Freiheit der anderen beginnt«, das ist oft der Leitgedanke un-

serer Gesellschaften. Damit wird die kollektive Zugehörigkeit gezeugnet, und es werden individualistische Denkweisen und Werte gefördert. Es ist daher nicht verwunderlich, dass der individualistische Anarchismus in den kapitalistischen Gesellschaften, aus denen wir kommen, gedeiht, denn er knüpft an die individualistischen Werte an, die der Liberalismus fördert. Wir wollen das in Frage stellen. Wir glauben, dass unser einziger Ausweg Solidarität und gegenseitige Hilfe ist, und dafür müssen wir den tief verwurzelten Individualismus, den wir alle in uns tragen, in Frage stellen.

Individualismus kann viele Formen annehmen. Einige sind offensichtlicher, wie Egoismus, Elitismus oder Narzissmus; aber subtilere Formen können mehr Zeit brauchen, um bemerkt zu werden, wie die Verweigerung von Hilfe, wenn sie gebraucht wird, das Nichtteilen von Informationen oder Wissen mit Genoss:innen, das Nichtzuhören oder das Nichtberücksichtigen von Vorschlägen und Ideen anderer. Wir alle haben Spuren von Individualismus, und sie sind oft mit unserem Ego und dem Bild verbunden, das wir von uns haben und projizieren. Um dies zu überwinden, müssen wir in der Lage sein, uns selbst und andere sowie unsere Art der Beziehung zu bewerten. Kritik und Selbstkritik gehen Hand in Hand, wir müssen in der Lage sein, unsere Unzulänglichkeiten anzuerkennen, um uns sinnvoll mit den Unzulänglichkeiten anderer auseinanderzusetzen. Uns selbst einzugestehen, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem, wie wir uns selbst wahrnehmen/wie wir wahrgenommen werden wollen, und dem, wie andere uns wahrnehmen, kann schmerzhaft sein. Die Anerkennung dieser Diskrepanz eröffnet uns jedoch die Möglichkeit, uns weiterzuentwickeln. Jeder Mensch hat diese Kluft, bei manchen ist sie größer, bei manchen kleiner, und wenn wir sie in Frage stellen, können wir Raum schaffen, um zu wachsen und zu lernen. Wenn wir uns dies vor Augen halten, können wir bessere Beziehungen aufbauen, die auf Ehrlichkeit und Vertrauen beruhen.

Vertrauen ist in unserer Gesellschaft Mangelware. Es ist viel einfacher zu lernen, zu misstrauen, Angst vor den Nachbar:innen zu haben, auf den Kolleg:innen herumzutrampeeln, um die Oberhand zu gewinnen und ein besseres Stück vom Kuchen zu bekommen. Der Kapitalismus beruht auf dem Wettbewerb, auf der Lüge und dem Selbstverkauf, auf der Gesellschaft des Spektakels. Es gibt keinen Platz für Ehrlichkeit und Vertrauen in einem System, das auf Leistung beruht, auf dem Anschein dessen, was man eigentlich nicht ist, auf dem Vortäuschen von Leistung und dem Glauben, es eines Tages zu schaffen. Ehrlichkeit und Transparenz gegenüber unseren Genoss:innen setzt Verletzlichkeit voraus. Uns wurde beigebracht, diese Dinge zu verbergen, anderen unsere Schwächen nicht zu zeigen, uns als die allwissende Person zu präsentieren, die alles tun kann, was nötig ist. All diese individualistischen Züge wirken gegen uns, besonders in schwierigen Momenten,

wenn Stress und Schwierigkeiten die Dinge ans Licht bringen, die wir zu verbergen suchen.

Wir haben an diesen Themen gearbeitet, indem wir Instrumente wie Tekmil<sup>4</sup> und Plattform, die wir von der Freiheitsbewegung Kurdistans gelernt hatten, in die Praxis umgesetzt haben. Wir haben auch andere Methoden erforscht, und in letzter Zeit haben wir unser Wissen über Konfliktlösung mit Wiederherstellungskreisen und transformativer Gerechtigkeit vertieft. Transformative Gerechtigkeit bietet einen guten Ansatz, der mit unseren ideologischen Werten verbunden ist und sich an Themen wie Verantwortung und Rechenschaftspflicht orientiert, die immer die Grundlage unserer Organisation sein sollten. Wir haben gelernt, dass Organisation ein Kampf in sich selbst ist und dass Widersprüche, Konflikte und Herausforderungen immer in unserer Organisation auftauchen werden. In Abwesenheit hierarchischer Strukturen ist die Art und Weise, wie wir Entscheidungen treffen und wie wir Konflikte lösen, ein sehr wichtiger Teil unserer Organisation.

**Wie werden in der Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien (AANES) zwischenmenschliche Konflikte im Allgemeinen gelöst? Wir haben mehrere abstrakte Perspektiven gesehen, aber nur wenige tatsächliche Berichte über die Prozesse der Gerechtigkeit und Gleichheit; wie werden solche Fragen behandelt? Haben die verschiedenen autonomen Gruppen die Freiheit, sie »intern« zu lösen? Sind alle Konfliktlösungen zentralisiert?**

In der AANES sind derzeit zwei Rechtssysteme im Spiel. Eines, das der staatlichen Justiz ähnelt, und eines, das eher auf der kommunitären Justiz basiert. Das kommunitäre System besteht aus bäuerlichen Konsensausschüssen und lokalen Räten, die sich häufig aus religiösen Führern und Gemeindeältesten zusammensetzen. Diese ermutigen die Menschen, Verantwortung für ihre eigenen Probleme zu übernehmen und diese selbst in die Hand zu nehmen. Doch leider funktioniert dieses System nicht so gut. Deshalb werden viele Konflikte nach wie vor durch das staatsähnliche Rechtssystem gelöst, das zur Hälfte vom Al-Assad-Regime übernommen und zur Hälfte von der Autonomieverwaltung neu organisiert wurde. Es handelt sich um eine unglückliche Mischung, die mit den vorhandenen Mitteln in einer schwierigen Situation funktioniert. Die Anwält:innenvereinigung spielte eine wichtige Rolle, ebenso wie die Bemühungen, den AANES-»Gesellschaftsvertrag« zu verfassen, eine Art Verfassung, die alle paar Jahre in Gesprä-

chen mit verschiedenen politischen und sozialen Organisationen überarbeitet wird.

Die Gründe, die die Autonomieverwaltung dazu veranlasst haben, sich mehr um die Neuordnung des allgemeinen Rechtssystems zu bemühen, anstatt die kommunalen Justizräte zu fördern, sind uns nicht ganz klar. Wir schlagen vor, sich direkt an den Justizausschuss der AANES zu wenden, der diese Frage sicher besser beantworten kann. Daneben gibt es noch die autonomen Frauenstrukturen wie die Frauenhäuser (mala jin) und das Frauenrecht. Diese spielten und spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von geschlechtsspezifischen Problemen und bei der Suche nach Lösungen für Familienkonflikte, die Frauen betreffen (Heirat, Scheidung, Missbrauch usw.).

Räte, Ausschüsse, Gemeinden und autonome Organisationen haben einen gewissen Spielraum, um Konflikte »intern« zu lösen. Wie genau vorgegangen und ob das staatliche Rechtssystem einbezogen wird, hängt von der Art und Größe des Konflikts sowie von den beteiligten Personen und Gruppen ab. Bei Verbrechen, die große soziale Auswirkungen haben, wie brutalen Morden oder organisiertem Verrat (Weitergabe von Informationen an die Türkei, die zur Ermordung von Revolutionär:innen verwendet werden, oder Unterstützung des IS bei der Planung und Durchführung von Anschlägen), gab es bereits Volksgerichtsverfahren. Bei diesen Prozessen kommen verschiedene Vertreter:innen der sozialen Gemeinschaft zusammen, insbesondere diejenigen, die von der zu verurteilenden Straftat stärker betroffen sind, und entscheiden als Volksgerichte über das Strafmaß.

Für unsere Organisation und für Organisationen in Europa halten wir es für wichtig, dass wir den Wert der transformativen Gerechtigkeit verstehen und dass wir Kapazitäten aufbauen, um Alternativen zum System der juristischen »Gerechtigkeit« anzubieten, das ein rassistischer, ableistischer Strafschwindel ist und eng mit der nationalstaatlichen Macht verbunden. Das Thema der transformativen Gerechtigkeit liegt in linken Kreisen in Europa schon seit einiger Zeit auf dem Tisch. Wir sehen, dass es jetzt langsam in eine praktischere Phase übergeht. Beginnen wir mit kleinen praktischen Anpassungen; sobald wir einige Erfahrungen aus dem täglichen Leben gesammelt haben, können und sollten wir sie mit etwas Lektüre/Studium/Theorie ergänzen. Konfliktlösung kann nicht aus Büchern gelernt werden, ihre Grundlagen können nur in der Praxis erlernt werden. Bücher werden sehr hilfreich sein, um uns zu verbessern, aber nur, wenn wir sie bereits in die Praxis umsetzen. Wir werden viele Fehler machen müssen, und das ist gut so. Wir müssen viel von den staatlich verordneten Systemen der »Gerechtigkeit« verlernen. Wir machen einen unvollkommenen Anfang, indem wir Instrumente wie Tekmil, Wiederherstellungszirkel und autonome Frauenstrukturen nutzen, um darauf aufzubauen.

<sup>4</sup> Tekmil ist der kurdische Begriff für eine Form von Selbstkritik und Kritik. Es ist eines der wichtigsten Werkzeuge der kurdischen Bewegung in ihrer Art und Weise der Organisation. Jede:r hat am Ende von Versammlungen, Aktionen usw. die Möglichkeit zu analysieren, zu kritisieren und sich selbst zu kritisieren, damit sich jede:r individuell und kollektiv aus einer revolutionären Perspektive heraus weiterentwickeln kann.



Tekoşîna Anarşîst war nicht nur am Kampf gegen den IS beteiligt, sondern fungiert derzeit auch als Sanitätseinheit und hilft bei landwirtschaftlichen Arbeiten | Foto: tekosinaanarşist.noblogs.org

**Wie steht es um die Kunst in Rojava und darum, sich selbst ausdrücken zu können? Gab es die Möglichkeit und den Raum für Menschen, ihre künstlerischen Kreationen aufzuführen, zu schaffen oder zu zeigen? Wie wird dies aufgenommen? Wie haben sich die wechselnden Facetten des Konflikts ausgewirkt?**

Tevgera Çand û Hunera Demokratîk a Mezopotamya (TEV-ÇAND, die Organisation für Kunst und Kultur) ist eine Koordination aller Kunst- und Kulturzentren, die es in jeder Stadt gibt. Die meisten dieser Zentren haben verschiedene Sparten, wie Tanz, Musik, Theater, Kino, Malerei, Literatur, Bildhauerei usw. Sie fördern vor allem die Kunst im Zusammenhang mit der kurdischen Kultur, Sprache und Identität. Jede ethnische Gruppe wird ermutigt, ihre eigene traditionelle Kunst und Kultur zu fördern und gleichzeitig Raum für andere Kunstformen außerhalb der folkloristischen Tradition zu schaffen. TEV-ÇAND verfolgt einen politischen Ansatz in Bezug auf die Kunst und betrachtet sie als ein Mittel, um die Werte der Revolution zu vermitteln und zu verbreiten. Einige erfolgreiche Beispiele sind Hunergeha Welat<sup>5</sup> – mit ihrem YouTube-Kanal, auf dem neue Lieder und Videoclips aus Rojava veröffentlicht werden – oder die Komîna Film a Rojava<sup>6</sup> – die Kinokommune, die mehrere Filme, Kurzfilme und Clips produziert hat. Letztere veröffentlichte kürzlich eine Serie über Rojava mit dem Titel »Evîna Kurd« (Kurdische Liebe).

5 <https://www.youtube.com/c/HunergehaWelat>

6 <https://www.youtube.com/@kominafilmrojawa5677>

Die lokalen Gruppen treten oft bei lokalen Feiern, an Festtagen und bei anderen kulturellen Veranstaltungen auf. In den letzten Jahren haben einige dieser Gruppen und Künstler:innen an Erfahrung gewonnen und sind professioneller geworden, und wir sehen ihre Kunst in verschiedenen Theatern, Ausstellungen und Veranstaltungen. Kunst wird als volkstümlicher und kultureller Reichtum angesehen, und es gibt keinen Prozess der Kommerzialisierung in diesem Bereich. Theater, Kino und Musik werden kostenlos aufgeführt und weitergegeben, und wir haben noch nie eine kulturelle Veranstaltung mit Eintrittspreisen gesehen. Dies ist Teil des politischen Ansatzes für Ethik und Ästhetik, der gefördert wird. Um es kurz zu

machen, können wir einfach auf die Bemühungen hinweisen, Ästhetik mit politischen und ethischen revolutionären Werten zu verbinden. Dieser Ansatz stellt die Schönheitsnormen in Frage, die die kapitalistische Moderne aufzuerlegen versucht, und betrachtet die Kunst als Ausdrucksmittel der Menschen, der Gesellschaft und ihrer Werte. Viele Kunstwerke sind mit dem Widerstand gegen den IS und den türkischen Faschismus verbunden, mit besonderem Augenmerk auf dem Widerstand der Frauen und der YPJ (Frauenverteidigungseinheiten), aber auch mit den historischen Wurzeln und Kämpfen des kurdischen Volkes.

In dieser Herangehensweise an die Kunst können wir einen Wandel erkennen, den die Revolution mit sich brachte und der vielleicht schon vor Rojava begann. Das kurdische Kino des 20. Jahrhunderts ist oft tragisch und handelt von den Massakern und dem Exil, die das kurdische Volk erlitten hat. Auch Dengbêj, eine Art traditioneller Lieder/Gedichte, ist durchdrungen von Geschichten über zerstörte Dörfer, ermordete Familien und verwaiste Kinder. In diesem neuen Jahrhundert hat die kurdische Kunst begonnen, ein neues Bild zu zeichnen. Eines, das die Kurd:innen nicht nur als Opfer unmenschlicher Tragödien, sondern auch als Akteur:innen des Wandels darstellt. Die Lieder der YPG und YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten), die den IS besiegen, oder der in den Bergen kämpfenden Guerillas, die neuen Filme über den Widerstand in Sûr oder in Kobanê, die großen Feiern zu Newroz (dem kurdischen Neujahr) sind Beispiele für eine Wiedergeburt des kur-

dischen Volkes und seinen Willen zum Widerstand. Sie sind nicht nur ein Volk, dessen Glaube leidet, sie sind ein staatenloses Volk, dessen Land besetzt worden ist und dessen Dörfer niedergebrannt wurden. Sie haben aus anderen antikolonialen Kämpfen und aus revolutionären Bewegungen der nationalen Befreiung gelernt und werden ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Sie werden ihr Land und ihre Kultur verteidigen und eine Zukunft für die nächsten Generationen aufbauen, mit Waffen, aber auch mit Musik, Tanz und Kino.

**Was ist die Ansicht von TA über die Rolle der Religion und wie hat dies eure Fähigkeit beeinflusst, Verbindungen und Beziehungen zu lokalen Gemeinschaften herzustellen? Gab es Herausforderungen oder Veränderungen in der Haltung der Militanten? Im Westen kämpfen wir damit, Antiklerikalismus [Position gegen die Eliten der religiösen Institution; Anm. d. Red.] von grundlegender Islamophobie und Eurozentrismus zu trennen. Welche Lehren habt ihr aus eurem Einsatz in kurdischen und arabischen Gesellschaften gezogen?**

Religion ist für uns nicht das Problem, wenn sie mit den Menschen und der Ethik verbunden ist, sondern wenn sie mit Macht und Herrschaft verbunden ist. Es ist diese Machtausübung, gegen die wir sind, was ihr auch mit dem Antiklerikalismus anspricht. Einige Anarchist:innen kamen mit einem atheistischen Hintergrund hierher, und wenn wir nach unserer Religion gefragt werden, ist es für uns einfach zu antworten, dass wir keine Religion haben. Aber diese Antwort wird oft so verstanden, als ob wir keine Ethik hätten, und das hat uns auch zum Nachdenken darüber gebracht, dass die meisten von uns, auch wenn sie keine praktizierenden Christ:innen sind, in einer christlichen Kultur aufgewachsen sind.

Wir geben euch recht, dass wir im Westen schlecht darin sind, Antiklerikalismus von Islamophobie und Eurozentrismus zu trennen. Die Gesellschaft, in der wir leben, ist mehrheitlich muslimisch (mit kleinen Minderheiten anderen Glaubens), fast jede:r glaubt an den Koran, auch wenn sich nicht jede:r als praktizierende:r Muslim:a bezeichnet. Diese Realität bildet die Grundlage für unsere Arbeit mit den Menschen hier. Wir sollten verstehen, welche Bedeutung die Religion für die Menschen und die einheimischen Genoss:innen hat. Es ist sehr hilfreich, ein wenig oder viel über den Islam zu wissen, wenn wir mit den lokalen Genoss:innen diskutieren. Mit der Religion für eine revolutionäre Perspektive zu argumentieren, ist eine Taktik, die sich als erfolgreich erwiesen hat. Es ist notwendig, die religiöse Überzeugung der Menschen zu respektieren, aber gleichzeitig kritisieren oder hinterfragen wir die Genoss:innen, wenn sie dadurch zu Handlungen verleitet werden, die nicht im Einklang mit den revolutionären Werten stehen. Es gibt Bestrebungen, einen demokratischen Islam aufzubauen, der sich

mit der ethischen Seite der islamischen Religion befasst und nicht so sehr mit der Scharia. Dies ist ein notwendiger Prozess, um mit den Folgen des islamistischen Fundamentalismus fertigzuwerden, der vom IS als theokratischer Faschismus ausgeübt wird. Auch wenn es von außen so aussieht, als gebe es den IS nicht mehr, geht der Kampf gegen ihre Ideologie hier weiter. In einigen Regionen der AANES ist die IS-Ideologie immer noch weit verbreitet, und es wird Zeit und Mühe kosten, bis sich alle auf einen demokratischen Islam zubewegen.

**Anarchistische und so genannte revolutionäre Bewegungen in Europa haben jahrzehntelang darum gerungen, etwas zu finden, das unsere eigenen Schwächen und unsere Kleinheit überwinden kann, indem sie sich mit alten und neuen Methoden auseinandergesetzt haben. Was ist eure Perspektive dazu? Stimmt ihr dem zu oder habt ihr das Gefühl, dass sich die Bewegungen selbst beschränken, und wenn ja, warum? Fehlender Einsatz von aufständischer Gewalt, fehlende Strukturen zur Führung des Kampfes, fehlende Ressourcen, fehlende Überzeugung?**

Dies ist ein sehr wichtiger Punkt und eine sehr wichtige Frage, die ihr hier aufwerft. Wir stimmen zu, dass sich die Bewegungen selbst einschränken. Wir sehen das Problem im Kern darin, dass es an Organisationen mangelt, die langfristige Zielperspektiven schaffen und fördern können, da wir derzeit hauptsächlich auf Sympathie basierende Gruppen mit kurzfristigem Denken sehen.

Die Welle des Aufstands in den 90er Jahren, besonders in Italien, brachte eine kurzfristige Kampfperspektive, die die Effektivität zu fördern schien. In gewisser Weise hat das funktioniert, allerdings um den Preis, dass die Organisierungsfähigkeit untergraben wurde. Organisierungsfähigkeit ist entscheidend. Indem wir eine Organisation wurden, haben wir als TA nun die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, wir müssen nicht ständig neu anfangen. Wir können auch dauerhafte Projekte und Beziehungen aufbauen, wir können unser Verständnis vertiefen und von anderen Organisationen lernen, die sich abgemüht haben und abmühen. Nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch auf organisatorischer Ebene. Das bedeutet, dass dieses Wissen und diese Erfahrungen nicht mehr nur an eine Person, eine Zelle oder eine Gruppe gebunden sind, sondern dass sich die gesamte Organisation damit befasst. Dadurch wird unsere Kapazität als Organisation erheblich gesteigert.

Es ist nicht einfach, sich als revolutionäre Organisation zu entwickeln, darüber haben wir bereits gesprochen. Wir müssen mit der liberalen individualistischen Denkweise brechen, die so tief mit der kapitalistischen Sozialisation verwurzelt ist. Unsere Gesellschaften sind um diese kapitalistischen Werte herum organisiert, und um sie zu verändern, müssen wir unsere

eigenen Werte und sozialen Institutionen entwickeln, um die Gesellschaft, die wir wollen, vorwegzunehmen. Die Dinge, die ihr erwähnt, die in anarchistischen Bewegungen fehlen (Strukturen, um den Kampf zu lenken, Ressourcen, Überzeugung, Aktion), können oft mit dem Mangel an Organisation zusammenhängen. Wenn wir isoliert sind, als Einzelpersonen oder in kleinen Gruppen, nimmt unsere Fähigkeit ab, die Gesellschaft um uns herum zu beeinflussen und zu verändern. So, wie wir viele Dinge in Rojava lernen können, gibt es auch viele Lektionen, die wir von den anarchistischen Organisationen in Lateinamerika übernehmen können. Die Ideen des »especificismo«, eines theoretischen Rahmens, der auf die Entwicklung spezifischer anarchistischer Organisationen ausgerichtet ist, sind das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe. Wir können sie bis zu den plattformistischen Vorschlägen von Pjotr Arschinow und Nestor Machno zurückverfolgen, die jedoch in der Praxis von der Federación Anarquista Uruguaya (FAU) entwickelt wurden. Als portugiesische Anarchist:innen habt ihr leichten Zugang zu den Materialien und Texten, die von brasilianischen anarchistischen Organisationen entwickelt wurden.

**Kürzlich gab es Kritik daran, dass sich die westliche Linke auf die entstehenden anarchistischen Bewegungen in der Ukraine konzentriert habe und ihnen Ressourcen habe zukommen lassen. Diese Bewegungen ohne echte autonome Strukturen und eingebettet in staatlich gelenkte Armeen haben großzügige Unterstützung und Mittel erhalten, während nichtweiße Bewegungen um einen Bruchteil dieser Unterstützung kämpfen mussten. Stimmt ihr mit dieser Kritik überein?**

Wir nehmen an, ihr bezieht euch auf den Artikel »Anarchist who Fought in Rojava: Response to ›No War But Class War Debate«, der auf Abolition Media zu finden ist.<sup>7</sup> Wir stimmen mit dem Artikel überein, dass der Umfang der Ressourcen, die von westlichen Linken in die Ukraine geschickt wurden, in keinem Verhältnis zu der Menge an materieller Unterstützung steht, die die Genoss:innen in Nordostsyrien erhalten haben, vor allem wenn man bedenkt, dass die Revolution hier so explizit in der libertären revolutionären Ideologie und Praxis verwurzelt ist, während dies für die Ukraine eher fraglich ist, wie der Artikel hervorhebt. »Solidarität ist etwas, das man in den Händen halten kann« – ein Slogan, der von der antiimperialistischen Gruppe KAK, die in den 70er Jahren in Dänemark

aktiv war,<sup>8</sup> populär gemacht wurde –, ist eine Aussage, in der wir uns sehr gut wiederfinden können. Während die AANES eine ganze Reihe von Solidaritätsbildern, Sensibilisierungskampagnen, diplomatischen Kampagnen usw. als materielle, finanzielle oder sonstige Unterstützung erhalten hat, die wir »in Händen halten« können, hat die westliche Linke sich nicht ernsthaft darum bemüht.

Abgesehen davon dauert der Krieg in der Ukraine seit etwas mehr als einem Jahr an, der Krieg in Rojava seit über zehn Jahren. Natürlich haben diese Zeitspannen auch eine Auswirkung. Die Ukraine ist in den Nachrichten und wir nicht, und wir werden es auch nicht sein, bis zu einer neuen Invasion, und selbst dann werden wir nur einen Bruchteil der Medienaufmerksamkeit erhalten, die die Ukraine bekommt. Wenn wir über die Ukraine und Rojava hinausblicken, fragen wir uns: Wer hat sich den völkermörderischen Krieg in Tigray oder den jüngsten Krieg im Sudan angesehen? Wer hat die materielle Unterstützung für diese Konflikte organisiert? Die Selbstverteidigungskräfte des Volkes von Tigray haben eine lange revolutionäre Tradition mit einem Projekt, das den Ideen des Demokratischen Konföderalismus ähnelt. Im Sudan haben wir vor kurzem eine militärische Eskalation erlebt, nachdem große Mobilisierungen und Aufstände das Land erschüttert hatten, das über eine bemerkenswerte und für die meisten afrikanischen Länder ungewöhnliche anarchistische organisierte Bewegung verfügte. Aber es werden nur wenige Artikel darüber geschrieben und noch weniger anarchistische Bücher über diese Konflikte diskutiert. Es ist auch nicht fair, dass diese Bewegungen wenig bis gar keine Medienberichterstattung, geschweige denn materielle Unterstützung erhielten. Das ist ein Teil des Kolonialismus, den wir zu bekämpfen versuchen. Für uns ist das auch ein Grund, bei Rojava zu bleiben, wo die Werte des Antikolonialismus sehr lebendig sind.

Um auf die Ukraine zurückzukommen: Anarchist:innen haben seit Beginn des jüngsten Konflikts gekämpft, sie waren auf dem Maidan-Platz und versuchten, sich dort zu organisieren. Wahrscheinlich ist dies nicht der richtige Ort, um darüber zu diskutieren, wie sehr diese Bewegung in der historischen anarchistischen Bewegung in der Ukraine verwurzelt ist, mit der Schwarzen Armee zur Befreiung der Bäuer:innen und der Machno-Revolution, aber heutzutage ist die Präsenz von Anarchist:innen entscheidend, um das nationalistische Narrativ der Rechtsextremen in Frage zu stellen, das von Anfang an eine dominierende Präsenz bei den Protesten in der Ukraine hatte. Wir haben als Anarchist:innen die Verantwortung, in solchen Zeiten unseren Platz einzunehmen, wir können nicht

<sup>7</sup> <https://abolitionmedia.noblogs.org/post/2022/04/18/anarchist-who-fought-in-rojava-response-to-no-war-but-class-war-debate>

Der Autor des fraglichen Artikels vom 18. April 2022 beginnt mit den Worten: »Ich verließ Rojava vor nun fast drei Jahren und bis jetzt habe ich entschieden zu schweigen und das Schreiben denen zu überlassen, die lieber reden als handeln. Ich habe zugesehen, wie die Ukrainer:innen innerhalb des westlichen anarchistischen Milieus mehr Unterstützung erhalten haben, als die Kurd:innen, Araber:innen, Assyrer:innen, Êzîd:innen und andere sich jemals hätten vorstellen können.«

<sup>8</sup> »Kommunistisk Arbejdsreds« (Kommunistischer Arbeitskreis, KAK), 1963–1978; der Fokus seiner Arbeit lag auf der internationalen Solidarität mit unterdrückten Völkern, besonders durch die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt«, u. a. auch mit erbeutetem Geld aus bewaffneten Banküberfällen. Er hatte engere Kontakte zur palästinensischen PFLP.

den Rechtsextremen den ganzen Raum überlassen, denn wenn wir das tun, werden sie ihn sich nehmen. Nun ist die aktuelle Situation in der Ukraine keine Revolution, die mit unseren Prinzipien übereinstimmt, aber es ist unsere Aufgabe, unsere Prinzipien in den Vordergrund zu stellen und sie bekannt zu machen. Wir können Malatesta zitieren: »Wir sind auf jeden Fall eine der Kräfte, die in der Gesellschaft wirken, und die Geschichte wird, wie immer, in den Richtungen fortschreiten, die sich aus allen Kräften ergeben.«

Historisch gesehen stehen Krieg und Revolution in einem wichtigen Zusammenhang. Ein Kriegsumfeld führt an manchen Orten dazu, dass die staatliche Autorität ins Wanken gerät und die Autorität zerfällt. Der Staat ist nicht mehr immer da, um den Menschen Infrastruktur und Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet, dass es oft Gelegenheiten gibt, den Menschen bei der Selbstorganisation und Verwaltung zu helfen, zunächst vor allem im Sinne der gegenseitigen Hilfe und Solidarität. Dies ist eine Situation, in der es nützlich sein kann, unsere Ideologie unter die Leute zu bringen und in die Praxis umzusetzen, um unsere Tendenz zu stärken, wie Malatesta sagt.

Wir unterstützen unsere anarchistischen Genoss:innen, die in der Ukraine kämpfen, wir verfolgen einen Ansatz der kritischen Solidarität mit dem Volk der Ukraine und wollen uns mit den Widersprüchen auseinandersetzen, die er aufwirft, und nicht in einen binären und dogmatischen Ansatz verfallen. Wir möchten eure Aufmerksamkeit auch auf die Genossen Leschij und Çiya lenken, die beide Zeit in der AANES verbracht haben und zusammen mit anderen anarchistischen Genoss:innen an der ukrainischen Front gefallen sind. Wir trauern um diesen Verlust und wollen aus ihrem Leben und ihren Entscheidungen lernen. Sie zeigen uns auch einen Weg der differenzierten Analyse und Überlegung, der Raum für die Widersprüche lässt, die unweigerlich auftauchen, wenn wir uns in der Revolution die Hände schmutzig machen. Wir stimmen mit dem Genossen oder der Genossin überein, der/die den Artikel geschrieben hat, dass es sehr einfach ist, von einem bequemen Sessel aus puristisch die in der Ukraine und in Rojava getroffenen Entscheidungen zu bewerten. Durch die Teilnahme an einer tatsächlichen Revolution oder einem bewaffneten Konflikt wird schnell klar, dass es oft keine »sauberen« oder klaren Lösungen gibt und dass ein:e Revolutionär:in in Taten und nicht nur in Worten zu sein bedeutet, ein tieferes Verständnis für differenzierte Analysen und Widersprüche zu erlangen.

### **Wie können wir euch bei TA unterstützen, materiell oder anderweitig?**

Die wichtigsten Punkte, bei denen wir uns eure Hilfe vorstellen können, sind: a) ideologische Entwicklung, b) engagiertes

Netzwerk, c) Widerstand gegen Repression, d) Militante, e) Ressourcen.

a) Die ideologische Entwicklung des anarchistischen Kampfes ist die Grundlage für unser Vorankommen. Wir sehen, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem wir als europäische Anarchist:innen erkannt haben, dass eine Organisation auf der Basis von Affinität allein nicht ausreicht. Wir brauchen anarchistische Organisationen oder Strukturen, die uns nicht nur aufgrund persönlicher Affinität, sondern auf organisierte Weise zusammenhalten, um langfristig denken und eine umfassendere Strategie entwickeln zu können. Indem wir die anarchistische Ideologie und Praxis in unserem aktuellen Kontext weiterentwickeln, stärken wir uns gegenseitig.

b) Engagierte Netzwerke sind eine Grundlage für den Austausch von Diskussionen, Projekten, Ressourcen und Erfahrungen. Wir sehen dies im Aufbau langfristiger Beziehungen zu soliden Organisationen, und ein solcher Austausch kann durch Besuche und den Austausch von Militanten sowie andere Formen der Kommunikation erfolgen. Bezogen auf den Punkt der ideologischen Entwicklung umfasst dies das gegenseitige Lesen und Besprechen von Stellungnahmen und Briefen, das Lernen aus den Erfahrungen der anderen und das Geben von Rückmeldungen, Vorschlägen und Kritik dazu.

c) Netzwerke führen auch zum Widerstand gegen Repression. In den vergangenen Jahren wurden Militante, die in Rojava waren, und die kurdische Bewegung im Allgemeinen zunehmend kriminalisiert. Nicht wenige Genoss:innen sitzen im Gefängnis oder haben andere rechtliche Probleme. Wir brauchen überall Anarchist:innen, die sich gegen diese Kriminalisierung wehren.

d) Wir brauchen mehr Militante, die sich uns in Rojava anschließen, um hier zu kämpfen und zu entwickeln. Es besteht auch die Möglichkeit für Genoss:innen, die bereits in Europa organisiert sind, sich uns hier anzuschließen und gleichzeitig mit ihrer europäischen Organisation verbunden zu bleiben. Wir würden das sogar sehr begrüßen. Wir sehen darin einen möglichen Weg, die Beziehungen zwischen unserer Organisation und anarchistischen Organisationen in Europa zu stärken.

e) Was Material konkret betrifft, so brauchen wir Geld. Da sich von Zeit zu Zeit ändert, welche Materialien wir genau benötigen, kann ihr direktes Verschicken etwas schwierig sein. Wir können jedoch darüber sprechen, wenn der Wunsch besteht, so etwas zu tun. Wenn wir Geld direkt zur Verfügung haben, können wir es den dringendsten Bedürfnissen zuweisen und bei Bedarf in jeder sich ändernden Situation Anpassungen vornehmen.



Erklärung der Grundsätze der Konferenz »Jugend schreibt Geschichte«

# »Junge Menschen aller Länder, vereint euch und verändert diese Welt!«

Vom 3. bis 5. November 2023 fand in Paris in der Tradition revolutionärer Jugendkonferenzen die Weltjugendkonferenz »Youth Writing History« statt. Das Vorbereitungskomitee hatte Jugendliche aus aller Welt dazu aufgerufen, als revolutionäre Jugend zusammenzukommen und den demokratischen Weltjugendkonföderalismus auszurufen.

**W**ir, die Jugend der Welt und die Menschheit als Ganzes, sind derzeit mit einer Systemkrise von nie dagewesener Intensität konfrontiert. Die ökologische Katastrophe verschlimmert sich täglich, Kriege nehmen überall zu, Nationalismus und faschistische Bewegungen breiten sich auf der ganzen Welt aus. Das kapitalistische Weltsystem zerstört zur Befriedigung seines unendlichen Profitstrebens die Umwelt und beraubt die Menschheit letztlich ihrer Lebensgrundlagen. Die Folgen erleben wir überall. Sei es in unserem persönlichen Leben oder in unserer Umwelt: soziale Isolation, Feminizide, Armut, Elend, Gewalt und Umweltkatastrophen. Wir wachsen in einer katastrophalen Welt auf, und wir weigern uns, diese Realität zu akzeptieren, die uns als alternativlos präsentiert wird. Überall auf der Welt organisieren sich junge Menschen und kämpfen für eine bessere Zukunft. Jung zu sein bedeutet für uns nach der Wahrheit, einer besseren Welt und einem besseren Morgen zu suchen. Wir sind überzeugt, dass wir dies erreichen können. Wenn wir es nicht sind, die in diese Krise eingreifen, wer dann? Wenn wir angesichts dieser Katastrophen jetzt nicht handeln, wann dann? Vor diesem Hintergrund haben wir uns im Netzwerk »Youth Writing History« zusammengeschlossen, um unseren gemeinsamen Kampf auf einer neuen Grundlage zu verbinden.

Wir wollen gemeinsam diskutieren, uns vernetzen, aufklären und organisieren. Deshalb erklären wir, über 400 junge Menschen aus 49 Ländern und 95 Organisationen, Bewegungen und Parteien:

1. Eine Lösung der aktuellen globalen Krise kann nur außerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems und nur durch den Aufbau einer neuen, gerechten und wirklich demokratischen Weltordnung erreicht werden.

2. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Einheit aller demokratisch-revolutionären und antisystemischen Kräfte der Welt notwendig. Als »Youth Writing History« arbeiten wir auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts für unsere unterschiedlichen Organisationsformen, Kampfweisen und politischen Traditionen. Darüber hinaus arbeiten wir aktiv an der weltweiten Einheit aller Kämpfe und Widerstände, die in fundamentalem Widerspruch zum herrschenden System und seiner Weltordnung stehen.

3. Unsere gemeinsame Vernetzung und Organisation basiert auf dem Prinzip der »Einheit in Vielfalt«. Wir konzentrieren uns auf die Prinzipien die uns verbinden, unsere gemeinsamen Ziele und unseren entschlossenen Widerstand gegen den Kapitalismus und lassen dabei Raum für Unterschiede, Widersprüche und Diversität – in Theorie und Praxis.

4. Unser gemeinsamer Bezugspunkt ist der Internationalismus und die Einsicht, dass eine andere Welt nur durch den gemeinsamen Kampf aller unterdrückten Menschen weltweit erreicht werden kann. Wir verteidigen die Geschwisterlichkeit der Völker als einen Grundwert unseres Netzwerks.

5. Wir kämpfen gegen alle Formen von Herrschaft, Ausbeutung, Kapitalismus und die dazugehörige Ideologie des Liberalismus, welcher die Gesellschaft unter der Flagge falscher Freiheit spaltet und Individualismus, Patriarchat und die Zerstörung der Natur fördert. Wir stehen zusammen gegen Sexismus, Rassismus und jede Unterdrückung aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Religion, Behinderung, Sprache oder Nationalität.

6. Wir sind vereint in unserem Kampf gegen alle Formen von Besatzung und Kolonialismus und erkennen das Recht jeder Gesellschaft auf legitime Selbstverteidigung an. Wir betrachten es als eine der dringendsten internationalistischen Aufgaben junger Aktivisten, zuallererst entschlossen gegen die imperialistische Politik zu kämpfen, die sich von ihren jeweiligen Heimatländern ausbreitet. Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und erklären unsere Solidarität mit allen unterdrückten Völkern, insbesondere mit dem palästinensischen Volk sowie der kurdischen Befreiungsbewegung.

7. Wir betrachten den Faschismus als einen gemeinsamen Feind der Menschheit und das Wiederaufleben faschistischer und geschichtsrevisionsistischer Tendenzen als eine Bedrohung für den Frieden und die Zukunft unserer Gesellschaften. Als Netzwerk stehen wir entschlossen an der Seite der Völker und der Jugend im antifaschistischen Kampf.

8. Wir betrachten die Jugend als den dynamischsten Teil einer jeden Gesellschaft und als Motor jeder Veränderung und die autonome Organisation der Jugend, welche sich auf ihre eigene Kraft und ihren unabhängigen Willen stützt, als Garantie für die Vorreiterrolle der Jugend sowie als Schlüssel für die ständige Erneuerung unserer Kämpfe und Organisationen.

# AZADI FREIHEIT

für Kurdinnen und Kurden  
in Deutschland

**SPENDEN ERBETEN**  
GLS-Bank Bochum  
BIC GENODEM1GLS  
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

- **Solidarität**
- **Öffentlichkeitsarbeit**
- **Unterstützung**
- **Mitglied werden**

#### Informationen:

AZADI e.V.  
Hansaring 82  
50 670 Köln  
Tel: 0221/16 79 39 45  
Fax: 0221/16 79 39 48  
mail: azadi@t-online.de  
web: www.nadir.org/azadi

#### Impressum

Der Kurdistan Report erscheint  
regelmäßig alle zwei Monate.

#### Redaktion:

W. Struwe (V.i.S.d.P.), B. Ruprecht, E. Millich

#### Kontaktadresse:

Kurdistan Report  
c/o Civaka Azad  
Franz-Mehring-Platz 1  
10234 Berlin  
www.kurdistanreport.de  
kr@nadir.org

#### Bankverbindung:

Dr. H. J. Schneider  
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20  
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

#### Preise:

Einzelexemplar: 3,- Euro  
Jahresabonnent  
6 Exemplare: 15,- Euro plus Portokosten

#### Titelbild:

Aktion in Paris im Rahmen der internationalen  
Kampagne »Freiheit für Öcalan« | Foto: ANF

#### Rückseite:

Demonstration in Hannover zum  
internationalen Tag gegen Gewalt  
an Frauen | Foto: ANF

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Nachdruck – auch auszugsweise – nur  
mit Genehmigung der Redaktion.  
Wir bedanken uns für die Unterstützung  
zahlreicher Freundinnen und Freunde.

9. Wir stehen fest an der Seite aller Völker im Kampf und erklären unsere Solidarität mit den revolutionären Kämpfen in allen Ländern. Wir betrachten die befreiten und selbstverwalteten Gebiete dieser Welt, von den indigenen Regionen von Abya Yala über die autonome Verwaltung von Nord- und Ostsyrien, die freien Berge Kurdistans, die Hochburgen der Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Kämpfe in Asien sowie die Kämpfe für nationale Selbstbestimmung auf dem europäischen Kontinent und den andauernden Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika, als Vorposten der freien Menschheit. Die Verteidigung der Errungenschaften der Kämpfe der letzten Jahrzehnte ist unsere gemeinsame Aufgabe.

10. Während die Herrschenden dieser Welt gemeinsam und koordiniert gegen unsere Kämpfe vorgehen, ihre Repressionsapparate Informationen austauschen und Oppositionelle und Revolutionäre über alle Ländergrenzen hinweg verfolgen, bleiben unsere Bewegungen und Kämpfe oft voneinander isoliert. Die Herrschenden sind weltweit koordiniert, deshalb sind wir auf globalen Zusammenhalt und internationale Solidarität angewiesen. Wo immer unsere Bewegungen angegriffen und verfolgt werden, werden wir uns gegenseitig unterstützen und den Rücken stärken. Gemeinsam werden wir uns für die Freiheit aller revolutionären Gefangenen einsetzen. Inmitten der weltweiten Kampagne für die Freiheit des Revolutionärs Abdullah Öcalan, die am 10. Oktober begonnen hat, erklären wir unsere Unterstützung für die Forderungen der Kampagne »Freiheit für Abdullah Öcalan – Eine politische Lösung für die kurdische Frage!«.

Unsere Kooperation und Zusammenarbeit wird auf den oben genannten Grundsätzen beruhen. Wir mögen unterschiedliche Denkweisen haben, wir mögen unterschiedliche Methoden, Arbeitsweisen und Traditionen in unseren Bewegungen haben. Wir unterscheiden uns in unseren Kulturen und Sprachen, einige von uns kommen aus großen Bewegungen, andere aus kleineren. Aber wir sehen unsere Unterschiede nicht als Hindernis an.

Stattdessen sehen wir diese Vielfalt als Reichtum und wollen auf dieser Grundlage gemeinsam diskutieren, voneinander lernen und unsere Kräfte bündeln. Unsere Unterschiede sind unsere Stärke, sie werden uns auf unserem gemeinsamen Weg

nicht schwächen, sondern stärken. Unsere grundlegende Gemeinsamkeit ist unsere Ablehnung des Kapitalismus, unser Beharren auf der Menschlichkeit.

Angesichts der globalen Krise, des sich immer weiter ausbreitenden Krieges, der ökologischen Katastrophe, der Versklavung der Frauen und eines Systems, das versucht, uns unseres Rechts auf eine würdige Zukunft zu berauben, müssen unsere Unterschiede und Widersprüche in den Hintergrund treten. Wir, die Jugend von heute, haben eine Verantwortung gegenüber der Geschichte, der wir gerecht werden müssen. Wir wollen nicht mehr auf das Morgen warten, wir wollen hier und jetzt ein freies Leben aufbauen. Und wir sind bereit, dafür zu kämpfen.

Diese Welt und die Menschheit brauchen eine Jugend, die willensstark und organisiert ist, an sich selbst glaubt und radikal ist. Die aktuellen Probleme werden nicht innerhalb des kapitalistischen Systems gelöst werden; die Suche nach Lösungen innerhalb des Käfigs des Kapitalismus bringt keinen Vorteil. Der Kapitalismus hat die Menschheit an den Rand des Abgrunds getrieben. Unser Überleben ist nur durch die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau eines anderen Lebens und einer anderen Welt möglich. Die Schlussfolgerungen, die wir aus der aktuellen Situation ziehen, zeigen sehr deutlich, dass wir uns zusammenschließen und schnellstmöglich eine organisierte Kraft werden müssen. Was wir brauchen, ist eine Einheit des Geistes und der Kraft unter jungen Menschen, die weltweit kämpfen. Wenn 1848 das Kommunistische Manifest, das noch heute Millionen von Menschen beeinflusst, rief: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch«, so wollen wir heute dieses Erbe aufgreifen und rufen:

**»Junge Menschen aller Länder, vereinigt euch und verändert diese Welt!«**

**Paris, 5. November 2023**

**Erste Weltjugendkonferenz – Youth Writing History**

